

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



15. Juni 1985
Jg. 6 Nr. 12

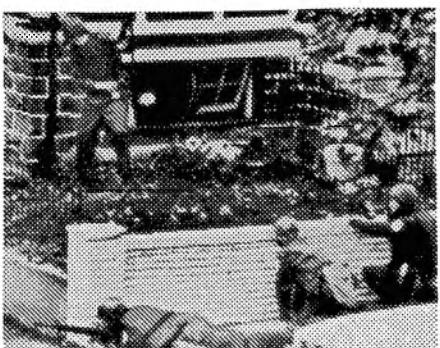
G 7756 D Preis:
2,50



Weizsäcker auf dem evang. Kirchentag: "Es geht nicht darum, Grenzen zu verschieben, sondern den Grenzen ihren trennenden Charakter für die Menschen zu nehmen."



Bürgerliche Lohnpropaganda: Ein neuer Lohnstandard wird ins Gespräch gebracht: 1000 DM netto im Monat Seite 8



USA/Philadelphia: Bomben auf Wohnviertel – "Stadt fremde können sich kein Urteil erlauben" Seite 15



Politische Gefangene: Exzessive Ausdehnung von Verteidigeraus- schlüssen Seite 35

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21 / 51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlags- gesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21 / 51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Unionsparteien: Kohl & Strauß: wie das Fußvolk mobilisieren? Neuerliche Sammlung um Eigentumsinteressen und Arbeiterfeindlichkeit! 4

Fußball: Brutalität vorexerziert. 7

EKD: "Gesichtspunkte zur Neufassung des Ausländerrechts"..... 7

Bürgerliche Lohnpropaganda: Ein neuer Lohnstandard wird ins Gespräch gebracht: 1000 DM netto im Monat 8
Lohnlage heute: einige Beispiele.. 9

Auslandsberichterstattung

Indochina: Vietnam nach 1975: Gründe der Besetzung Kampuchea und der Kontrolle über Laos..... 10
"Indochinesische Föderation" oder friedliche Koexistenz..... 11

Großbritannien: Staatliche Rentenversicherung abgeschafft.. 14

Frankreich/Neukaledonien: Reaktion verteidigt Kolonialismus 14

Griechenland: Die Konservativen haben den größten Stimmen gewinn 14

Kanada: Erster Haushalt der Regierung Mulroney..... 15

USA/Philadelphia: Bomben auf Wohnviertel - "Stadt fremde können sich kein Urteil erlauben" 15

Internationale Meldungen..... 16

Aus Parteien und Verbänden

Veröffentlichungen

Beschlüsse auf Gewerkschaftstagen..... 18
"Grundrente statt Altersarmut" .. 18
Konzeptionen für "Flexi" und Arbeitsfrieden..... 18
Grüne: Handbuch für Alternative Kommunalpolitik..... 19

21. Evangelischer Kirchentag: Bundespräsident von Weizsäcker belebt das "deutsche" evangelische Christentum neu..... 19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten..... 21

Bundesmitgliederversammlung der Friedensliste

Die Bundesmitgliederversammlung der Friedensliste erörterte am 1./2. Juni die Wahlergebnisse in NRW und die Perspektiven der weiteren Arbeit. Die rund 200 Vertreter der Friedensliste sprachen sich einmütig für "weitermachen" aus und verabschiedeten "Thesen zur Lage". Darin wird als wichtigster Aspekt der Wahlergebnisse die "Niederlage der Rechtskräfte" bezeichnet. Vor allem das "Soziale" sei dafür entscheidend gewesen, es gäbe zur Zeit bessere Möglichkeiten für eine Mehrheit links von der Bundesregierung, das Ergebnis käme aber der SPD zugute. Es bedeute keine Absage an "etablierte Politik" überhaupt, sondern wieder mehr Raum für "kleinere Übel"-Überlegungen. Erfreulich ist die Feststellung, daß niemand Interesse am Untergang der grünen Partei haben könne. Nach den "Thesen" will die Friedensliste eine "Gesprächs- und Politikoffensive" gegenüber den GRÜNEN. Eine Entscheidung zu den Bundestagswahlen 1987 wurde nicht getroffen, im nächsten Halbjahr soll anhand der "Thesen" innerhalb der Friedensliste und mit GRÜNEN und Friedensbewegung diskutiert werden. Als eigene Mängel werden u.a. Vernachlässigung der Kritik an der CDU und die Unfähigkeit genannt, eine gewerkschaftliche Wählerinitiative auf die Beine zu stellen. Die Argumentation zu sozialen Problemen soll verbessert werden. — (düb)

EKD und Bischofskonferenz für Marktwirtschaft, ökologisch

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz der katholischen Kirche haben am 31. Mai eine gemeinsame Erklärung zu Fragen der Ökologie unter dem Titel "Verantwortung für die Schöpfung tragen" herausgegeben. Die höchsten Gremien der beiden großen Kirchen in der BRD erklären u.a.: "Der Glaube an Jesus Christus entläßt den Menschen nicht aus der Weltverantwortung, nimmt ihm die Probleme seiner technischen Welt nicht ab. Er stellt den Menschen vielmehr in seinen ... Dienst an der Welt ... Wir müssen einsehen lernen, daß hinter der Umweltkrise letztlich unsere eigene Krise und unsere Unfähigkeit steht, in rechter Weise Verantwortung zu übernehmen." Nach Auffassung der Kirchen ist niemand haftbar zu machen für die Schäden in der Natur, ob sie den Profit von Kapitalisten schmälern oder die Gesundheit der Lohnabhängigen schädigen. Wie kann der Christ der Verantwortung künftig gerecht werden? Indem er für eine "ökologisch verpflichtete soziale Marktwirtschaft" streitet, "in der freier Wettbewerb durch Anreize und Auflagen Impulse zugunsten ökologischer

Ziele enthält und der ein ökologiepolitischer Rahmen gesetzt ist, der den Wirtschaftsprozeß gegenüber der Umwelt in eindeutige Schranken verweist". Nun tragen in der freien Marktwirtschaft die Kapitalisten die "Verantwortung", die Kirchen wollen sie bei ihnen belassen. Die Erweiterung der "sozialen Marktwirtschaft" um die Ökologie stellt die sozialen Interessen von Lohnabhängigen zurück gegenüber der Verantwortung vor Gott für Sachen— Bäume, Luft, Wasser. Den Christen wird Lebensdiszi-



Auch ein christlicher Umweltwunsch:
Kein Steinfaß mehr an Kirchen.

plin, Mäßigkeit, Bescheidenheit und die Bereitschaft, "den Preis für umweltfreundlich produzierte Produkte" zu zahlen, empfohlen. Den Teil der "Verantwortung" werden vor allem die Lohnabhängigen tragen müssen. Die Kirchen lehnen ein "alternatives Wirtschaftssystem", das dezentrale und kleinräumige Wirtschaftsformen vorsehe, oder Planwirtschaft als Möglichkeiten, ökologische Probleme zu verbessern, strikt ab. Damit wenden sich die Kirchen direkt gegen Wirtschaftsvorstellungen vor allem der Grünen. — (uld)

Bundesarbeitgeberverband

Chemie: Mehr Differenzierung Lobende Worte für die Tariflage in der Chemieindustrie fand der Hauptgeschäftsführer des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie Molitor in seinem Tarifrechenschaftsbericht vor der Mitgliederversammlung. Laut "Handelsblatt" vom 3. Juni berichtete er, daß die "gegenwärtig viel diskutierte Differenzierung in der Tarifpolitik" in der Chemieindustrie längst "kein Neuland" mehr sei. Und für die Zukunft meint er: "Tarifliche Einheitslösungen dürften vor allem im Bereich der allgemeinen Arbeitsbedingungen zunehmend der Vergangenheit angehören." Lobend wies Molitor u.a. auf den im Frühjahr abgeschlossenen Vorrhestands-Tarifvertrag für die Chemie-Industrie und den 1981 abgeschlossenen Vertrag für Jugendliche ohne Hauptschulabschluß und ausländische Jugendliche hin, denen die Chemieka-

pitalisten niedrigere Tarife zahlen. Die Chemiekapitalisten haben mit dem Vorruhestands-Vertrag eine Regelung durchsetzen können, die den Betriebsräten die Aufgabe auferlegt, erträgliche Teilzeitregelungen für Arbeiter über 58 Jahre durchzusetzen. Die Feststellung von Molitor läßt befürchten, daß die Chemie-Kapitalisten alles daran setzen werden, die schon bestehenden Verletzungen des Normalarbeitsstages in der chemischen Industrie "differenziert" auch in der Alters-Teilzeit durchzusetzen. Bereits jetzt lassen die Chemie-Monopole Voll-Conti-Schicht im Zwölf-Stunden-Tag arbeiten. Da die Alters-Teilzeit-Regelung nur die Halbierung der Jahresarbeitszeit vorsieht, können die Chemiekapitalisten verschiedene Modelle je nach Bedarf anstreben. Molitor hat zudem die Linie der Kapitalisten in der Auseinandersetzung mit der IG Chemie um den von der Gewerkschaft geforderten Entgelt-Tarifvertrag abgesteckt. Sie werden an ihrer Forderung von 13 bis 20 Entgeltgruppen gegenüber den zwölf von der IG Chemie geforderten festhalten. — (uld)

Bundesarbeiterkonferenz '85 des DGB

Die Konferenz unter dem Motto "Zukunft der Arbeit— Zukunft für die Arbeiter?" befaßte sich mit der Auswirkung der "neuen Technik" auf Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen. In einer Entschließung faßten die Delegierten ihre Arbeit zusammen. Auffallend ist, daß darin das Problem der Flexibilisierung der Arbeitszeit nicht behandelt wird, ebensowenig das neue Beschäftigungsförderungsgesetz, bzw. die Ausdehnung der befristeten Arbeitsverträge. Arbeitslosigkeit wird verhandelt unter "Recht auf Arbeit". Sie soll beseitigt werden durch Umverteilung der Arbeit mittels Ar-

beitszeitverkürzung. Im Abschnitt "Menschenwürdige und existenzsichernde Arbeit" fordern die Delegierten vom Staat Fortsetzung des Programms "Humanisierung der Arbeit", Errichtung eines Instituts "Arbeit und Technik" zur "Erforschung der Wechselwirkung zwischen Arbeit und Technik" und Einrichtung von arbeitnehmerorientierten Technologieberatungsstellen. Positiv beziehen kann man sich auf Forderungen zur beruflichen Aus- und Weiterbildung: "Die berufliche Erstausbildung sollte mindestens drei Jahre betragen... Während des Berufslebens ... muß zur Sicherung und Erweiterung vorhandener Qualifikationen Fort- und Weiterbildung auf der Grundlage bundeseinheitlicher Regelungen ermöglicht werden." Es fehlt, daß jeder Jugendliche das Recht auf ausreichende Aus- und jeder Arbeiter das Recht auf bezahlte Weiterbildung haben muß. Unter "Soziale Sicherung des Arbeiters" wird vorgeschlagen, "in Zukunft die Unternehmen zusätzlich mit ihrer Wertschöpfung zur Finanzierung der Alterssicherung heranzuziehen". Nützlich sind die Forderungen "nach Sicherung der bruttolohnbezogenen dynamischen Rente" und vor allem, daß Aushilfen und Teilzeitbeschäftigte sozialversichert werden müssen: "— die Beseitigung der Versicherungsfreiheit der geringfügigen Hauptbeschäftigung. Die Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung sind vom Arbeitgeber allein zu tragen, wenn das Monatseinkommen ein Zehntel der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung nicht überschreitet." Unter "Mitbestimmung im Betrieb" wird die Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes durch den "Gesetzentwurf zur Verstärkung der Minderheitenrechte in den Betrieben und Verwaltungen" zurückgewiesen. — (ulk)



"Persönlichkeiten" von Parteien, Gewerkschaften und Wirtschaft aus mehreren EG-Staaten gründeten am 6. Juni ein "Aktionskomitee für Europa", dessen Präsident Karl Carstens (CDU) ist. (Bild: Empfang bei Kohl) Aus der BRD sind u.a. H. Schmidt (SPD), H.O. Vetter (SPD) und A. Dregger (CDU) vertreten. Das Komitee will fördern, daß "Europa in der Weltpolitik mit einer Stimme spricht" — also eine imperialistische Großmacht wird. — (uld)

DGB-Frauenkonferenz Bayern: "Neue Technologien— Gefahr oder Chance für Frauen?" 22

EDV: Personalinformationswesen eingeführt 22

Annastift: Acht-Stunden-Tag — aber kein Personalausgleich 23

Öffentlicher Dienst: Arbeitsbedingungen in den Menschen im Studentenwerk Berlin 23

Banken: Kundengespräche am besten bis in die Nacht 24

Schleswig-Holstein-Tag: Kein Dummchen am Herd, sondern ein "Klugchen" 25

Zivilschutz: Resolution gegen Bunkerbau 25

Freies Radio Dreyeckland: Von Anfang an in Opposition zur Medienpolitik und zu den Kabelprojekten der Regierung 26
Freies Radio contra Meinungsunternehmen 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Ausstellung zum 8. Mai 1945: "Wir haben doch die Fabriken wieder aufgebaut" 29

Sozialstatistik

Unternehmen: (IV) Monopole als ökonomische Grundlage für Weltmachbestrebungen — Vergleich von USA, EG und BRD 30

Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

Bildhauer Karl Röhrlig: "Mein Ziel... mit meiner Arbeit über unsere Zeit auszusagen" 32

Revanchismus: Die Germanisierung Schlesiens im frühen und hohen Mittelalter 33

Politische Gefangene: Exzessive Ausdehnung von Verteidigerausschlüssen 35

Spezialberichte

Südafrika/Azania — National Forum: "Die objektiven Bedingungen sind da für eine wirklich linksgerichtete Bewegung" — Interview 37
Azanisches Manifest des National Forums 38

Unionsparteien

Kohl & Strauß: Wie das Fußvolk mobilisieren? Neuerliche Sammlung um Eigentumsinteressen und Arbeiterfeindlichkeit!

Viele glauben, daß die Union nach ihrer Wahlniederlage in Nordrhein-Westfalen irgendwie unter dem Druck "verloren gegangener Wähler" Reformzugeständnisse an die Arbeiterbewegung machen könnte. Dieser Eindruck ist falsch.

Im Regierungslager findet zur Zeit zwar ein heftiger Streit statt, jedoch besteht Einigkeit bei CDU, CSU und FDP, der bisherige reaktionäre Kurs muß fortgesetzt, aber zugleich jene konservative Wählerschicht wieder mobilisiert werden, die in NRW nicht zur Wahl ging.

Der Termin für das Ende des "Koalitionsstreits" steht bereits fest: Am 1. Juli verabschiedet das Bundeskabinett den Haushalt für 1986, womit dann der Rahmen der Unionspolitik abgesteckt ist. Nach Verabschiedung des Haushalts im Herbst durch den Bundestag können dann die jetzt in Diskussion befindlichen Absichten gesetzgeberische Ausgestaltung finden.

Auch das genauere Studium der konservativen Presse deutet nicht darauf hin, daß der gegenwärtige Streit auf einem "Linkstruck" in der CDU/CSU und einer Schwächung der reaktionären Kräfte beruht. Der Kanzler zeige "Führungsschwäche", so lautete der immer wieder zu lesende Vorwurf an Kohl. Der Unionsanhänger verlangt "Führerstärke", wie sie Kohl bereits in der Vergangenheit bei der demagogischen Sammlung des Unionsanhängers gezeigt hat.

Politische Stimmungen sollten nach den zugrunde liegenden materiellen Interessen beurteilt werden. Wir erin-

nern: Nach dem parlamentarischen Coup im September 1982, der Kohl zur Kanzlerschaft brachte, war in der Presse weit verbreitet, Kohl sei ein Tölpel, ein "schwacher" Kanzler u.ä. und mancher sah ihn schon die Wahl verlieren. Das Ergebnis im März 1983 brachte eine parlamentarische Absegnung des Coups von Kohl/Genscher und widerlegte solches Gerede praktisch. Die Regierungskoalition hatte es verstanden, der großen Zahl von Kleineigentümern – Bauern, Handwerkern, Kleingewerbetreibenden und insbesondere Eigenheimabzähler – durch rasch sinkende Zinsen materielle Vorteile zu verschaffen, auf deren Grundlage eine chauvinistische Mobilisierung möglich war. Der Union und

den Liberalen gelückte es dabei, die sozialen Ansprüche der Arbeiterbevölkerung als vor allem störenden Faktor für den Wirtschaftsaufschwung erscheinen zu lassen.

Die bei den NRW-Wahlen spürbare Enttäuschung eines Teils der Unionsanhängerschaft, daß die materiellen Ergebnisse der "Wende" für viele doch eher dürfzig sind – die Ruinierung zahlreicher Baugeschäfte mag hier eine wichtige Rolle spielen –, muß aber keineswegs in einer Schwächung der Reaktion enden. Uns scheint, daß die Reaktion auf Grundlage der Förderung von Leuten mit Eigentum eine neuerliche Welle der Arbeiterfeindlichkeit auslösen will, die ihr auch die Chance gibt, die bevorstehenden Landtags- und Bundestagswahlen zu gewinnen.

Steuerreformen für den Häuslebauer und den Aktionär

Einer der Streitpunkte im konservativ-liberalen Lager ist die Steuerreform. Zur Klärung zunächst ein paar Zahlen. Die Einkommensteuerabzüge verringern sich um insgesamt rund 20 Mrd. DM. Diese Summe verteilt sich wie folgt:

– 5,6 Millionen Lohnabhängige mit niedrigsten Einkommen (zu versteuerndes Einkommen unter 18000 DM jährlich) zahlen 1,6 Mrd. DM weniger Steuern oder, was einen anschaulicherem Eindruck gibt, 23,80 DM pro Kopf und Monat.

– 10,6 Millionen Arbeiter und Angestellte mit mittleren Einkommen (18000–50000 DM im Jahr) werden



Nach den NRW-Wahlen: Die CDU will ihren Anhang mobilisieren.

"Deutscher Wald" – und die Konkurrenten von BMW

Die EG-Kommission hat die von der BRD gewünschte EG-einheitliche Abgasregelung nicht beschlossen; neben kleineren sollen auch Mittelklassewagen bis 2 Liter Hubraum von einer Katalysatorpflicht ausgenommen bleiben. Vor allem die britische und die französische Regierung hatten sich gegen solche Abgasnormen gestellt, die den westdeutschen Konzernen bei den Mittelklassewagen einen bedeutenden Konkurrenzvorsprung verschaffen würden. Entsprechend die Reaktionen: Ein Sprecher der BMW AG bemerkte, "Zimmermann habe durch seine Politik den Aufschwung gebremst", die westdeutsche Automobilindustrie verlange, daß er am 25. Juni bei der EG-Umweltministerkonferenz das Katalysator-Auto doch noch durchsetze. Zwei Tage später zierte "Bild am Sonntag" den FDP-Ver-

kehrspolitiker Hoffie, wenn die übrigen EG-Staaten nicht dem Zimmermann-Vorschlag zustimmten, könnte die Bundesregierung im Verordnungswege Tempo 100 für alle Autos ohne Katalysator einführen, eine Drohung, den Absatz französischer, britischer und französischer Wagen in der BRD nach Null zu drücken. – (alk)

Kooperation von Fiat und

Ford gegen EG-Konkurrenten

Die Automobilkonzerne Fiat (Italien) und Ford (USA, mit selbständigen Unternehmen in Großbritannien, Belgien und der BRD) stehen vor dem Abschluß einer Kooperationsvereinbarung für den europäischen Markt. Bei Beibehaltung selbständiger Marken und getrennter Vertriebsnetze sollte für gemeinsame Entwicklungen, Fertigungen von PKW-Teilen, Produktionszusammenfassungen sowie gemeinsame Einkäufe bei Zulieferern eine Holding gebildet werden. Die

Vereinbarung ist gezielt gegen die übrigen Konkurrenten in der EG gerichtet. So bleibt der US-Markt von der Kooperation ausgenommen; in Italien ist der Vorsprung von Fiat mit 54% Marktanteil nicht in Frage gestellt. Ford und Fiat hätten dann zusammen in den westeuropäischen Ländern einen Marktanteil von über 25% gegenüber VW mit rund 12%, Peugeot 11,5% und General Motors (Opel in der BRD und Vauxhall, Großbritannien) sowie Renault mit je 11%. – (alk)

ILO-Untersuchung gegen

Radikalen-Erlaß in der BRD

Der Verwaltungsrat der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hat auf Antrag des Weltgewerkschaftsbundes, dem u.a. die Gewerkschaften der ost-europäischen Staaten angehören, eine förmliche Untersuchung der Anwendung des sog. Radikalen-Erlasses in der BRD angeordnet. Die Einrichtung einer Untersuchungskommission ist



Kohl und Strauß: Mehr Geld für die Bauwirtschaft – Förderung der Kapitalisten und der Eigentumsbildung zu Lasten von Sozialausgaben.

um insgesamt 7,2 Mrd. DM oder 56,60 DM im Schnitt entlastet.

– 3,2 Millionen besser verdienenden Lohnabhängigen (50000-130000 DM) kommt über die Hälfte der Entlastungssumme zu, nämlich 10,4 Mrd. DM oder 271 DM je Kopf, eine Summe die zur "Anlage" durchaus austeicht und eine bereits begonnene Eigentumsbildung beschleunigt.

– Schließlich den 158 Tsd. Lohnabhängigen, die tatsächlich die kapitalistische Ausbeutung führen und leiten (Einkommen 130000 DM und mehr), erhalten als anerkannte "Leistungsträger der Wirtschaft" 1,1 Mrd. oder 580 DM je Kopf.

So erscheint diese Steuerreform gezielt als Förderung des Eigentums gegenüber der Arbeiterbevölkerung ohne solches, die mit lächerlich geringen Entlastungsbeträgen bedacht wird.

Die Diskussion um "die Steuerreform in einem Zuge", wie sie Strauß

mit der Bemerkung eröffnete, man könne schließlich nicht einer möglichen SPD-Regierung auch noch volle Kassen übergeben, hat keine parlamentarischen Konsequenzen gehabt. Aber die Diskussion hat der Regierung folgendes ermöglicht, worauf verschiedene konservative Zeitungen hinweisen: Die erste Stufe der Steuerreform Entlastung tritt zum 1. Januar 1986 in Kraft, also rechtzeitig vor den Landtagswahlen in Niedersachsen und Bayern. Sollte sich herausstellen, daß die so erzielte Weckung von Eigentumsinteressen nicht im erwünschten Umfang erfolgt, kann die zweite Stufe der Reform auf Anfang 1987 vorgezogen und so vor den Bundestagswahlen wirken.

Auf eine weitere Frucht des Koalitionsstreits wollen wir noch hinweisen. Das CSU-Präsidium hat zur "Konjunkturförderung" verlangt, die Steuerneuregelung für selbstgenutztes

die schärfste "Strafmaßnahme, die die ILO gegen Unterzeichnerstaaten ihrer Abkommen verhängen kann. Der BRD wird Verstoß gegen das Übereinkommen 111 über Nichtdiskriminierung in Beschäftigung und Beruf vorgeworfen. – (ulk)

Sprecherausschüsse –

Gesetzentwurf liegt vor

Durch die gesetzliche Verankerung der Sprecherausschüsse für Leitende Angestellte will die Regierungskoalition einen weiteren Eckstein zur Errichtung der "Betriebsgemeinschaft" setzen. Der "Entwurf eines Gesetzes zur Verstärkung der Minderheitenrechte in den Betrieben und Verwaltungen (MindRG)" sieht vor: Während der Betriebsrat immerhin noch für "das Wohl der Arbeitnehmer" da ist, sind die Sprecherräte nur auf "das Wohl des Betriebes" verpflichtet. Das ist bei der hier vertretenen Minderheit zwar nicht anders zu erwarten.

Aber der Gesetzentwurf sieht vor, daß Arbeitgeber, Betriebsrat und Sprecherausschuß festlegen, wer zu den Leitenden Angestellten gehört – bei Nichteinigung entscheidet der Arbeitgeber. Durch Verwandlung in Leitende Angestellte könnten also Leute aus den verschiedensten Gründen in den Kreis derer aufgenommen werden, die nur für das "Betriebswohl" arbeiten (wollen oder müssen). Bei Verhandlungen wird der Betriebsrat nicht nur die Geschäftsleitung am Tisch haben, sondern auch den Sprecherausschuß, der nach dem Gesetz vertrauensvoll mit ihm zusammenarbeitet. – (ulk)

"Stern"-Prozeß: Anstifter

zum Opfer umgefälscht

Im Prozeß um die gefälschten Hitler-Tagebücher plädierte der Staatsanwalt für sechs Jahre Gefängnis für den Fälscher Kujau und sieben Jahre für den Reporter Heidemann, der das Geschäft vermittelte. Die Begründung

Wohneigentum schon ab 1.1.86 in Kraft zu setzen, inzwischen liegt auch eine gleichlautende Stellungnahme des Bundesrates zum Gesetzentwurf der Regierung vor. Unter dem Titel "Eigenes Häusle künftig steuerfrei" schreibt der Staatssekretär beim Finanzministerium Häfele zu diesem Gesetz: "Zahlreiche ältere Mitbürger, die nur deshalb beim Finanzamt 'verwaltet' werden, weil sie den Nutzungswert ihres inzwischen entschuldeten Hauses zu versteuern haben, werden nichts mehr mit dem Finanzamt zu tun haben." So kommt ein Teil der Rentner in den Genuss der "Förderung des 'erlebten Eigentums'" und soll dann das Fußvolk für den Angriff auf die Rentenzahlungen an die ärmeren Bevölkerungsschichten abgeben.

"Beschäftigungsförderung" Hetze gegen Arbeiterbewegung

Die über die jetzt so nötige "Beschäftigungsförderung" in der Union angeführte Diskussion schafft Stimmung: Die konservativ-liberale Regierung habe bisher noch nicht genug von dem Anspruchsdenken in der Arbeiterbevölkerung beseitigt, weitere Flexibilisierung bei Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten und Arbeitslöhnen sei nötig. Ein nur grober Überblick über Stellungnahmen von Kapitalistenverbänden und Beschlüsse der Partei-gremien:

– Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) Langemann verlangte am 23.5.: "Die sozialen und arbeitsrechtlichen Besitzstände der Beschäftigten sollten an der Einstellungschance für Arbeitslose gemessen werden."

– Die Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer forderte auf ihrer Jahresversammlung am 18. Mai, "ein weiteres Beschäftigungsgesetz, mit dem insbesondere das Lohnfort-

zollte den Angeklagten eher Bewunderung: eine "außergewöhnliche Leistung", ausgeführt mit "enormem Fleiß und unglaublicher Dreistigkeit". Die hohen Strafen wurden begründet mit dem hohen Schaden, den sie verursacht hätten. Damit wäre der Verlag Gruner & Jahr, bzw. Henri Nannen, als Opfer des Verbrechens dargestellt. Wäre dieses überhaupt denkbar gewesen ohne die Gier, mit der der "Stern" die "Ein neues Hitler-Bild"-Diskussion aufgeschabbert und vorangetrieben hatte, oder die "ungeheure Intensität" in der Verfolgung des Geschäfts durch die Angeklagten ohne die Geldsummen, die der Verlag in die Story investierte? Hätten die Angeklagten die Fälschung lange betreiben können, ohne daß der "Stern" für die nötigen Expertisen sorgte? Schließlich kam so Geld in die entsprechenden Kreise, und die Diskussion über das "Hitler-Bild" wurde angeleiert – Fälschung hin oder her. – (ulk)



Blüm und Späth: Unionsstrategen für "Beschäftigungsförderung" durch "Flexibilisierung" bei Arbeitszeit und Beseitigung von Tarifrechten.

zahlungsgesetz und die Übersteigerungen im Kündigungsschutz korrigiert werden".

– Der Präsident der Deutschen Bauindustrie, Herion, am 24.5.: "Abfindungszahlungen nach dem Kündigungsschutzgesetz und die Sozialleistungen nach dem Betriebsverfassungsgesetz sind abzubauen." Weiter: "Um Arbeitsbedingungen und Baulnachfrage einander besser anzupassen", sei für Bauarbeiter die 42-Stunden-Woche im Sommer und die 38-Stunden-Woche im Winter nötig.

– Der FDP-Hauptausschuß beschließt am 1.6.: "Eine Flexibilisierung der Ladenschlußzeit solle in einem Großversuch mindestens drei Jahre lang erprobt werden."

– Das CDU-Präsidium fordert, die Bundesanstalt für Arbeit solle ihre Maßnahmen gezielt auf das Beschäftigungsförderungsgesetz ausrichten,

also mehr befristete Arbeitsverträge vermitteln u.ä.

– Die Bundesanstalt für Arbeit berichtet von Überlegungen des Finanzministeriums, die Ausgaben aus dem Bundeshaushalt für Arbeitslosenhilfe zu senken.

– Innenminister Zimmermann u.a. schließlich machen mit der Diskussion um die "ungelöste Ausländerproblematik" rassistischen Chauvinismus zum Bestandteil der arbeiterfeindlichen Regierungskampagne.

*

Die Opposition gegen diese Regierungspropaganda ist schwach. Die SPD weist darauf hin, daß sie die Regierungsfähigkeit besitze, die dem Kanzler Kohl abgehe. Aber sie bietet weder propagandistisch noch politisch-praktisch Anhaltspunkte gegen die Zumutungen der Reaktionen, die in der Diskussion, was "beschäfti-

gungsfördernd" sei, alle Ansprüche der Arbeiter an Bedingungen, zu denen sie sich beschäftigen lassen müssen, in Frage stellt.

So ist zu befürchten, daß die vom DGB für Oktober angekündigten Aktionen "Gegen Sozialabbau" und "Arbeit für alle" auch bloß der SPD zur Schaustellung dienen, wie nötig ihre Rückführung an die Regierung sei. Helfen könnte dagegen eine Einigung in der gewerkschaftlichen Diskussion auf politische Forderungen, die Mindestansprüche der Arbeiterbevölkerung z.B. hinsichtlich der Arbeitszeit oder der Versicherungsleistungen gegen die von der Union vertretene Eigentumsförderung festigen.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 13.5. bis 7.6.85; Presseübersicht – Blick in die Morgenzeitungen von Südwestfunk II, 13.5. bis 7.6.85; Deutschland-Union-Dienst, 25.4.85 – (alk)

BKA klärt Klima für Stroessner-Besuch

Der Diktator Stroessner wollte Anfang Juli einen Staatsbesuch in der BRD absolvieren. Zahlreiche antifaschistische Organisationen und Kräfte protestieren dagegen, u.a. weil der Verdacht besteht, daß der wegen Morde an einigen Hunderttausend Juden gesuchte KZ-Arzt Mengele in Paraguay Unterschlupf gefunden hat. Anfang Februar erinnerten 29 Opfer der sadistischen Torturen des KZ-Arztes in Jerusalem bei einem "Mengele-Tribunal" an die Verbrechen. Die Presse konnte darüber nicht schweigen, die Diskussion um den Verbleib des Verbrechers trübte die Aussichten des Stroessner-Besuches. Welch' Zufall, daß da das BKA eine Hausdurchsuchung durchführt, bei der sich "Dokumente" finden, nach denen Mengele als "Wolfgang Gerhard" am 7.2. 1979 bei einem Badeunfall tödlich verun-

glückt sei und zugleich die Telefonnummer eines Ehepaars in Brasilien, das es bezeugen kann. Da die "Bestätigung" der brasilianischen Polizei auf Zeugen des BKA zurückgeht, ist anzunehmen, daß der Vorgang für ein besseres Klima sorgen soll und die Verschiebung des Besuchstermins mit den Aktivitäten des BKA in Verbindung steht. — (diu)

Zweimal Wehrpflicht bei doppelter Staatsangehörigkeit

Die 2. Kammer des Bremer Verwaltungsgerichtes hat die Klage eines Studenten gegen die Einziehung zum Wehrdienst abgelehnt. Der Student hat die deutsche und die türkische Staatsangehörigkeit. Er hatte geklagt, weil er gleichzeitig in der Türkei wehrpflichtig ist und er außerdem seine Wehrpflicht nicht in der BRD ableisten wolle. Nach dem Urteil, gegen das keine Revision zugelassen ist, stehen ihm jetzt 15 Monate Bundes-

wehr und 22 Monate Wehrdienst in der türkischen Armee bevor. Das Gericht begründete die Abweisung der Klage mit einem Europarats-Übereinkommen aus dem Jahr 1963 über "die Verringerung der Mehrstaatigkeit und über die Wehrpflicht von Mehrstaatern", wonach die Wehrpflicht in dem Staat abgeleistet werden soll, in dem sich der "Mehrstaatter" überwiegend aufhält. Die Türkei ist diesem Abkommen nie beigetreten. (Aktenzeichen AZ 2A 288/83 – uld)

DGB sieht Fortschritte in der Ausländervertreibung

Als "einen Fortschritt in der Ausländerpolitik" bezeichnete DGB-Vorstandsmitglied Siegfried Bleicher am 24.5. den von der Bundesregierung beschlossenen Gesetzentwurf über eine "Wiedereingliederungshilfe" für rückkehrende ausländische Arbeiter. Sie dürfen nicht "Objekt innenpolitischer Profilierung" sein, aber An-

Fußball**Brutalität
vorexerziert**

Den brutalen, gewalttätigen Ausschreitungen vieler britischer Fußballfans im Brüsseler Heysel-Stadion, die zum Tod von 38 Zuschauern führten, war eine Mobilisierung vorausgegangen: Die britische Regierung hatte mit Unterstützung der EG vor drei Jahren zum Krieg gegen Argentinien mobilisiert und dabei brutalste Gewaltanwendung gegen den äußeren Feind propagiert, erzwungen und befeiert. Brutale und hinterhältige Überfälle hat die Regierung vorexerziert, als sie z.B. das argentinische Schiff "Admiral Belgrano" mit Hunderten junger Soldaten sehr bewußt außerhalb des Kriegsgebietes versenkte. Brutale Folterungen hat die britische Armee an argentinischen Kriegsgefangenen verübt. Der breiten Öffentlichkeit wurde nie bekannt, daß jeder zehnte argentinische Gefangene mit Darmriß entlassen wurde. Nur mit einem stark ausgeprägten Feindbild und großem Haß läßt sich solch ein Terror organisieren. Nach dem Sieg mobilisierte die Regierung gegen den inneren Feind, die Gewerkschaften und die Bergarbeiter. Daran knüpft Margaret Thatcher heute an, wenn sie die Streikaktionen der Bergarbeiter und den Widerstand des Volkes in Nordirland gegen die britische Regierung mit den faschistischen Gewalttaten gleichsetzt.

An der Mobilisierung gegen den "inneren Feind" beteiligt sich auch die westdeutsche Presse. "Ein Aufstand des Lumpenproletariats", so kommentiert ein Teil der bürgerlichen Presse, darunter auch christliche Zeitungen, die Auseinandersetzungen zwischen

englischen und italienischen Fußballfans beim Europa-Cup-Endspiel. Von arbeitslosen Jugendlichen würde Terror und Gewalt ausgehen, behauptet ein Großteil der westlichen Presse. Viele Kommentatoren und Politiker geht es keineswegs um Kritik an den sozialen Verhältnissen, wenn sie auf die hohe Arbeitslosigkeit hinweisen. Der ehemalige Direktor der Londoner Wirtschaftshochschule und heutige Spitzenpolitiker der FDP, Prof. Dahrendorf, z.B. hetzt gegen die Lohnabhängigen: "Die Anklage einer Unterkasse gegen unsere Wohlstandsgesellschaft, die in den alten verkommenen Stadtzentren in desolaten Verhältnissen und ohne Hoffnung auf Arbeit haust."

Der innere Feind ist die "Unterkasse", eine Theorie, die der faschistischen Propaganda entliehen und rassistisch ist. Wer nicht arbeitet, ist das Vieh, die "Unterkasse", sind die Untermenschen, auf denen in Zukunft herumgetrampelt werden soll von jenen, die darüber stehen und nicht dem Proletariat angehören. Früher waren es die "Herrenmenschen", heute ist es die "Elite", die aus der Bourgeoisie und akademischen, gutbezahlten Leuten aus der Mittelklasse besteht.

Es ist eine Lügen- und Feindbildpropaganda, daß von arbeitslosen Jugendlichen die Gewalt ausgeinge. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt in einigen englischen Städten 40 Prozent. Dann ist es überhaupt nicht verwunderlich, daß unter den vorwiegend jungen Fußballfans auch der Anteil der Arbeitslosen hoch ist. Außerdem liegen Berichte vor (1), nach denen mit hoher Wahrscheinlichkeit von festangestellten Männern, aus bürgerlichem Hause, Mitte 20, gut gekleidet und per 1. Klasse zu Fußballspielen reisend, die Gewalttaten in Brüssel ausgingen,

von Faschisten der Nationalen Front. Und aus reichen Verhältnissen kam der italienische "Fan", der im Stadion Schüsse abfeuerte.

(1) siehe auch Kölner Stadtanzeiger vom 5.6.85; Deutsche Volkszeitung vom 7.6.85 – (jöd)

EKD**"Gesichtspunkte zur Neufassung des Ausländerrechts"**

Die Kommission für Ausländerfragen und ethnische Minderheiten bei der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat im September 1984 eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um die von der Bundesregierung angestrebte Neufassung der Ausländergesetze zu untersuchen. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe, "Gesichtspunkte zur Neufassung des Ausländerrechts", wurden im April 1985 im Rat der EKD diskutiert und ihre Veröffentlichung festgelegt.

Die Stellungnahme kritisiert in sechs Punkten die Absichten der Bundesregierung: 1. Integration, 2. Rechtssicherheit, 3. Familiennachzug, 4. Aufenthaltserlaubnis und Aufenthaltsverfestigung, 5. Ausweisung, 6. Einbürgerung. Ein Anhang liefert Beispiele für die Unterdrückung der Ausländer in der BRD.

Die Positionen der Arbeitsgruppe sind gegen Nationalismus und Rassismus gerichtet. So wird die Bundesregierung angegriffen, weil sie "Integrationsbemühungen" und ausländerrechtliche Regelungen koppeln will, was eine "positive Integrationspolitik" untergrabe. Demgegenüber stellt die Arbeitsgruppe fest: "Integration bedeutet u.a., mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten am gesell-

reize, um sie wieder los zu werden, hält der DGB jetzt für "fortschrittlich". Der Entwurf sieht vor, daß Bausparsummen steuer- oder präzisionschädlich zum Wohnungsbau im Heimatland verwendet werden können. Dies soll für die Rückkehr in ehemalige Anwerbestaaten, die nicht zur EG gehören, gelten. Die Bausparsumme ist auf 60000 DM begrenzt. Die Bauspardarlehen sollen an Ausländer nur gezahlt werden, wenn sie spätestens innerhalb von vier Jahren nach Beginn der Anzahlung der Bausparsumme zurückkehren. Lediglich diese Kopplung zwischen Bausparförderung und Rückkehr innerhalb von vier Jahren kritisierte der DGB. Die Mitteilung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, "zumindest nicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt" einer Neuauflage der sogenannten Rückkehrhilfen für ausländische Arbeiter zuzustimmen, begrüßte Bleicher als "Klarstellung". – (düb)



Die ÖTV-Vorsitzende Dr. Wulf-Mathies hat am 3. Juni die aus den Regierungsparteien geäußerten Absichten kritisiert, die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) auszudehnen. Dies stelle einen "sozialpolitischen Verschiebebahnhof" dar, an dem die Kürzungen des Arbeitslosengeldes und seiner Bezugsdauer schuld seien. Statt mehr ABM sollte die Bezugsdauer für Arbeitslosengeld von derzeit maximal ein Jahr auf zwei Jahre erhöht werden. Bild: Aktion der ÖTV in Düsseldorf, Ende 1984. – (alk)

schaftlichen Leben teilzunehmen ... Dabei verlangt Integration nicht Assimilation und nicht die Aufgabe der ethnischen, kulturellen und religiösen Identität ..."

Ebenso werden die Absichten der Bundesregierung, die ausländischen Arbeiter und ihre Familien je nach Bedarf abzuschieben, von verschiedenen Seiten her angegriffen. Beispielsweise die geplante "Ermächtigungsklausel", nach der die Bundesregierung "durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Erteilung oder Verlängerung von Aufenthaltserlaubnissen allgemein oder für bestimmte Ausländergruppen oder Aufenthaltszwecke" ausschließen kann. Kritisiert wird auch die Ausdehnung von Voraussetzungen für die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis bzw. für den Erhalt der Aufenthaltsberechtigung. Hier verlangt die Arbeitsgruppe der EKD: "Nach fünfjährigem rechtmäßigen Aufenthalt sollten Ausländer das Recht haben, in der BRD ohne weitere Vorbedingungen eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis zu erhalten ..." Auch gegen Ausweisungen von Ausländern beim Empfang von Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe wird Stellung bezogen, denn: "Diese Ausländer sind in der Bundesrepublik, weil sie von deutschen Arbeitgebern angeworben wurden."

Schwach und verschwommen wird die Kritik an den Plänen der Bundesregierung, wo die Arbeitsgruppe der EKD meint, etwas zum Schutz der "Republik" tun zu müssen. Beispielsweise wird ein Unterschied bei der Ausweisung von Erwachsenen und Jugendlichen wegen Straftaten gemacht. Während die Jugendlichen nicht ausgewiesen werden sollen, soll die zuständige Stelle bei einem erwachsenen Ausländer bei Straffälligkeit die Sachlage wohlwollend prüfen, soll aber bei "gravierenden" Straftatbeständen ausweisen. Bei politischen Straftaten eine zweideutige Stellungnahme: Zwar spricht sich die Arbeitsgruppe gegen die Verschärfung der Ausweisungstatbestände bei "politischem Extremismus" aus, erklärt aber gleichzeitig: "Der Wille der Bundesregierung, gewalttätige politische Aktivitäten von Ausländern auf dem Boden der Bundesrepublik zu unterbinden, ist berechtigt."

Ausgesprochen schlecht ist, daß die Forderung nach dem Wahlrecht für Ausländer nicht unterstützt wird. Zwar schließt die EKD in ihre Überlegungen die doppelte Staatsbürgerschaft ein, aber damit ist die Forderung nach Wahlrecht für Ausländer nicht erledigt.

Quellenhinweis: Gesichtspunkte zur Neufassung des Ausländerrechts, hrsg. vom Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland, Texte 10; Konzeption des BMI für das neue Ausländergesetz vom 16.9. 1983. – (eve)

Bürgerliche Lohnpropaganda

Ein neuer Lohnstandard wird ins Gespräch gebracht: 1000 DM netto im Monat

Es war absehbar, daß die bürgerliche Propaganda nicht bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit stehenbleiben, sondern sich auch gegen das Lohnniveau austoben würde. Sie ist von den Verwertungsinteressen des Kapitals diktiert.

Die umfangreichen Rationalisierungsinvestitionen in neue Technologien führen zwangsläufig dazu, daß der in Anlagen, Produktionsmittel angelegte Teil des Kapitals wächst, der für den Kauf von Arbeitskraft verwandte Teil aber relativ sinkt. Die Nachfrage des einzelnen Kapitals nach Arbeitskraft wächst langsamer als der Gesamtumfang des Kapitals oder geht sogar zurück. Da der Profit aber nur aus der Arbeit entspringt, ist Druck auf die Profitrate unvermeidlich. Die Kapitalisten trachten als Reaktion nach der Verlängerung der Arbeitszeit, die die Ausbeutung der Arbeitskraft steigert und der sinkenden Profitrate entgegenwirkt. Dazu treiben sie die Flexi-Kampagne mit der Ausdehnung von Schicht- und Nacht-

der zugenommen hat, die Reproduktion der Arbeitskraft also nicht billiger wird und ihr Wert folglich nicht sinkt, greift die bürgerliche Propaganda das traditionelle Lohnniveau in der BRD an. Sie will es für einen Teil der Lohnabhängigen gewaltsam in Richtung auf das physische Existenzminimum drücken und darüberhinausgehende Elemente im Lohn vermindern bis auslöschen.

In allen Stellungnahmen bürgerlicher Kräfte wird seit Monaten eine stärkere Differenzierung der Löhne nach Branchen, Regionen und Qualifikationen verlangt. Diese Differenzierung wird zugleich konkret ausgestaltet. Drei Beispiele, die deutlich machen, wen es wie treffen soll:

Beispiel 1: F.D.P.-Haussmann in der Bild-Zeitung vom 2.4. 1985: "Ein Grund für die hohe Arbeitslosigkeit sind unsere zu hohen Tariflöhne. Viele Arbeitslose, die für 20 DM Tariflohn die Stunde keinen Job finden, wären froh, wenn sie für 12 DM arbeiten könnten." Nun liegen 12 DM immer



Nicht nur gegen die unteren Lohngruppen, auch gegen Facharbeiter und entsprechende Angestelltengruppen zielen die Lohnsenkungspläne.

arbeit, der Massierung der Jahresarbeitszeit auf die Produktionsspitzen, dem hartnäckigen Versuch zur Wiedereinführung der Samstagsarbeit. Die Blümse Arbeitszeitnovelle soll noch in diesem Jahr die gesetzliche Grundlage für die Verlängerung des Arbeitstags schaffen.

Der zweite Ansatzpunkt der Kapitalisten ist die Senkung der Löhne. Sind schon in den vergangenen Jahren die Löhne relativ zur Preissteigerung gesunken, so wird inzwischen eine weitergehende nominale Senkung gefordert. Da eine Preissenkung bei Lebensmitteln nicht stattfindet, im Gegen teil die Teuerung anhält und wie-

noch über dem niedrigsten Tariflohn in der Metallindustrie (in Nordwürttemberg-Nordbaden z.B. sind es bei Einrechnung der tariflichen Leistungszulage 10,92 DM). Dennoch macht die Sache einen Sinn. Nämlich als eine drastische Lohnsenkung im Facharbeiterbereich. Es sind gutbezahlte Facharbeiter, mit deren Löhnen Haussmann da rechnet, vielleicht im Zug von Betriebsstilllegungen arbeitslos geworden und arbeitssuchend. Für einen Alleinstehenden in Steuerklasse I würden gerade noch 1400 DM im Monat netto herauspringen, für einen Verheirateten in Steuerklasse III mit zwei Kindern etwa 1500 DM.

Lohnlage heute: einige Beispiele

Um die ausgesprochen brutalen Auswirkungen der bürgerlichen Lohnsenkungsvorhaben zu verdeutlichen, haben wir in einem Elektrokonzern und einem Maschinenbaubetrieb mittlerer Größe im Stuttgarter Raum einige Arbeiter gefragt, was sie unter den heutigen Umständen als notwendiges Einkommensminimum erachten, und wie sich ihr Lohn dazu verhält. Die Antworten machten deutlich: Bis zu Facharbeitern und Meistern wird – zumindest bei den Befragten, die aber nicht besonders ausgewählt waren – das heute als notwendig erachtete Einkommensminimum nicht erzielt. Dieselbe Lage ist unserem Eindruck nach im unteren und mittleren Angestelltenbereich. Lohnsenkungen in diesen Bereichen würden Ausgaben treffen, die heute als unbedingt nötig angesehen werden. Im folgenden stichpunkthaft einige der Antworten:

M. ist türkischer Akkordarbeiter, verheiratet, zwei Kinder. Seine Frau ist nicht berufstätig. Er ist in Lohngruppe 4 im Zweischichtbetrieb. Bei einem Stundenlohn von 14,20 DM kommt er monatlich auf knapp 2000 DM netto. Mit im Haushalt lebt sein Vater, der im Monat etwa 1800 DM netto verdient. Als Haushaltseinkommen stehen also 3800 DM zur Verfügung. Nur durch die Zusammenlegung von zwei Haushalten ist in diesem Fall möglich, daß die Ausgaben der Familie gedeckt und monatlich etwa 700 DM in die Türkei überwiesen werden können. M. bezeichnet etwa 2500 DM als Einkommensminimum für sich, seine Frau und die Kinder.

Y. ist türkischer Maschinenarbei-

ter, 25 Jahre, ledig. In Lohngruppe 6 (10,97 DM) hat er mit Zulagen 14,64 DM in der Stunde und mit einem Fahrgeld etwa 1630 DM monatlich netto. Er kann in absehbarer Zeit die jetzige Arbeit nicht mehr machen, da seine Hände vom ständigen Kontakt mit Bearbeitungöl und Lösungsmittel angegriffen sind. Ein anderer Arbeitsplatz wird ihm nicht angeboten. Y. sagt, daß er mit dem Monatslohn heute gerade so hinkomme. Er unterstützt mit 200 DM seinen Vater, der wegen längerer Arbeitslosigkeit vom Arbeitsamt keine Unterstützung mehr erhält. Mit dem Lohn kommt er nur aus, weil er in einem Wohnheim zu absolut unwürdigen Bedingungen lebt (drei Leute je Zimmer mit je 225 DM Monatsmiete). Die Anmietung einer Wohnung ist mehrfach daran gescheitert, daß er eine Kaution oder die Übernahmekosten für Möbel nicht zahlen konnte. Unklar ist, wie die 15000 DM aufgebracht werden sollen, die der türkische Staat als Ablab von seinem Wehrdienst verlangt und dabei ausnutzt, daß die Kapitalisten hier ausländischen Arbeitern bei Wehrdienst den Arbeitsplatz nicht garantieren. – Y. sagt, daß in seiner Lage heute mindestens 1800 DM, eher 2000 DM monatlich netto nötig sind.

E. ist Mechaniker, 27 Jahre alt, ledig. In Lohngruppe 9 hat er einen Gesamtstundenlohn von 17,50 DM, im Monat etwa 1920 DM netto. Seit drei Monaten hat er nichts mehr beiseitelegen können. Wenn er sein Auto durch ein neues ersetzen muß, muß er statt des Opel Manta einen kleineren Wagen nehmen. E. sagt, daß nach seinen Erfahrungen heute in einer Großstadt von einem durchschnittlichen Facharbeiterlohn keine Familie mit Kindern ernährt werden kann. Verschiedentlich haben sich Facharbeiter

Einkommensentwicklung der Arbeitnehmerschaft – Realeinkommen und Kaufkraft 1982/84 –

Tabelle 5	82/81	83/82	84/83	84/82
	(Veränderung in Prozent)			
Bruttolohn- und Gehaltssumme (1) +1,7	+1,9	+2,7	+ 6,4	
Nettolohn- und Gehaltssumme (2) +0,4	+1,2	+1,5	+ 3,1	
Verbraucherpreise (3)	+5,3	+3,3	+2,4	+11,4
Realeinkommen der Arbeitnehmerschaft (1) : (3) -3,4	-1,4	+0,3	- 4,5	
Kaufkraft der Arbeitnehmerschaft (2) : (3)	-4,7	-2,0	-1,0	- 7,5

Berechnungen der IG Metall, abgedruckt im "Gewerkschafter" 5/85. Sollen Lohnfragen weiterhin zugunsten von "qualitativen Forderungen" zurückgestellt werden?

wegen der Zulagen um Schichtarbeitsplätze beworben. Er selber macht eine Abendausbildung zum Techniker. Für eine alleinstehende Person hält er 2000 DM im Monat für das Minimum, wenn nicht Urlaub unmöglich werden soll.

B. ist Werkzeugmacher, 32 Jahre, verheiratet, zwei Kinder. Bei einem Stundenlohn von 18,50 DM kommt er im Monat auf netto etwa 2350 DM. In seinem Fall hält er monatlich 2700 DM für mindestens erforderlich, aber auch nur, weil er mit 270 DM im Haus seiner Eltern eine relativ niedrige Miete zahlt. Unter der Voraussetzung heutiger großstädtischer Mieten hält er etwa 3500 DM für nötig. Seine Frau arbeitet in Teilzeit als Verkäuferin und verdient knapp 400 DM im Monat. Davon werden z.B. Kinderkleidung oder ein Kurzurlaub finanziert. Regelmäßigen Sommerurlaub hat er in den letzten Jahren nicht gemacht.

Beispiel 2: Die Firma Simplex in Wahlstedt (Schleswig-Holstein), wo Arbeitslose für untertarifliche 8 DM Stundenlohn eingestellt wurden. Das Beispiel wurde in den Medien kräftig ausgeschlachtet. Die Zustände, die da Schule machen sollen: Für 170 Stunden Arbeit in Steuerklasse I 990 DM, in Steuerklasse III/2 1090 DM.

Beispiel 3: Hans Mundorf stellte im "Handelsblatt" vom 18.4. 1985 – scheinbar in Kritik an den F.D.P.-Forderungen – die folgende Überlegung an:

"In NRW z.B. verdient ein Arbeiter in der Lohngruppe 2 (Arbeiten einfacher Art, die nach kurzer Anweisung ausgeführt werden können oder ein Anlernen von vier Wochen erfordern) ab 1. April 1985 DM 9,48. Ein solcher Arbeitnehmer hat bei 166 Stunden im Monat einen Bruttolohn von 1573 DM. Darauf zahlt er 22% Steuern und etwa 15% Sozialabgaben, geht also mit rund 1000 DM im Monat

nach Hause. Ein kaufmännischer Angestellter der Gruppe K2 hat ein Bruttoanfangsgehalt von 1313 DM, er behält noch nicht einmal 1000 DM. Wer hat eigentlich die Courage, diesen Leuten zu sagen, daß sie eigentlich viel zu teuer seien, daß sie sich mit einem 'Gleichgewichtspreis' von netto 600 oder 700 DM im Monat begnügen müßten? Da verdienen sie ja vermutlich als Arbeitslose mehr?"

Woher hat eigentlich Hans Mundorf die Courage zu der Lumperei, in seiner Rechnung die tarifliche Leistungszulage von 16% wegzulassen (von anderen tariflichen Ansprüchen dabei abgesehen) und auf diese Weise die heutigen tariflichen Mindestlöhne um ein Achtel zu kürzen? Schlampige Recherche zum Redaktionsschluß vom "Handelsblatt"? Gewiß nicht, sondern ein gründlich überlegter Propagandaschachzug für eine Absenkung des tariflichen Lohnniveaus. Der

Wunsch ist der Vater der Rechnung. 1000 DM netto sollen reichen, kommt da als Propagandavorschlag ans bürgerliche Lager rüber.

Wir haben eine Reihe von Arbeitern und Angestellten gefragt, was sie heute als notwendiges Einkommensminimum ansehen (siehe obenstehenden Kasten). Die Antworten laufen etwa auf folgendes hinaus: Bei großstädtischen Mieten und Preisen braucht heute ein alleinstehender Lohnabhängiger netto mindestens etwa 2000 DM, ein Zweipersonenhaushalt mindestens etwa 3000 DM, mit zwei Kindern 3500 DM, um einigermaßen auszukommen. Die Lohnsenkungsvorhaben im unteren und inzwischen auch im mittleren Einkommensbereich streben demgegenüber ganz andere Größenordnungen an, die auf Fristung einer elenden Existenz hinauslaufen würden. Muß hier nicht die gewerkschaftliche Politik Konsequenzen ziehen? – (rok, ros)

"Indochina"

Vietnam nach 1975: Gründe der Besetzung Kampuchea und der Kontrolle über Laos

"Zehn magere Jahre nach der Befreiung" – unter solchen Schlagzeilen resümiert die westliche Presse die Ergebnisse des Aufbaus im wiedervereinigten Vietnam. Mit "Kanonen statt Butter", einer anspruchslosen Bevölkerung und sowjetischer Unterstützung sei die vietnamesische Führung dabei, die Kontrolle über ganz Südostasien zu erobern. In der Linken werden dagegen die vietnamesischen Militäraktionen gegen Kampuchea teilweise mit der Niederschlagung des deutschen Faschismus durch die Alliierten verglichen und außerdem mit einer angeblichen chinesischen Bedrohung Vietnams gerechtfertigt. Wie haben sich die ökonomischen und sozialen Verhältnisse in Vietnam nach 1975 entwickelt, und welche Interessen reflektiert die Politik der KP Vietnams gegenüber Laos und Kampuchea?

Kriegszerstörungen und Boykott durch den Westen

Mit der Einnahme Saigons durch Verbände der FNL und der nordvietnamesischen Armee am 30.4. 1975 hatte das vietnamesische Volk ganz Vietnam befreit, die US-Imperialisten besiegt. Die Hinterlassenschaften des Krieges waren gewaltig: Über Vietnam waren mehr Bomben als insgesamt im 2. Weltkrieg niedergegangen; 430000 getötete und 360000 kriegsversehrte Vietnamesen allein im Süden bei einer Gesamtbevölkerung von 57 Mio. Vietnamesen; das Verkehrsnetz und die Energieversorgung waren vollständig zerstört; 10 % des landwirtschaftlich bebaubaren Bodens im Süden waren durch Bomben, Napalm und chemische Kriegsführung dauerhaft geschädigt; Wasserreservoir, Bewässerungsanlagen und Deiche waren größtenteils zerstört, ein Grund dafür, daß es in den Folgejahren zu verheerenden Überschwemmungen bzw. Dürrekatastrophen und zu einem weiteren Rückgang der Agrarproduktion kam.

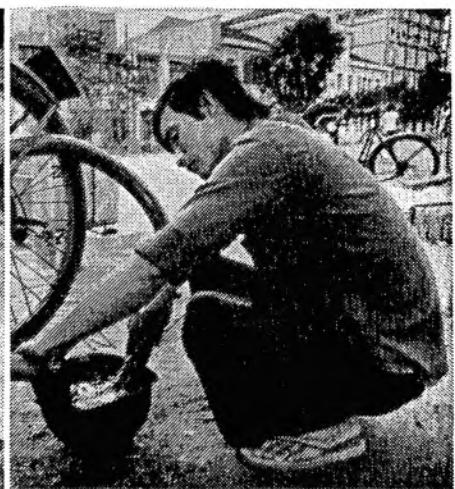
Zu den Hinterlassenschaften des US-Krieges gegen Vietnam gehörte auch, daß im Süden in 20 Jahren US-Besetzung die traditionellen, vorherrschend agrarischen Strukturen zerstört waren und die Existenz großer Teile der Bevölkerung von US-Dollars abhing: "Die französischen Kolonatoren hatten sich der traditionellen Strukturen bedient. Der amerikanische Imperialismus hingegen hat eine neue Klasse von Militärs, Beamten und Schwarzhändlern geschaffen. Die Franzosen haben nur wenige Spuren hinterlassen, während die Amerikaner innerhalb von 20 Jahren im Süden etwas Neues geschaffen haben. Es ist etwas Künstliches, aber es ist stark. Es hat Wurzeln geschlagen, und es wird Zeit brauchen, bis es wieder verschwunden ist." So die Stellungnahme des vietnamesischen Sozialwissenschaftlers Nguyen Khac Vien 1976. 1975 lebten im Süden nur noch 35 % der Bevölkerung auf dem Lande; 10 Mio. Bauern hatten ihre Dörfer verlassen müssen.

Es ist wichtig, an diese Hinterlassenschaften des mörderischen US-Krieges zu erinnern angesichts der laufenden imperialistischen Hetze ge-

gen Vietnam. Mit Schweigen übergehen die bürgerlichen Medien den Bruch der Zusagen der US-Regierung, Wiederaufbauhilfe zu leisten, sowie den zwar niemals erklärten, aber dennoch seit 1976 wirksamen Wirtschaftsboykott der westlichen Imperialisten gegen Vietnam, das gleich 1976 dem IWF, der Weltbank und der

gierung der VR China auf Betreiben des damaligen Vizepremiers Deng Xiaoping sich 1975 gezwungen sah, die während des Krieges an Vietnam gegangenen Hilfleistungen drastisch zu reduzieren.

Die genannten Faktoren haben zumindest dazu beigetragen, daß das vietnamesische Aufbauprogramm



In der Landwirtschaft, im Handel und im Handwerk im Süden Vietnams hat die vietnamesische Regierung die Kollektivierung seit 1979 weitgehend rückgängig gemacht. Im Norden wird in der Landwirtschaft ein Kontraktsystem ähnlich wie heute in der VR China praktiziert. Die Pro-Kopf-Getreideproduktion ist von 268 kg 1980 auf 300 kg 1983 gestiegen.

Asiatischen Entwicklungsbank beigetreten war, aber keine zinsgünstigen Kredite in Anspruch nehmen konnte und Entwicklungshilfe nur von den skandinavischen Ländern und Japan bekam. In dem Pariser Abkommen von 1973 hatten sich die USA in Artikel 20 verpflichtet, einen Beitrag zum Wiederaufbau Vietnams zu leisten. 1973 hatte US-Präsident Nixon dem vietnamesischen Premier Pham Van Dong "bedingungslose Aufbauhilfe" in Höhe von 3,25 Mio. \$ und später weitere 1,5 Mio. \$ annonciert. Vietnam bekam keinen Pfennig von den USA, auch die Bundesregierung hielt ihre Hilfszusagen nicht ein. Teil des Boykotts war auch die Einstellung der Ölexploration durch US-Konzerne vor der Küste Südvietnams. Das war alles lange vor dem vietnamesischen Einmarsch in Kampuchea.

Diese äußeren Bedingungen des Wiederaufbaus in Vietnam wurden noch dadurch erschwert, daß die Re-

scheiterte und das Land gegen Ende der siebziger Jahre in eine schwere Wirtschaftskrise geriet: Bei einem jährlichen Bevölkerungszuwachs von 2,3 % produzierte Vietnam 1976 13,5 Mio., 1978 dagegen nur 12,2 Mio. t Getreide. Die Industrieproduktion wuchs bis 1980 jährlich nur um 0,6 %. Die Auslandsverschuldung war 1980 auf über 3 Mrd. \$ gewachsen, der Schuldendienst verzehrte 56 % der Exporterlöse. Mehr als die Hälfte der vietnamesischen Auslandsschulden werden nach westlichen Schätzungen von der UdSSR gehalten. Laut Weltbank gehört Vietnam heute nach dem Pro-Kopf-Einkommen zu den ärmsten Ländern der Welt.

Ziel: Ökonomische Integration von Laos und Kampuchea

Nach dem Ende 1976 vom IV. Parteitag der KP Vietnams beschlossenen Fünfjährplan sollte bis Ende 1980 die Getreideproduktion verdoppelt und

"Indochinesische Föderation" oder friedliche Koexistenz?

Offiziell ist der alte vietnamesische Traum von einer "Indochinesischen Föderation" seit 1951 beerdigt. Aber ist er das wirklich?

Die "Indochinesische Föderation" ist ein Produkt des französischen Kolonialismus. Nach der Kolonialisierung der indochinesischen Halbinsel bildete Frankreich aus Vietnam, Kampuchea und Laos die "Union Französisch Indochina", schuf eine einheitliche Verwaltung und trieb die Integration der kolonialen Wirtschaft in den drei Ländern voran. Die Tatsache, daß die unterdrückten Völker in Indochina denselben Gegner hatten und daß sie diesen Gegner nur durch gegenseitige Unterstützung und in engem Verbund bezwingen konnten, förderte den Gedanken, ihrem nationalen Befreiungskampf ein einheitliches Ziel und eine einheitliche Führung zu geben.

So benannte sich die Kommunistische Partei Vietnams bald nach Gründung um in Kommunistische Partei Indochinas. Zugleich beschloß sie Politische Thesen, in denen von einer "indochinesischen Revolution" die Rede war und die u.a. als Kampfaufgabe festlegten: "Aus Indochina soll ein vollständiges unabhängiges Land gemacht werden, wobei das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkannt wird."

Die Kommunistische Partei Vietnams unter Führung Ho Chi Minhs folgte damit einer Weisung der kommunistischen Internationale. Diese vertrat ausdrücklich das Konzept einer gesamt-indochinesischen Revolution und das Ziel einer "Indochinesischen Föderation". Sie übersah oder ignorierte dabei folgendes:

Die französische Kolonisierung der indochinesischen Halbinsel hatte die Expansion Vietnams gen Süden beendet, in deren Verlauf Kampuchea größere Teile seines Territoriums an Vietnam verloren hatte. Die Beziehungen zwischen Vietnam und Kampuchea, aber auch zwischen Vietnam und Laos waren also widerspruchsbeladen und blieben es auch während der französischen Kolonialherrschaft. Denn die Kolonialherren besetzten nahezu alle Verwaltungsposten in ihrer Kolonie mit Vietnamese. Sie förderten vietnamesische Ansiedlungen in den Nachbarländern, und Vietnamesisch wurde, neben Chinesisch, zur Handelssprache in ganz Indochina. Diese Politik bestärkte einen gewissen vietnamesischen Chauvinismus und schürte Widersprüche zwischen Vietnam, Kampuchea und Laos.

Zweitens organisierte die KP Indochinas nahezu ausschließlich vietna-

mesische Kommunisten. Das Konzept der Bildung einer einzigen Partei beinhaltete also, daß vietnamesische Kader die Partei in Kampuchea und Laos aufbauen und den Befreiungskampf dort organisieren sollten – ein Konzept, das in jeder Beziehung schlechte Auswirkungen haben mußte: Es war nicht geeignet, den Befreiungskampf in Kampuchea und Laos zu entwickeln, und es war nicht geeignet, den Einfluß chauvinistischer Tendenzen in Vietnam auf die Kommunistische Partei zu bekämpfen. Seit jener Zeit jedenfalls entwickelten die vietnamesischen Kommunisten eine starke Neigung, die Führung über die Befreiungsbewegung in allen drei Ländern zu beanspruchen und dabei den Befreiungskampf des kampucheanischen und des laotischen Volkes dem des vietnamesischen Volkes unterzuordnen.

Formell haben die vietnamesischen Kommunisten das Konzept einer Partei, das mit dem Ziel einer "Indochinesischen Föderation" begründet war, 1951 aufgegeben, nachdem das ZK der KP Indochinas schon 1941 vertreten hatte, daß die nationale Frage in jedem der drei Länder gesondert gelöst werden müsse. Auf dem zweiten Landesparteitag im Februar 1951 wurde die IKP in Partei der Werktätigen Vietnams umgetauft. Aber:

Nach westlichen Angaben, die sich auf Radio Stimme Vietnams vom 19.3. 1951 berufen, sprach Ho Chi Minh auch auf dem Parteitag von der "Verwirklichung einer großen Union aus Vietnam, Laos und Kambodscha". Aufschlußreich ist aber vor allem, daß und wie die Partei der Werktätigen Vietnams auch nach 1951 die Kontrolle über die revolutionären Organisationen und den Befreiungskampf in Kampuchea und Laos angestrebt hat.

So war die nach Auflösung der IKP 1951 gegründete Revolutionäre Volkspartei Kambodschas weitgehend von den vietnamesischen Kommunisten abhängig, und als sich die vietnamesischen Truppen nach der Genfer Indochina-Konferenz 1954 aus Kampuchea zurückzogen, das ihnen als Hinterland im Kampf gegen die französische Kolonialmacht gedient hatte, zog ein Drittel ihrer 1800 Mitglieder mit nach Vietnam. So hatte auf der Genfer Indochina-Konferenz der Viet Minh-General Giap den Waffenstillstand nicht nur für Vietnam, sondern auch für Kampuchea und Laos unterschrieben, ungeachtet der Tatsache, daß in Kampuchea die antikoloniale Widerstandsorganisation Khmer Issarak den bewaffneten Befreiungskampf führte (in sehr engem militärischen Verbund allerdings mit den Viet Minh).

Ende der 60er Jahre übte Vietnam starken Druck auf die kampucheanischen Kommunisten aus, die sich seit 1960 in der Kommunistischen Partei Kampuchea organisierten, auf "den revolutionären Kampf zu verzichten und den Sieg der Vietnamesen abzuwarten, der automatisch den Sieg in Kambodscha erringen wird" (Le Du an). Vietnam brauchte Kampuchea als Hinterland für den Kampf gegen die US-Aggression dringender als je und fürchtete, daß die Entwicklung des Befreiungskampfes in Kampuchea sein gutes Verhältnis mit dem damals noch regierenden Sihanouk belasten könnte. Die kampucheanischen Revolutionäre ließen sich in des davon nicht beeindrucken und nahmen endgültig 1968 den bewaffneten Befreiungskampf auf. 1970, als Sihanouk durch einen US-inszenierten Putsch gestürzt wurde, zählten die reguläre Armee des Widerstandes 4000 und seine Guerillaeinheiten 50000 Kämpfer, und das Volk von Kampuchea war so in der Lage, den revolutionären Volkskrieg zu entfalten, innerhalb eines Jahres fast 80% des Territoriums zu befreien und schließlich das Marionettenregime zu stürzen und die US-Imperialisten zu besiegen.

In der ganzen Zeit des Befreiungskampfes gegen den Kolonialismus und Imperialismus waren trotz allem die Widersprüche zwischen den vietnamesischen, den kampucheanischen und den laotischen Revolutionären untergeordneter Natur. Die "Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker", die gleich nach dem US-Putsch in Kampuchea einberufen wurde und an der die von den Kommunisten geführte Nationale Einheitsfront von Kampuchea, die Patriotische Front von Laos, die Südvinamesische Nationale Befreiungsfront und die Demokratische Republik Vietnam teilnahmen, hob völlig zu Recht die "Freundschaft und Kampfverbundenheit" der drei Völker hervor – sie betonte aber auch die Prinzipien, die ihre Beziehungen leiten sollten: "die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz ...: gegenseitige Respektierung der Souveränität und territorialen Integrität; Nichtangriff; gegenseitige Respektierung des politischen Systems jedes Landes und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten; Gleichheit und gegenseitiger Nutzen; friedliche Koexistenz". Jede MiBachtung dieser Prinzipien, sei's unter der Fahne der "Indochinesischen Föderation" oder unter einer anderen, sei's vor dem Sieg über den US-Imperialismus 1975 oder danach, hat der Befreiung der indochinesischen Völker von imperialistischer Herrschaft nur Schaden zugefügt.

die Industrieproduktion um 150% gesteigert werden. General Giap erklärte: "Wir beginnen in Lumpen und Ruinen... In fünf Jahren soll jede Familie ausreichend mit Nahrung versorgt sein und über ein Minimum an Komfort wie Kühlschrank, Fernsehen, Radio... verfügen." Diesen Optimismus teilten auch westliche Manager, von denen einer 1976 erklärte: "Vietnam könnte in seinem wirtschaftlichen Aufbau sogar derart erfolgreich sein, daß es in kurzer Zeit zu einem ernsthaften Konkurrenten auf dem asiatischen Exportmarkt wird."

Die Gründe für die – trotz unbestreitbarer Erfolge im Gesundheitswesen, im Bildungswesen, in der Versorgung der Kriegsopfer – hauptsächlich negative Bilanz der vietnamesischen Wirtschaft der letzten zehn Jahre liegen in einem ambitionierten Aufbau- und Expansionsprogramm der KP Vietnams, das den genannten äußeren Bedingungen nicht gerecht wurde und vor allem nicht die vietnamesischen Arbeiter und Bauern zusammenzuschließen vermochte. Die verbreitete Kennzeichnung dieses Programms als unrealistischer Wunschzettel ist ungenügend, weil damit die Absicht hinter diesem Programm geleugnet wird. Das von Parteichef Le Duan propagierte Ziel war die Schaffung eines modernen, starken Vietnam – mit ähnlichen Vorzeichen wie das Konzept der "vier Modernisierungen" in China.

Zu diesem Zweck wurde die Wiedervereinigung mit dem Süden des Landes noch 1975 besiegt und überhastet durchgeführt. Der ökonomische Zweck dieses Schrittes konnte nur sein, auch die Ressourcen des Südens schnellstmöglich zu zentralisieren. Die Kollektivierung der Landwirtschaft im Süden wurde verordnet, allerdings ohne viel Erfolg. Und die anschließende Kollektivierung des Handels, bis dato weitgehend unter Kontrolle von Auslandschinesen, führte zum Zusammenbruch des Austausches zwischen Stadt und Land und mußte 1979 wieder rückgängig gemacht werden. Heute gibt es im Süden des Landes z.B. mehr private Getreidehändler als vor 1975. Das Konzept der "neuen Wirtschaftszonen" im dünnbesiedelten Hochland an den Grenzen zu Kampuchea und Laos – in der westlichen Presse als vietnamesische "Gulags" dargestellt – sollte die kriegsbedingte Übervölkerung der Städte im Süden abbauen, zur Milderung des Ernährungsproblems beitragen und außerdem zur Grenzsicherung gegen Kampuchea und zur Disziplinierung der im Hochland siedelnden und im Krieg mit den USA verbündeten nationalen Minoritäten dienen. Allein die schlechte materielle wie ideologische Vorbereitung der Umsiedlungsbewegung sowie die Auswahl der Umsiedler – meistens Offiziere und Beamte des Thieu-Regimes – förderten nicht gerade den Er-



Soldaten der Roten Khmer in einem Dorf nahe der kampucheanischen Provinzhauptstadt Siem Reap in Zentralkambodscha. Die Guerillaverbände des Demokratischen Kampuchea kontrollieren etwa ein Drittel des Landes und binden ca. 200000 vietnamesische Besatzungssoldaten.

folg der "neuen Wirtschaftszonen".

Spätestens mit der Wiedervereinigung gab die KP Vietnams im Süden ihre Einheitsfrontpolitik auf, die FNL (in der neben Kommunisten Buddhisten, patriotische Katholiken etc. arbeiteten) und die "provisorische Regierung" verschwanden von der Bildfläche. Die nichtkommunistischen Kräfte der Einheitsfront spielten fortan in der Verwaltung des Südens keine Rolle mehr, und da außerdem die kommunistischen Kader des Südens durch den Krieg und den CIA-Terror erheblich dezimiert waren, wurden zehntausende Kader aus dem Norden – mit den besonderen Problemen des südlichen Landesteils nicht vertraut – mit Verwaltungsaufgaben im Süden beauftragt.

Sinnvoll wäre eine zunächst allmäßliche Annäherung der beiden Landesteile gewesen. Im Süden mußten durch die neodemokratische Revolution schrittweise erst die Voraussetzungen für die sozialistische Umgestaltung geschaffen und dabei die gesellschaftlichen Hinterlassenschaften der US-Kriegsökonomie beseitigt werden.

Das Programm für den Wiederaufbau, verkörpert im II. Fünfjahrplan, der besonders die Entwicklung der Schwerindustrie und Rüstungswirtschaft betonte, zielt auf die rasche Akkumulation des erwirtschafteten Mehrprodukts bei den zentralen Staatsebenen. Nur das macht den Sinn der dargestellten Maßnahmen verständlich. Es war in der gegebenen Situation vermutlich aber das Falschste, weil zunächst die Aufgabe darin hätte bestehen müssen, die Reproduktionsbedingungen der unmittelbaren Produzenten – seien es privatwirtschaftende Bauern im Süden oder Genossenschaftsbauern im Norden – zu erleichtern durch Belassung eines großen Teils des erwirtschafteten Mehrprodukts auf dem Lande und dadurch die Versorgungslage zu verbessern. Bei diesem Programm müssen

dagegen Vorstellungen Pate gestanden haben, in Vietnam eine – in den anderen südostasiatischen Ländern jeweils zu Lasten der Arbeiter und Bauern gegangene – forcierte Industrialisierung nach dem Muster der ASEAN-Staaten, Südkoreas oder Taiwans durchzusetzen. Für dieses Ziel war es unerlässlich, daß die vietnamesische Führung ausländische Investoren gewann und über die Mitgliedschaft in Weltbank, IWF und Asiatischer Entwicklungsbank Zugang zu deren Kreditprogrammen bekam. Entsprechende Bemühungen unternahm die vietnamesische Führung nach 1975 – allerdings vergeblich.

Für dieses Programm einer starken Wirtschaftsmacht Vietnam in Südostasien war es natürlich von Vorteil, wenn sich Vietnam auf eine enge wirtschaftliche Verflechtung mit den Nachbarländern Kampuchea und Laos stützen konnte. Die Kooperation der kommunistischen Parteien und der Befreiungsbewegungen der drei Länder im gemeinsamen Kampf gegen den US-Imperialismus mußte solche Überlegungen noch bestärken. Tatsächlich finden sich Hinweise dafür, daß die vietnamesische Führung nicht nur von einer Kooperation nach dem Sieg über den US-Imperialismus ausging, wie es unter Respektierung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Nachbarländern üblich ist, sondern von einer Integration der Ökonomien von Kampuchea, Laos, und Vietnam. So hieß es im August 1979 in der theoretischen Zeitschrift der KP Vietnams: "Gemäß der sicheren strategischen Stellung, die Vietnam, Laos und Kampuchea miteinander verbindet, soll die Umorganisierung der Kampfzonen mit der Planung neuer Wirtschaftszonen, mit der Umverteilung der Arbeitskräfte und mit dem Aufbau neuer Lebensmittelzonen, der Industriegebiete und der Infrastruktur kombiniert werden. Die Umsiedlung von etwa 10 Mio. Menschen vom Delta

des Roten Flusses und vom Tiefland von Zentralvietnam in die Grenzgebiete, auf verschiedene Inseln, in das zentralvietnamesische Hochland, in die westlich von den annamitischen Kordillerenprovinzen liegenden Gebiete dient der Vergrößerung der Anbaufläche und dem Aufbau neuer Kampfzonen." Das war nach dem Einmarsch in Kampuchea, aber solche Vorstellungen entstehen nicht plötzlich, sondern müssen schon Jahre vorher in der Partei diskutiert worden sein. Seit 1975 hatte die KP Vietnams immer wieder betont, es gelte, "die besonderen Beziehungen zwischen dem vietnamesischen Volk und den Völkern von Laos und Kampuchea zu wahren und weiterzuentwickeln".

Welche Klassen und Schichten in Vietnam hatten ein Interesse an einem so beschaffenen Wirtschaftsprogramm und der wirtschaftlichen Expansion des Landes? Alle westlichen Untersuchungen sprechen vom vietnamesischen Nationalismus, der das ganze Volk beherrsche. Einen solchen Nationalismus mag es geben, dennoch haben aber die vietnamesischen Bauern und Arbeiter kein Interesse am vietnamesischen Expansionismus, denn sie sind es, die für diese Politik bluten müssen und von deren Früchten nichts bekommen. Die kleinen und mittleren Bourgeois im Süden des Landes und die Kompradoren, deren Reste ja noch existieren, waren zunächst Opfer dieser Politik und nicht deren Wortführer. Inzwischen dürften aber auch diese Klassen aufgrund der Rücknahme der Kollektivierungspolitik in der Perspektive eines wirtschaftlich starken Vietnam ihre Zukunft sehen. Ähnlich sieht es mit der Intelligenz und dem Militär und den Parteidienstlern aus. Schon in Kolonialzeiten stellten Vietnamesen die Führung in Laos und Kampuchea. Eine auf den Aufbau von Schwerindustrie und zentralisierter Akkumulation gerichtete Politik schafft ihnen Leitungspositionen und den Zugriff auf die Ressourcen, in den Nachbarländern Positionen in Ministerien etc.

Gründe für die Besetzung Kampuchea's

In Laos, das Ende 1975 seine Unabhängigkeit erkämpfte und dessen kleine kommunistische Partei historisch immer sehr eng mit der vietnamesischen verbunden war, nahmen die vietnamesischen Wirtschaftsinteressen sehr bald konkrete Formen an: Gemeinsame Straßenbau-, Wasserkraft- und Bewässerungsprojekte wurden in Angriff genommen, eine Ölleitung zur vietnamesischen Küste wird gegenwärtig gebaut, vietnamesische Fachkräfte und Militärbrigaden arbeiten an der Erschließung der Zinnvorkommen und am Abbau der Holzressourcen von Laos. Die vietnamesischen Truppen, die im Befreiungskrieg gegen die USA Laos als Hinterland benutzt hatten,

haben das Land niemals verlassen; gegenwärtig sollen etwa 40000 vietnamesische Soldaten dort stationiert sein.

Anders dagegen in den Beziehungen Vietnam-Kampuchea: Kampuchea verfügt über zonal mehr Pro-Kopf-Anbaufläche als Vietnam und galt immer als Reiskammer Südostasiens. Aber die kampucheanischen Kommunisten lehnten nach der Befreiung des Landes jede Form "besonderer Beziehungen" zu Vietnam ab und waren bemüht, aus den existierenden vietnamesischen Nachschubwegen und Basen in Kampuchea keine Dauereinrichtung werden zu lassen. So soll es schon 1970 bewaffnete Konflikte zwischen Roten Khmer und nordvietnamesischen Verbänden gegeben haben. Die kampucheanische Parteiführung versuchte außerdem, den starken vietnamesischen Einfluß innerhalb der Partei, der u.a. von dem Training vieler kampucheanischer Kader in Vietnam herührte, systematisch einzudämmen. Schließlich kam es im Verlaufe der kampucheanischen Revolution zur Rückwanderung von ca. 150000 Vietnamesen nach Vietnam, die in Kampuchea als Lehrer, Beamte,



Facharbeiter und Händler tätig gewesen waren.

Die KP Kampuchea's verfolgte ein Aufbaukonzept, das dem Vietnams diametral entgegengesetzt war: Statt rascher Industrialisierung, Aufbau einer modernen Wirtschaft und Weltmarktorientierung ergab sich aus der Entwicklung der kampucheanischen Revolution als Bauernrevolution das Konzept der Entwicklung der Landwirtschaft als Basis. Der Aufbau und die selbständige Entwicklung Kampuchea's sollten gesichert werden durch eine weitestgehende Abschottung vom Weltmarkt.

Das sind alles Gründe für starke Differenzen zwischen Vietnam und Kampuchea, sie erklären aber nicht die militärische Invasion und Besetzung Kampuchea's, die schon im Frühjahr 1978 von vietnamesischen Trup-

pen versucht, aber vereitelt wurde und dann zur Jahreswende 1978/79 endgültig vollzogen wurde. Zweifellos hat es zwischen 1975 und 1978 auch erbitterte Grenzkämpfe zwischen kampucheanischen und vietnamesischen Truppen gegeben; aber diese Grenzstreitigkeiten, die auf die Grenzziehung durch die französischen Kolonialisten zurückgingen, waren allenfalls Ausdruck tiefergehender Widersprüche.

Die Entscheidung der KP Vietnams, Kampuchea zu überfallen und zu besetzen, fiel vor allem aufgrund der engen Beziehungen Kampuchea's zur VR China einerseits und der wachsenden Widersprüche zwischen der VR China und der SVR Vietnam andererseits: Die VR China hatte seit 1975 ihre Hilfsleistungen an Vietnam wesentlich reduziert und damit faktisch aber von verstärkten Hilfeleistungen aus der UdSSR und den anderen COMECON-Ländern abhängig gemacht. In Beratungen auf Parteibasis hatte die KP Chinas immer wieder deutlich gemacht, daß sie 1. für eine allmähliche Wiedervereinigung Nord- und Südvietnams war, 2. das Konzept einer "indochinesischen Föderation" ablehnte und 3. eine engere Anlehnung Vietnams an die UdSSR ("Wolf durch die Hintertür") befürchtete. Gleichzeitig hatte das Demokratische Kampuchea nur zur VR China engere Beziehungen und bezog von dort Wirtschafts- und Militärhilfe. In dieser Lage befürchtete die Führung der KP Vietnams offenbar eine chinesisch-kampucheanische Einkreisung, eine Bedrohung, die durch die zunehmenden Grenzkonflikte genährt wurde und mit der Wirtschaftskrise und den sozialen Erschütterungen in Vietnam durch die Auswanderung von Einwohnern chinesischer Abstammung zusammentraf. Die Führung der KP Vietnams sah in dieser Lage ihr Ziel, eine starke Wirtschafts- und Militärmacht Vietnam zu schaffen, insgesamt bedroht.

(wird fortgesetzt)

Quellenhinweis: Dennis J. Duncanson: Der Konflikt zwischen Phnom Penh und Hanoi. Zur Anwendung der Doktrin der "begrenzten Souveränität" in Indochina, in Europa-Archiv 1978; W. Sprigath, K. Steinhaus: Indochina; Kurze Geschichte der Partei der Werktätigen Vietnams, Berlin 1972; Kommunismus und Klassenkampf, Dokumentation vom 22.1. 1979; Pol Pot Reden; Arbeiterkampf, Juni 1985; TAZ, 29.4.85; Far Eastern Ec. Review, div. Ausgaben; Asia Yearbook, div. Ausgaben; William Shawcross: Sideshow. Nixon, Kissinger and the Destruction of Cambodia, New York 1979; China aktuell, div. Ausgaben; Peter Roell: Brennpunkt Indochina, München 1984; Kai Moeller: China und das wieder vereinigte Vietnam, Bochum 1984; AIB-Sonderheft 1/85: 10 Jahre befreites Vietnam - (wom, scc)

Großbritannien**Staatliche Rentenversicherung abgeschafft**

Weitreichende Veränderungen der Rentenversicherung, der Sozialhilfe und anderer staatlicher Zahlungen kündigte die britische Regierung am 3. Juni an. Das Sozialhilfesystem soll so geändert werden, daß "der Anreiz, sich Arbeit zu suchen, größer wird" (Financial Times), d.h. die Zahlungen werden weniger.

Damit einher geht eine weitreichende Reform der Zahlungsberechnungen und des Nachweises der "Bedürftigkeit". In Zukunft gehen die Sozialämter nicht mehr von einer bestimmten unteren Einkommensgrenze aus, unter der jeder Sozialhilfe erhält. Antragsteller werden von vornherein in drei Gruppen unterteilt, Arbeitslose, Rentner und alleinstehende Elternteile. Für die drei Gruppen werden getrennte Höchstgrenzen festgesetzt. Für Familien, von denen ein Elternteil Arbeit hat, die bislang aber unter die Sozialhilfegrenze fielen, wird ein neuer "Familienkredit" eingeführt. Alle Sozialhilfe-Einkommensgrenzen werden in Zukunft in Netto-, nicht in Bruttoeinkommen errechnet.

Eine "radikale Reform" (Margret Thatcher) wird am staatlichen Rentensystem vorgenommen – das bedeutet, es wird abgeschafft. Die staatliche, einkommensbezogene Rentenversicherung wurde 1975 von allen Parteien beschlossen und 1978 eingeführt. Man habe nachgerechnet, erklärte die Regierung Thatcher: Heute zahle man 13,5 Milliarden Pfund im Jahr für die Renten, wenn die einkommensbezogene Rente erst einmal greife, in fünfzig Jahren etwa, seien das zwischen 45 Milliarden und 67 Milliarden, das sei nicht mehr zu bezahlen.

Übrig bleiben wird eine staatliche Sozialrente für alle, wie sie seit der Sozialreform 1949 existiert. Heute beträgt diese Rente für ein verheiratetes Paar 750 DM im Monat, für eine alleinstehende Person unter 550 DM.

Ab 1978 mußte man entweder Mitglied der staatlichen einkommensbezogenen Rentenversicherung sein oder eine private Zusatzversorgung nachweisen.

Ab 1987 muß jeder eine private Rentenversicherung unterhalten, in die mindestens vier Prozent des Bruttoeinkommens gezahlt werden. Die Hälfte kommt vom Kapitalisten, bei Staatsangestellten vom Staat. Es bleibt dem Beschäftigten freigestellt, ob er Mitglied in der betrieblichen Rentenversicherung ist oder eine andere Form wählt, etwa Fonds, die von Versicherungsfirmen unterhalten werden. Das Geld wird angespart und von den verwaltenden Kapitali-

sten profitabel angelegt. Bei Betriebswechsel werden die bislang angesparten Gelder übertragen.

Zum Zeitpunkt des Rentenalters wird von dem angesparten Geld eine Altersrente gekauft. Das heißt, die Rentenhöhe hängt sowohl vom Beitrag wie von der Zinshöhe zum Zeitpunkt der Verrentung ab – ein Lotteriespiel. Die Renten werden insgesamt drastisch niedriger sein als unter dem staatlichen System. Die Regierung hat als Ergänzungsmaßnahme angedeutet, die bisherige Altersgrenze von 65 Jahren durch eine "flexible Grenze" zwischen 60 und 70 Jahren zu ersetzen.

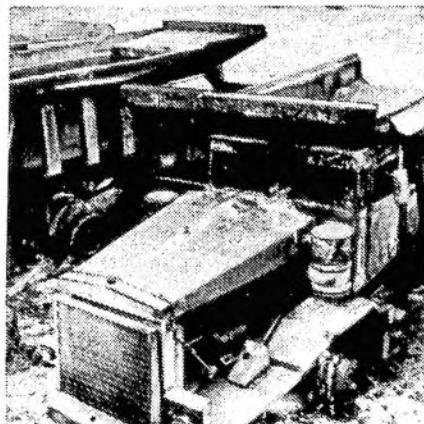
Quellenhinweis: Financial Times, versch. Ausgaben; Labour Research 1/85. – (hef)

"die wissen müssen, daß sie es riskieren, eines Tages strafrechtlich und politisch zur Verantwortung gezogen zu werden". Unter Verweis auf die negative Stellungnahme des Territorialrates Neukaledoniens – die FLNKS hatte seine Wahl boykottiert – ergingen sich RPR und UDF-Redner in Tiraden gegen die Unabhängigkeitsbewegung ("eine Handvoll Agitatoren und antifranzösische Revolutionäre, die vom Ausland manipuliert werden") und Elogen auf die Segnungen der französischen Zivilisation, die einen Abgeordneten der PS veranlaßten festzustellen: "Wir haben heute Reden gehört, die nahezu Wort für Wort Sätze von Michel Debré (Ministerpräsident unter de Gaulle) über Algerien aufnahmen."

Der offenen Verteidigung des Kolonialismus in dieser Debatte entspricht auch das Vorgehen der Reaktion auf anderen Ebenen. Wenige Tage zuvor verurteilte ein Pariser Gericht den Führer der FLNKS Tjibaou zu einem Jahr Gefängnis, 10000 FF Geldstrafe und der Aberkennung des passiven Wahlrechtes. Er habe durch sein Auftreten als Präsident der Provisorischen Regierung Kanakys "die Integrität des französischen Staates verletzt". Der zur Begründung herangezogene § 88 des Gesetzbuches fand zum letzten Mal 1956 gegen Mitglieder der algerischen FLN Anwendung. – (pel)

Frankreich/Neukaledonien**Reaktion verteidigt Kolonialismus**

Die französische Nationalversammlung hat am 4. Juni mit der absoluten Mehrheit der Sozialistischen Partei den Gesetzentwurf der Regierung über Regionalwahlen in Neukaledonien im August 1985 beschlossen.



Ausgebrannte LKWs einer Nickelmine, zerstört von weißen Siedlern, im "Figaro" der FLNKS angelastet.

Gleichzeitig wurde der Termin für das Referendum 1987 über den Vorschlag einer "Indépendance-Association" (Unabhängigkeit bei fort dauernder Verbindung) bestätigt. (s.a. Pol. Ber. 10/85 S.17) Die in der Befreiungsfront FLNKS zusammengeschlossenen melanesischen Organisationen erklärten dazu, der Plan zur Bildung von vier Regionalräten mit begrenzten Selbstverwaltungsrechten sei nicht ihr Plan, sie würden jedoch zu den Wahlen kandidieren, ohne den Kampf für die Unabhängigkeit auf anderer Ebene einzustellen.

Die Parlamentsdebatte war gekennzeichnet durch heftige Angriffe der Reaktion auf dieses Gesetz, "das Neukaledonien zwinge, sich von Frankreich zu trennen", und seine Urheber,

Griechenland**Die Konservativen haben den größten Stimmengewinn**

Zwar hat die Panhellenische Sozialistische Bewegung (PaSoK) bei den Wahlen mit 161 von 300 Sitzen eine sichere absolute Mehrheit im Parlament errungen – die größten Stimmengewinne konnte aber die konservative Neue Demokratie (ND) erreichen. Bei einer gegenüber 1981 um elf Prozent höheren Wahlbeteiligung hat sie eine halbe Million Wähler mehr gewonnen. Sie war mit einem konservativ-liberalen Programm angetreten: Für freie Marktwirtschaft, Schutz des Eigentums, Verbleib in der EG und in der NATO, Aufrechterhaltung der US-Militärstützpunkte. Ihr ist die Sammlung der liberalen und konservativen Kräfte bis in die Reihe der Faschisten gelungen. Die faschistische Nationale Politische Union (EPEN) hat gegenüber 1981 beträchtliche Verluste hinnehmen müssen, zu vermuten ist, daß ein Teil ihrer Wähler die ND unterstützt hat.

Die beiden Kommunistischen Parteien, die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) und die Kommunistische Partei Griechenlands – Inland (KK Int.), haben zusammen in etwa soviele Stimmen erhalten, wie sie

Griechische Parlamentswahlen Ergebnisse 1985 und 1981

	absolut	%
1985 Wahlberechtigte	7661588	100,0
1981	7313628	100,0
1985 Wahlbeteiligung	6397426	83,5
1981	5735397	78,7
1985 Pasok	2931300	45,8
1981	2765658	48,1
1985 Neue Demokratie	2612709	40,8
1981	2063743	35,9
1985 KKE	632705	9,9
1981	628846	10,9
1985 KK Intern	117712	1,8
1981	77096	1,3
1985 EPEN	38385	0,6
1981	96657	1,7

1981 einschließlich zweier revolutionärer Organisationen hatten, die in diesem Jahr nicht kandidierten.

Die PaSoK hat vor den Wahlen die 1981 erhobenen Forderungen nach Austritt aus NATO und EG und Auflösung der US-Militärstützpunkte nicht mehr aufgestellt. Sie tritt nun für "die Sicherung der nationalen Integrität, Abwehr fremder Bedrohung und Ablehnung eines jeden Diktats von außen" ein. Bezuglich der Stützpunkte geht sie davon aus, daß sie von den USA geräumt werden, wie in den Verträgen vorgesehen, d.h. von Anfang 1988 bis Mitte 1989 – nach den nächsten ordentlichen Parlamentswahlen.

Im Inneren will die PaSoK eine große Reform der Sozialversicherung durchführen. Außerdem plant sie eine Verfassungsänderung, die die Rechte des Präsidenten beschneiden soll. Bislang hat der Präsident das Recht, das Parlament aufzulösen und Gesetze und Maßnahmen der Regierung abzulehnen bzw. außer Kraft zu setzen. Quellenhinweis: Griechenland aktuell, Hrsg. Griechische Botschaft Bonn, Mai, Juni 1985; Archiv der Gelegenheit 21.10.81; Frankfurter Allgemeine v. 5.6.85 – (uld)

Kanada

Erster Haushalt der Regierung Mulroney

Mit ungewöhnlicher Aufmerksamkeit hat die internationale Presse die Vorlage des ersten Haushaltsplans der kanadischen "progressiv-konservativen" Regierung Mulroney bedacht. Lag es am Termin unmittelbar nach dem Bonner Wirtschaftsgipfel, an dem Mulroney teilgenommen hatte? Es lag wohl eher daran, daß die Regierung bisher recht vorsichtig manövriert hatte und trotz ihrer Dreiviertelmehrheit im Parlament noch keinen koordinierten Angriff auf die Lebenslage der Massen gewagt hat. Zusätzliche Spannung lag dadurch in der Luft,

dass die Regierung Clark (des jetzigen kanadischen Außenministers) 1980 nach einem halben Jahr an der Vorlage des ersten Haushalts gescheitert war.

Die Staatsverschuldung beträgt dieses Jahr insgesamt 190 Milliarden kanadische Dollar (can\$). Ein Viertel des Staatshaushalts besteht aus Krediten, und jeder vierte Dollar der staatlichen Einnahmen geht drauf für Zinszahlung. Ein Organ der 150 größten Kapitalisten, der "Business Council on National Issues", forderte daher eine Verringerung der staatlichen Ausgaben um mindestens 5 bis 7 Mrd. can\$.

Nach Presseberichten hat sich die Regierung jedoch hauptsächlich für eine Erhöhung der Einnahmen entschieden, d.h. für zahlreiche Steuererhöhungen. Eine Erhöhung der Lohn- und Einkommensteuer soll bereits ab der Armutsschwelle von 15000 can\$ pro Jahr greifen; darüber hinaus werden die indirekten Steuern auf Benzin, Tabak und Alkohol erhöht. Ferner wird die Bundesumsatzsteuer künftig auf einige bisher davon ausgenommene Warengruppen erhoben, und Steuervergünstigungen beim Kauf von Ei-

genheimen werden gestrichen. Dagegen wird die Kapitalgewinnsteuer drastisch reduziert. Der Finanzminister Wilson, ein früherer Börsenmakler, hat per saldo steuerliche Mehreinnahmen von 1,8 Mrd. can\$ für nächstes Jahr errechnet.

Auf der Ausgabenseite werden genannt: Verringerung des öffentlichen Dienstes um 15000 Stellen innerhalb von sechs Jahren, Streichung der Subvention für wissenschaftliche und technische Forschung; andererseits eine gewisse Ausweitung der Programme für Arbeitsbeschaffung und Berufsausbildung.

Der Vorsitzende des Gewerkschaftsdachverbandes "Canadian Labour Congress" scheint sich auf die Kritik beschränkt zu haben, das Versprechen der Regierung, Arbeitsplätze zu schaffen, werde nicht eingehalten. Die Finanzwelt hätte mehr Härte erhofft, aber, wie die "Financial Times" (23.5.; England) kommentiert, man kann von Mulroney keine Politik à la Reagan oder Thatcher erwarten: "Die kanadische Politik und die ganze Gesellschaft sind durchdränkt von Kompromiß und Mäßigung." – (mfr)

USA/Philadelphia

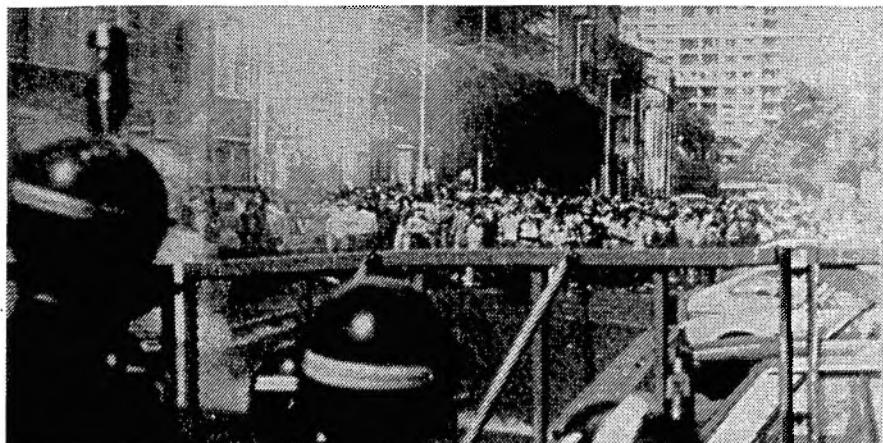
Bomben auf Wohnviertel – "Stadt fremde können sich kein Urteil erlauben"

Während in den USA auf nationaler Ebene und auch international der Mord an elf Mitgliedern der MOVE-Gruppe durch Abwerfen einer Bombe auf deren Wohnhaus durch die Polizei sowie das darauf folgende Abbrennenlassen von drei Wohnhausreihen in einem Wohngebiet von Schwarzen Emigration und Protest hervorruft, ist in Philadelphia selbst von Kritik wenig zu hören.

Lokales Fernsehen und Presse werben Kritik von außerhalb als unqualifiziert ab: Man könne sich außerhalb der Stadt nicht vorstellen, in welch unerträglichem Ausmaß die MOVE-Leute ihre Nachbarn belästigt hätten, daß Verhandlungen (nämlich sie zum freiwilligen Verlassen des Hauses zu zwingen) mit dieser fanatischen Sekte unmöglich gewesen seien. Tatsache ist jedoch, daß derselbe Oberbürger-



Das zerstörte Stadtviertel aus der Luft (links). Elf Afro-Amerikaner kamen durch das Vorgehen der Polizei um, etwa 250 verloren durch den Brand ihre Wohnungen. Ihre Proteste gegen die Polizei wurden in den Fernsehübertragungen ausgeblendet.



5. Juni, Ivry bei Paris: harte Kämpfe zwischen 2000 Demonstranten, zumeist Mitglieder der Gewerkschaft CGT, und der Polizei, Einsatz von Gas durch die CRS und von städtischen Wasserwerfern durch die Demonstranten; im Ergebnis 60 Verletzte, 68 vorläufige Festnahmen. 19 Monate lang hatten Arbeiter der Kugellagerfabrik des Konzerns SKF den Betrieb besetzt gehalten, um seine Schließung zu verhindern, bis die Polizei sie hinausprügelte. Massive Unterstützung hatten sie durch die Bevölkerung und den (PCF-) Gemeinderat des Ortes erfahren. Aktive Hilfe von anderen Gewerkschaften war jedoch bis zum Schluß nicht zu erlangen. Im Gegenteil: Der Generalsekretär der FO z.B. verurteilte das Vorgehen; die Gewerkschaftseinheit ist brüchiger denn je. — (pel)

US-Piloten führen Streik weiter

Die Kapitalisten von United Airlines und die Gewerkschaft der Piloten waren am 24.5. zu einer vorläufigen Vereinbarung über den Gehaltstarif gekommen. Streikgrund: Die Kapitalisten hatten die dauerhafte Senkung der Gehälter für Neueinstellungen um die Hälfte verlangt. Nach der Einigung erklärten die Kapitalisten, daß sie den 200 Streikbrechern bevorzugte Aufstiegschancen gegenüber den streikenden 5000 Piloten gewähren wollen. Von den 574 neuen Piloten, die die Kapitalisten in den Monaten zuvor ausgebildet hatten und von denen nur vier sich zum Streikbruch bereitfanden, wollen sie — außer den vier — kei-

nen übernehmen. Daraufhin beschloß die Gewerkschaft, den Streik fortzusetzen. — (gba)

Italien: Mehrheit billigt Lohnkürzung

Nur 46% der Wähler haben sich am 9./10.6. für die Rücknahme der 1984 von der Regierung Craxi dekretierten Kürzung der Inflationszuschläge zum Lohn ausgesprochen. Das Referendum war von den Kommunisten angestrengt worden; außerdem hatten kleine Linksparteien und die Neofaschisten zum Ja aufgerufen. Der Volksentscheid ist offensichtlich im industrialisierten Norden verloren gegangen: Dort war die Wahlbeteiligung mit 85% am höchsten, nur dort stimmte eine Mehrheit mit Nein. — (ulg)

Westjordanland: Konfrontation nach Gefangenenaustausch

Rollkommandos zionistischer Siedler, vor allem aus der faschistischen Kach- und Gush-Emunim-Bewegung, machen das besetzte Westjordanland unsicher und bedrohen die bei dem Gefangenenaustausch freigelassenen Palästinenser. Mitte Mai waren gegen drei israelische Kriegsgefangene 1150 Häftlinge — überwiegend palästinensische Widerstandskämpfer — aus israelischen Gefängnissen entlassen worden, in der westlichen Presse als "verurteilte Terroristen", "Massenmörder" oder "Kriminelle" gebrandmarkt. In Israel wird der Gefangenenaustausch vielfach als politische und moralische Niederlage angesehen. Erstmals wurden israelische Soldaten wegen "Feigheit vor dem Feind" gerügt.



Likudpolitiker und andere Rechte fordern jetzt die Begnadigung des "jüdischen Untergrunds", jener unter Staatschutz operierenden zionistischen Terroristen. Trotz der Bedrohung sind 600 der ehemaligen Häftlinge in Palästina geblieben, auch als politische Manifestation ihres Rechts auf ihr Land. — (bar)

meister Wilson Goode, der den Befehl zum kriegsmäßigen Angriff auf das "MOVE-Hauptquartier" gegeben hatte, zwei Wochen zuvor nicht genügend rechtliche Tatbestände gegeben sah, um Bewohner des MOVE-Hauses verhaften zu können.

Die weiße Geschäftswelt Philadelphias steht geschlossen hinter dem schwarzen Oberbürgermeister. Eine weitere politische Karriere auf staatlicher oder sogar nationaler Ebene sei gar nicht ausgeschlossen. Die lokale Presse ist sehr wählervisch, was sie an Stimmen von außerhalb zitiert: z.B. die Lobpreisung Goode's durch den Polizeichef von Los Angeles — bekannt durch Razzien auf "illegalen" Mexikaner und Drogenhändler —, der den Abwurf einer Bombe auf ein Wohnhaus als den alltäglichen Vorgang des Plazierens eines Zugangsverschaffungsmittels bezeichnet. Die Kritik eines schwarzen Abgeordneten, Vorsitzender des Rechtsaus-

schusses des Repräsentantenhauses, in der gleichen landesweiten Fernsehsendung "Face the Nation" wird unterdrückt. Der Bürgermeister ernennt selbst die Kommission, die das Vorgehen der Stadtverwaltung untersuchen soll. Kritik daran wird abgebügelt mit dem Argument, Selbstreinigung, falls notwendig, sei doch das Beste. Der Vorsitzende dieser Kommission erklärte kurz nach seiner Ernennung, er sähe keine Anhaltspunkte für kriminelles Verhalten der Stadtverwaltung.

Die andere Methode, von dem kaltblütigen Mord abzulenken, ist die ausführliche Berichterstattung über das — ebenso verbrecherische — Abbrennen von 60 Wohnhäusern, die obdachlosen Familien, die großartige Hilfe der Bevölkerung und der Stadt. An der Universität werden Kleider für die "MOVE-Geschädigten" gesammelt.

Die schwarze Bevölkerung scheint wie gelähmt. Zwar hatten in der Nacht des Brandes Leute aus der

Nachbarschaft Sprechchöre mit "Mörder, Mörder" gebildet, worauf das Fernsehen sofort den Ton ausgebendet hatte. Schaulustige Weiße wurden aus dem Viertel gewiesen, und Bereitschaftspolizei mit Gewehren wurde stationiert. Zu großen Protestaktionen kam es jedoch nicht.

Die lokalen "Führer" der Afro-Amerikaner sind entweder auf Goode eingeschworen oder schweigen aus anderen Gründen. Vermutlich, weil sie befürchten, daß bei einem Aufruf zu Protesten ihnen die Kontrolle entgleiten könnte. Der oben erwähnte schwarze Kongreßabgeordnete bezeichnete den Bombenabwurf auf ein schwarzes Wohnviertel als rassistisch. Jeder Afro-Amerikaner müsse sich durch die Bombe getroffen fühlen. Die Polizei in Philadelphia habe eine unerhörte neue Qualität im Vorgehen der Staatsmacht gegen radikale Gruppen oder jene, die sich nicht integrieren lassen wollen, geschaffen.

Italien: Katholizismus nicht mehr Staatsreligion

Mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden ist am 3. Juni das neue Konsortium zwischen Italien und dem Hl. Stuhl in Kraft getreten. Damit ist der Katholizismus nicht mehr Staatsreligion. Der Religionsunterricht an den Schulen ist jetzt freiwillig. Auch bei kirchlich geschlossenen Ehen kann die gesetzlich mögliche Gütertrennung gewählt werden, bei Rechtsstreitigkeiten sind die staatlichen Gerichte zuständig. Über die Tätigkeit der Vatikanbank IOR wird noch verhandelt. – (ulg)

Niederlande: Demonstration gegen von Weizsäcker

Die Bemühungen von Weizsäckers und der niederländischen Regierung, durch Verbreitung seiner 8.-Mai-Rede Revanchismus im Europa-Gewand auch in den Niederlanden zu fördern, stießen auf Widerstand. Knapp 1000 Antifaschisten wandten sich am 31. Mai gegen den Besuch des Bundespräsidenten von Weizsäcker in den Niederlanden und gegen seine Kranzniederlegung am Nationalen Ehrenmal für die im Kampf gegen den Faschismus gefallenen Soldaten und Widerstandskämpfer in Amsterdam. Die Demonstranten kritisierten reaktionäre und faschistische Tendenzen in der BRD. Aufgerufen hatten fünf revolutionäre, antifaschistische und alternative Organisationen. Sie erklärten, von Weizsäcker stehe in der Tradition der deutschen Faschisten, er habe mit zur Rehabilitierung der Waffen-SS in der BRD beigetragen und trete nun als Wolf im Schafspelz auf. Auch in Diskussionen mit Abiturienten, in denen der Bundespräsident deutsch-niederländische Europa-Verbundenheit demonstriert wollte,

wurde er angegriffen. Sie kritisierten den Bitburg-Besuch von Kohl und Reagan, die Steuerbegünstigung der Waffen-SS und die Verfolgung von Kommunisten und Antifaschisten im öffentlichen Dienst. – (uld)

Spanien: Demonstrationen gegen Rentenreform

Am 6. Juni fanden in ganz Spanien Demonstrationen gegen die Regierungspläne einer Reform der Renten- und Sozialversicherungen statt. Hunderttausende demonstrierten in allen Regionen des Landes. An der Demonstration in Madrid nahmen 200000 teil. Zu den Demonstrationen hatten die Ge-

werkschaften UGT und Comisiones Obreras (CCOO) aufgerufen. Die geplante Rentenreform der Regierung ist zentraler Bestandteil ihrer "Sanierung der Staatsfinanzen" und des EG-Beitritts. Nach Berechnungen der UGT plant die Regierung durch Änderungen der Anspruchszeiten und der Berechnung der auszuzahlenden Renten Senkungen der Jahresrentenbeträge um bis zu ein bis zwei Monatsrenten. In einer Erklärung der UGT heißt es, die Regierung habe mit ihrer bisherigen Politik gebrochen und eine offizielle Arbeitslosenzahl von 3 Mio. zugelassen. – (chc)



Nach über acht Wochen Streik befinden sich die Metallarbeitergewerkschaften in São Paulo/Brasilien in einer schwierigen Lage. Nur in den Klein- und Mittelbetrieben konnten sie für ca. 20000 Beschäftigte eine Vereinbarung abschließen, die eine Arbeitszeitverkürzung von 48 auf 44 Stunden pro Woche und statt einer halbjährlichen eine vierteljährliche Anpassung der Löhne an die offizielle Preissteigerungsrate beinhaltet. Die streikenden Arbeiter in den Niederlassungen der imperialistischen Automobilkonzerne erreichten ihre Streikziele nicht. Trotz Absatzverlusten von insgesamt ca. 1,5 Mrd. DM lehnten die Konzerne die Gewerkschaftsforderungen ab. Sie weigerten sich auch, die 3000 wegen Streikaktionen entlassenen Arbeiter wiedereinzustellen und die Streiktage zu bezahlen. Nach dem ersten Juniwochenende nahm die Mehrzahl der Automobilarbeiter, darunter die bei VW und Mercedes-Benz, die Arbeit wieder auf. Einzig die 15000 Beschäftigten bei Ford setzten ihren Streik fort. Für Juli planen die Metall-Gewerkschaften weitere Kampfmaßnahmen. (Bild: Post-Streik in São Paulo im Mai) – (sie)

Diese Äußerungen und seine Forderung nach Untersuchung durch eine Kommission des Kongresses werden in der lokalen Presse unterdrückt.



Oberbürgermeister Wilson Goode

Die Afro-Amerikaner in Philadelphia, etwa 60% der Einwohner, haben jahrelang für einen Schwarzen als Bürgermeister gekämpft. Die Wahl Wilson Goode's war schließlich ihr Sieg, ein Stück Sieg im Kampf gegen Rassismus. Kann das sein, daß "ihr" Bürgermeister verantwortlich für diesen ungeheuerlichen rassistischen Angriff ist? Absurd, schreibt die Lokalpresse, ein schwarzer Bürgermeister kann nicht rassistisch sein. Die Sündenböcke werden schon zum Schlachten angepflockt. Das Ausscheiden des Stadtdirektors war schon vor dem Angriff auf das MOVE-Haus vereinbart worden. Die weiße Bourgeoisie wird noch andere Spitzenpositionen opfern, um sich diesen herrlichen Bürgermeister zu erhalten, der Reagansche Politik gegen Schwarze mit nicht dagewesenen Ungeheuerlichkeiten überbietet und das Ganze ohne Aufstände in der Stadt übersteht.

Allmählich jedoch beginnt sich der

Protest selbst in der Stadt zu organisieren, und zwar unabhängig von nationalen Führern, wie etwa der NAACP (National Association for the Advancement of Coloured People, Nationale Vereinigung für die Förderung der Farbigen) oder Jesse Jackson, der nach über zwei Wochen Schweigen anlässlich eines Gebetsvortrags gegen Drogen in einer Schule auch die durch den Brand Obdachlosen mit Gebet und Tröstung versah und dabei nun auch eine nationale unabhängige Untersuchungskommission forderte. Eine lokale Koalition hat eine Demonstration durchgeführt. In verschiedenen Stadtteilen haben sich Komitees gebildet. Ein Rechtsanwaltskomitee will eine eigene unabhängige Untersuchung durchführen. Im Namen von Hinterbliebenen der Ermordeten hat ein Rechtsanwalt, der schon in Mc-Carthy-Prozessen Angeklagte verteidigt hat, Anklage wegen Mordes erhoben. – (her, ger)

* Veröffentlichungen *

Beschlüsse auf Gewerkschaftstagen

Wer eine Übersicht über Gewerkschaftsbeschlüsse braucht, die zudem für alle Mitglieder dieser Gewerkschaften relevant sind, ist gut beraten mit der Broschüre "1984. Gewerkschaftsbeschlüsse", die die Nachrichten-Verlags-Gesellschaft herausgegeben hat. Man findet die wesentlichen Beschlüsse der fünf Gewerkschaftstage von DGB-Gewerkschaften, die 1984 stattgefunden haben, also von GdED (13. bis 19.5. in Hamburg), ÖTV (1. bis 23.6. in München, fortgesetzt am 9.10. in Karlsruhe), IG Chemie (2. bis 8.9. in Westberlin), HBV (4. bis 9.11. in Mannheim), IG Bergbau und Energie (26. bis 30.11. in Dortmund). Zwar fehlt in dieser Dokumentation die größte Industriegewerkschaft, die IG Metall, jedoch ergibt sich auch aus den Beschlüssen der vertretenen Gewerkschaften ein Bild über die unterschiedlichen Strömungen in den DGB-Gewerkschaften und über die Pflichten, die die Mitglieder ihren Leitungen auftragen konnten. Das Kapitel über "Festigung der Einheitsgewerkschaften" ist für jeden interessant, der wissen möchte, mit wem die Gewerkschaften die Einheit suchen. Das Fortschrittlichste, was man demnach erwarten kann, ist die engere Zusammenarbeit mit Friedensinitiativen und der Kirche, speziell der evangelischen. Mit Parlamentariern soll mehr gesprochen werden. Gegen die von sämtlichen Gewerkschaften gefaßten Unvereinbarkeitsbeschlüsse fällt kein einziges Wort der Kritik. (1984, Gewerkschaftsbeschlüsse, Nachrichten-Reihe 33, Nachrichten-Verlags-Gesellschaft März 1985, 6,00 DM – anl)

"Grundrente statt Altersarmut"

Das Materialbuch liefert "in Erfüllung des Sprachrohrvertrages zwischen den GRÜNEN im Bundestag und den 'Grauen Panthern'" in seinem Hauptteil eine kritische Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Rentensystem. Dabei legen GRÜNE und "Graue Panther" großen Wert auf den Nachweis, daß im Gegensatz zu den Behauptungen Blüms Überversorgung/Privilegien (Beamtenversorgung) und Unterversorgung/Diskriminierung/Armut Hand in Hand gehen. Obwohl die grundlegenden Forderungen – Grundrente, eigenständige Alterssicherung der Frau, einheitliche Rentenversicherung für die ganze Bevölkerung – bestätigt werden, weist die Darstellung durch Verzicht auf die systematische Begründung des eigenen Standorts Schwächen auf.

So landet der Anspruch "GRÜNE

Rentenpolitik als ökologische Politik" gleich mitten in den Armen des katholischen Sozialtheologen Nell-Breuning samt seiner Theorie vom "Drei-Generationen-Vertrag". Als Teil "notwendiger ökologischer Strategie" wird präsentiert: "Gerade im Hinblick auf die Alterssicherung ist offensichtlich: ohne Kinder keine Sicherung der künftigen Alten. Alterssicherung ist immer ein 'Generationenvertrag'. Kindererziehung ist damit die eigentlich grundlegendste Arbeit." Selbst wenn man den GRÜNEN zugute hält, daß sie in diesem christlich-konservativen Unsinn im wesentlichen eine Rechtfertigung für die zweifellos nötige ei-



Trude Unruh, "Gründerin" und erste Bundesvorsitzende des Seniorenschutzbundes "Graue Panther".

genständige Altersversicherung der Frau sehen möchten, ein Sinn ergäbe sich auch bloß für die Haushalte – im Gegensatz etwa zur Arbeit im Kinderhort. Das führt so zum Familiensinn.

Mit einer gewissen "Öffnung" grüner Reformdiskussion endet das Buch, indem es dem bisher propagierten Modell einer steuerfinanzierten Grundrente (Opiekka u.a.) ein beitragsfinanziertes Modell gegenüberstellt (u.a. Felsberg): "Während bei dem Vorschlag einer Wertschöpfungssteuer als Alternative zu den bisherigen Arbeitgeberbeiträgen die Abgabe bei der Entstehung der Wertschöpfung erhoben wird, also gleichsam direkt bei der Entstehung des Sozialprodukts ein Teil desselben für die alten Menschen abgeführt wird, setzt der Vorschlag einer Ausdehnung der Beitragspflicht auf alle Einkommen an der Verteilung des Sozialprodukts an: Auf die an die privaten Haushalte verteilten Einkommen wird ein Beitrag – quasi eine proportionale Einkommensteuer – erhoben." Für beide Finanzierungsarten gilt: "Das 'Alternative Rentenmodell' kann... im Ver-

gleich zum jetzigen Rentensystem belastungsneutral finanziert werden."

Beide Modelle werden ausschließlich von der Finanzierungsseite alternativ diskutiert. Der These von U. Felsberg – "Zu einer Ausweitung lohnunabhängiger Finanzierungsquellen gibt es keine Alternative" – ist zu widersprechen. Da die Rente gegenwärtig als lohnbezogen gilt, wäre es doch zumindest theoretisch naheliegend, das ganze Rentnerelend zusammen mit dem Elend der Rentenfinanzierung erst einmal lohnbezogen zu betrachten. Es ergäben sich interessante Anknüpfungspunkte wie z.B.: Einer Mindestrente von 1000 DM sollte ein Mindestlohn entsprechen (dafür nötig bei 40 Versicherungsjahren rd. 75% des Durchschnittslohns, 1982 z.B. ca. 1833 DM). Und: sollten die Kapitalisten, die die ganze Lebensarbeitskraft der heutigen Rentner verbrauchen und dafür ganz offensichtlich nicht genug (Beiträge) gezahlt haben, denn wirklich so billig davon kommen wie entweder a) durch staatliche Ersatzung der Arbeitgeberbeiträge per Wertschöpfungssteuer oder b) Beitragsbelastung "aller" Einkommen? (Grundrente statt Altersarmut; Verlagsgesellschaft Gesundheit (Westberlin) und Verlag KlarTEXT (Essen) 1985; 7,80 DM – haj)

Konzeptionen für

"Flexi" und Arbeitsfrieden

In 19 Einzelbeiträgen befassen sich Direktoren, Manager, ein Betriebsrats-Vorsitzender, Soziologen und Wirtschaftswissenschaftler (vorwiegend aus Schweden und Österreich) damit, wie Betriebe auf Krisen und neue Techniken flexibel reagieren können. Widersprüche sollen nicht nur gedämpft sondern profitsteigernd genutzt werden durch Modelle der "Personal- und Organisationsentwicklung" (OE). Wie die Unternehmensziele durch Umstrukturierung von Arbeitsprozessen und Befehlsabläufen effektiver durchgesetzt werden können, wird anhand verschiedener Konzepte in den ersten fünf Beiträgen entwickelt. Z.B. "Everyday-Learning" am Arbeitsplatz: Es soll die "Arbeitsfreude" heben, Widerstand gegen Veränderungen am Arbeitsplatz und bei Umsetzung abbauen, betriebliche Kosten für Umschulungen mindern. Wie weit kann dem Arbeiter finanzielle Belastung, "dosierte Unsicherheit" zugunsten einer Zukunftsperspektive zugemutet werden?

Weitere Beiträge illustrieren die Umsetzung von "OE" und Ergebnisse am Beispiel einzelner Betriebe. Zum Beispiel zeichnet sich das "Rombach-Modell" (hrsg. Verlag) durch ein schriftliches Unternehmenskonzept in der Form eines Statutes aus, ausgearbeitet und abgezeichnet von den Gesellschaftern, dem Führungsteam und dem Betriebsrat. Es enthält eine Art

"Beschäftigungsgarantie" mit dem Recht des Betriebes, Leute umzusetzen. Es sieht betriebliche Schulungen vor und 500-Mark-Belegschaftsanteile. Das brachte einen 70.000 DM-Beschäftigtenkredit ein. Der Betriebsrat ist an die Unternehmensziele gebunden, die Geschäftsleitung hat das Recht, überdurchschnittliche Leistungen zu verlangen. Für eine Kritik an den Strategien – wie sie z.T. auch Gewerkschafter diskutieren – bringt das Buch kein ausreichendes Material. Soweit Unternehmensberatungen im Betrieb auftauchen, kann das Buch für Betriebsräte interessant sein, um sich Kenntnis über die Absichten von "OE" zu verschaffen. (Zukunftsorientierte Unternehmenspolitik, Hrsg. H.H. Hinterhuber, S. Laske, 330 S., 28,- DM, Rombach, Freiburg 1984 – düb)

Grüne: "Handbuch für Alternative Kommunalpolitik"
 Eine Zusammenstellung der grundlegenden Informationen über Theorie und Praxis der Kommunalpolitik und einen Überblick "über die inhaltliche Bandbreite alternativer Kommunalpolitik" zu geben, das sind nach Angaben der Herausgeber – alles Mitglieder der Redaktion der Zeitschrift "Alternative Kommunalpolitik" – die beiden Funktionen des Handbuchs. Die zu sechs Themenbereichen zusammengestellten insgesamt 36 Fachaufsätze decken thematisch die wichtigen kommunalpolitischen Probleme ab. Was die "Bandbreite" grün-alternativer Kommunalpolitik angeht, sind die Herausgeber ihrem Versprechen jedenfalls nachgekommen: Es findet sich in dem Handbuch alles an möglichen Richtungen – von hartnäckigen Verfechtern des der CDU abgeguckten Sudsidiaritätsprinzips bis zu Leuten, die eine Kommunalpolitik "im Interesse der Armen" nicht bloß versprechen, sondern durch begründete Kritik an reaktionärer Politik auch praktisch machen. Die wissenschaftliche Qualität und die politischen Standpunkte sind also alles andere als einheitlich. Die meisten Aufsätze sind jedoch von dem Bemühen der Autoren gekennzeichnet, die teilweise rechtlich und tatsächlich schwierige Materie auch einem weniger vorgebildeten Leser verständlich zu machen. Die Literaturangaben zu den einzelnen Aufsätzen tragen dazu ebenfalls bei. Ein umfangreiches und sorgfältig bearbeitetes Stichwortverzeichnis mit zusätzlichen Definitionen macht das Handbuch zu einem nützlichen Nachschlagewerk für jeden, der oppositionelle Kommunalpolitik betreibt. (Im BWK-Nachrichtenheft Kommunalverbände Woche 20 u. 22/85 ist eine ausführliche Besprechung der einzelnen Kapitel abgedruckt.) (Handbuch für alternative Kommunalpolitik; Bielefeld 1985; AJZ-Verlag; 34 DM – kuh)

21. evangelischer Kirchentag

Bundespräsident von Weizsäcker belebt das "deutsche" evangelische Christentum neu

Einer der Hauptredner auf dem 21. evangelischen Kirchentag in Düsseldorf war Bundespräsident Richard von Weizsäcker. Er sprach zum Thema "Die Identität der Deutschen". Von Weizsäcker richtete sich in seiner Rede gegen die Kräfte der Friedensbewegung, die sich zur evangelischen Kirche rechnen.

Die "Friedenskampagne auf dem 21. deutschen evangelischen Kirchentag" wandte sich gegen die von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) vertretene Rechtfertigung des Wehrdienstes als "Friedensdienst mit Waffen" und rief zur Verweigerung des Wehrdienstes und zum Kampf gegen Zivilschutzmaßnahmen auf. 20000 vorwiegend junge Christen beteiligten sich am Nachmittag des 8. Juni an der Demonstration der Friedenskampagne in Düsseldorf. Die Demonstranten traten für Frieden und Defaitismus ein – aber sie traten nicht gegen die Kriegsziele auf, die die westdeutsche Reaktion mit der Forderung nach der Überwindung der europäischen Nachkriegsgrenzen propagiert.

Am Morgen desselben Tages hatten ca. 18000 Christen Bundespräsident von Weizsäcker stehende Ovationen dargebracht für Ausführungen, in denen er den ihnen nahelegte, als Mitglieder des "deutschen Volkes" für "Freiheit" in ganz Europa einzutreten:

"Zunächst ist es ein naturgegebener Sachverhalt, deutsch zu sein. Es ist die Folge der Tatsache, hier geboren, hier aufgewachsen zu sein, die deutsche Sprache zu sprechen, sich hier natürlicherweise zu Hause zu fühlen und damit Teil des eigenen Volkes zu sein. Ich bin ein Deutscher wie ein

Franzose ein Franzose, wie ein Russe ein Russe. Das ist weder ein Mangel noch ein Verdienst ... Es gibt eine starke Überlieferung, die mich als Deutschen durchdringt ... Der Mensch kann diesen Überlieferungen eine neue Richtung geben, er kann seine Zeit beeinflussen ... Mein Deutschtsein ist also kein unentrinnbares Schicksal, sondern eine Aufgabe."

Die Staatsangehörigkeit ist keine Natureigenschaft, sondern politisch bestimmt. Millionen hier geborener Kinder von ausländischen Arbeitern sind nicht "deutsch", sondern "türkisch" oder anderer Staatsangehörigkeit. Von Weizsäcker stellt gegen die politische Bestimmung eine ausdrücklich völkische Beschreibung des "Deutsch-Seins". Er will die auch unter den Christen vorhandenen gegenseitlichen Klasseninteressen, die Besitzenden, Besitzlosen, Kapitalisten und Lohnabhängigen vereinen – nicht etwa im gemeinsamen christlichen Glauben, den setzt er voraus – sondern unter der gemeinsamen völkischen "Identität" "Deutsch".

Von Weizsäcker kennt die Geschichte der evangelischen Kirche. Er weiß, daß die Auseinandersetzung zwischen faschistischen "Deutschen Christen" und der von den Faschisten verfolgten "Bekennenden Kirche" die protestantische Kirche beinahe zerrissen hat und daß der erneute und festere Zusammenschluß der zersplitterten evangelischen Kirchen zwei ideologische Voraussetzungen hatte: Erstens die christliche Vergebung der Sünden, und zwar sowohl faschistischer Greueltaten als auch der Sünde des Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Und zweitens die Theorie von der gemein-



Bundespräsident Heuss mit den Bischöfen Dibelius und Lilje und Kirchentagspräsidenten v. Thadden-Trieglaff auf dem Kirchentag 1959 in München. Damals trat die EKD für Änderung der gesellschaftlichen Ordnung der DDR und Vereinigung auf Grundlage der BRD-Verfassung ein.

samen Schuld aller "Deutschen" am zweiten Weltkrieg und den Schlächtereien der Faschisten. Daran knüpft von Weizsäcker an. Er wendet sich mit seiner Rede an Leute, die den Faschismus aus eigener Erfahrung kennen und an zahlreiche Jüngere, die Nationalismus und Faschismus ablehnen. Demagogisch appelliert er an sie alle, aus der Geschichte zu lernen – als "Deutsche" eine "deutsche Aufgabe" zu übernehmen:

"Auf die Frage nach der politischen Gestalt der europäischen Mitte hat es bisher noch nie eine endgültige Antwort der Geschichte gegeben. Auch die heutige Gestalt dürfte nicht das letzte Wort der Geschichte sein. (längerer Beifall)..."

In unserer menschlichen Verbundenheit und unserer geopolitischen Mittellage wollen wir uns dafür einzusetzen, unseren näheren und ferneren Nachbarn im Osten trotz unterschiedlicher Systeme näher zu kommen und friedlich mit ihnen zusammenzuleben. (Beifall)... Diese doppelte Lage, die sich aus unserer eindeutigen Westbindung und unserem Willen zum Ausgleich mit dem Osten ergibt, diese doppelte Lage wird oft als unbequem empfunden... In Berlin habe ich eine Formulierung gehört, die jeder verstehen kann: 'Die deutsche Frage ist solange offen, als das Brandenburger Tor zu ist'..."

Mit der deutschen Frage zu leben, ist überdies für die Deutschen gar nicht neu. In der Mitte des 19. Jahrhunderts war das politische Geschehen in Deutschland geradezu von der deutschen Frage beherrscht. Man rang um Einheit und um Freiheit ... Beide Ziele lagen damals in einem Spannungsverhältnis zueinander ... Schließlich jedoch erhielt damals zunächst die Einheit den Vorrang vor der Freiheit. Auch heute bewegt sich die deutsche Frage im Spannungsfeld von Einheit und Freiheit. Aber es ist ganz anders als damals. Der Kern der Frage heute ist die Freiheit ... Das Thema der Einheit, das sich uns heute stellt, ist primär ein gesamteuropäisches. Seine Substanz sind nicht wie früher nationale Grenz- und Gebietsfragen. Es geht nicht darum, Grenzen zu verschieben, sondern den Grenzen ihren trennenden Charakter für die Menschen zu nehmen. (Beifall)..."

Einheit der Europäer heißt ... ein gemeinsamer Weg zu einem menschenwürdigen Fortschritt der Geschichte. Die deutsche Frage ist in diesem Sinne eine europäische Aufgabe. Für ein solches Ziel in Europa mit friedlichen Mitteln zu wirken, das ist vor allem Sache der Deutschen."

Damit ist der Auftrag, den Weizsäcker den evangelischen Christen als "deutschen" Auftrag erteilt, umrisSEN: Umsturz der politischen Ordnung in Osteuropa, Überwindung, nicht Anerkennung der Grenzen in Europa und Einwirken auf die Christen und "Deut-

schen" in der DDR, sich diesem völkisch-imperialistischen Programm anzuschließen.

Von Weizsäcker hat mit der Befreiung der "Westbindung" der BRD, d.h. der Einbindung der BRD in NATO und EG gegen all die Kräfte auf dem Kirchentag Stellung bezogen und versucht sie zu isolieren, denen die "Freiheit" nicht so verbreitenswert oder auch verteidigungswert erscheint, daß sie dafür Wehrdienst leisten wollen. Mit den demagogischen Formulierungen über die "Friedlichkeit" der Mitte hat er versucht, eben diese defaitistischen Kräfte einzubinden in eine "deutsche" Christenheit.

Gestärkt sind die Kräfte, die als Militärseelsorger, Bundeswehrgemeinden usw. anwesend waren. Sie schlugen offen kriegerische Töne an. Z.B. erklärte die Militärgemeinde Munster in einem Flugblatt, Christenpflicht sei auch, "das eigene Leben" in "Ver-

torische Eigenständigkeit der DDR-Kirche schwach, sie erhält immer noch jährlich mehrere zehn Millionen DM aus der BRD.

Der neue Präsident der Synode der EKD, der SPD-Bundestagsabgeordnete Schmude, hatte sich über das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes geäußert. Es könnte abgeschafft werden. Schmudes Absicht war nicht, die "deutsche Frage" so zu erledigen. Daß DDR-Bürger in der BRD wie andere Ausländer behandelt werden könnten, wollte er völlig ausgeschlossen wissen. Er hält also an der westdeutschen Theorie der "einen Nation" fest und macht gleichzeitig ein Angebot an die DDR-Kirche, auf dessen Grundlage die Zusammenarbeit vielleicht besser florieren kann.

Der EKD-Bischof Lohse hatte am 21. Mai in seinem Rechenschaftsbericht vor der Synode hervorgehoben, daß das Vertrauen der EKD gegenüber



Der damalige Bundeskanzler Schmidt konnte mit dem Hinweis auf die Toleranz gegenüber Andersdenkenden der christlichen Friedensbewegung seine Aufrüstungsforderungen auf dem Hamburger Kirchentag 1981 unterbringen (links Demonstration des Kirchentag Hamburg 1981). Von Weizsäcker konnte 1985 ungestört großdeutsche Europapläne vertreten.

teidigung der Freiheit" zu opfern.

Und von Weizsäcker hat für die Deutschland-Debatte der evangelischen Kirche einen Markstein gesetzt. Bereits vor dem Kirchentag hatte die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) eine neue Deutschland-Debatte begonnen.

Zum 40. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus hatten der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und die EKD eine gemeinsame Erklärung zum Kriegsende herausgegeben (s. Politische Berichte Nr. 10/85, S. 11), in der sie sich u.a. auf die 1969 getroffene Entscheidung, zwei getrennte Kirchen in der BRD und der DDR einzurichten, bezogen: "Es wurde uns schwer, die Realität zweier deutscher Staaten anzunehmen." Mit dieser Entscheidung hatte die EKD einen vorbereitenden Beitrag geleistet zum Abschluß des Grundlagenvertrages mit der DDR. Dennoch ist die organisa-

der Konferenz der Kirchenleitung der DDR beträchtlich vertieft worden sei. Er bezog sich dabei auf das Wirken der DDR-Kirche in der sog. unabhängigen Friedensbewegung in der DDR.

Die evangelische Kirche hatte auf diesem Kirchentag über 1000 Gäste, Pastoren und Kirchenmitglieder, aus der DDR eingeladen, mehr als jemals zuvor. Das Einwirken auf die Kirche der DDR und die Befestigung gemeinsamer 'deutscher' Positionen ist die feste Absicht der EKD. Von Weizsäcker hat versucht, diesem Wirken deutsch-europäische, revanchistische Dimensionen zu geben.

Quellenhinweis: Zitate aus der Weizsäcker-Rede nach Tonband-Protokoll; Pressemitteilungen des Deutschen Evangelischen Kirchentages; Frankfurter Allgemeine v. 20., 21., 22.5.85; Rheinischer Merkur v. 8.6.85 – (uld)

NPD/Schlesiertreffen:**Gerichtsunterstützung**

Hannover. Mit der Auflage einer Sicherheitsleistung von 100000 DM ist der NPD für ihr Deutschlandtreffen am 15.6.85 in Stadthagen vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg im Eilverfahren die Nutzung der Stadthalle genehmigt worden. Das fällt denjenigen, die Aktionen gegen die NPD planen, in einer komplizierten Lage in den Rücken. Da keine Einigung zwischen den vom grün-alternativen/autonomen Spektrum und den vom DGB geplanten Aktionen erzielt werden konnte, werden sie getrennt, aber nicht zeitgleich durchgeführt. Das Hindernis für die NPD wurde beiseite geräumt, für die geplanten Aktionen gegen das Schlesiertreffen in Hannover wird es aufrechterhalten, indem die Genehmigung für den beantragten Platz – eine Wiese –, "die zerstört werden könnte", für die Abschlußkundgebung und das Kulturfest abgelehnt wurde. Trotz dieser Behinderung entwickelt sich die Unterstützung der Aktionen erfreulich, so ruft inzwischen ebenfalls die MLPD zur Beteiligung auf, die MG plant Flugblattverteilungen, Aktionen während der Schleserkundgebung mit Kohl am 16.6. konkretisieren sich. – (bee)

Rotationsprinzip für verfassungswidrig erklärt

Hannover. Vor ungefähr einem Jahr wollten fünf von elf Landtagsabgeordneten der Grünen im Niedersächsischen Landtag ihre Mandate niederlegen. Dies hätte im Einklang mit dem Rotationsbeschuß ihrer Partei gestanden. Auf Betreiben des Landtagspräsidenten Brandes stimmte das Parlament den Verzichtserklärungen nicht zu. Seitdem waren die Abgeordneten zwangsweise Mitglieder des Landtages. Dagegen legten sie Beschwerde beim Niedersächsischen Staatsgerichtshof ein. Der hob am 5. Juni 85 den Beschuß des Landtages auf und die Abgeordneten "verloren" ihre Sitze. Das Urteil, das nach einem Erfolg der Grünen aussieht, ist aber erst einmal die Feststellung, daß das "planmäßige Auswechseln von Abgeordneten während der verfassungsmäßig bestimmten Wahlperiode (sog. Rotationsprinzip) ... mit der vorläufigen Niedersächsischen Verfassung unvereinbar" ist und daß das Ausscheiden aus dem Landtag nur gestattet wird, weil "der Mandatsverzicht zum Zwecke der Rotation ... die verfassungsmäßige Ordnung (Funktionsfähigkeit des Landtages) ... nicht erheblich stört". Damit entsprach das Gericht "ohne Not" – wie die Grünen meinen – dem Auftrag des Präsidenten, der in seiner Beschwerde erst einmal die "im Vordergrund stehende Frage der Verfassungsmäßigkeit des Rotationsprinzips selbst" geklärt haben wollte. – (jol)



Würzburg. Etwa 500 demonstrierten am 2.6. gegen die Bundesversammlung der neonazistischen "Deutschen Volksunion" (DVU) im gerade neueroöffneten Würzburger Nobelhotel "Maritim". Dort erhielt David Irving den "Hans-Ulrich-Rudel-Preis". Auf der Straße stifteten Kohl und Strauß als Masken dem DVU-Gründer Frey das "Großdeutsche Verdienstkreuz am Haken". – (dir)

Pfingstjugendtreffen von DGB und GdED

Kiel. Vom 24. – 27. Mai 1985 fand in Niblum/Föhr das 7. Pfingstjugendtreffen des DGB Nordmark mit 900 und das 1. Bundesjugendtreffen der GdED mit 400 Teilnehmern statt. Neben Themen wie Nicaragua, § 218, neue Technologien und gewerkschaftliche Jugendarbeit waren Schwerpunkte von Diskussionen und Ausstellungen der Antifaschismus und die Kämpfe um Ausbildung und Übernahme. Die Umsetzung der Kampagne des DGB "Wer nicht ausbildet, soll zahlen" stand dabei im Mittelpunkt. Sie soll die Lage der 250000 ausbildunglosen Jugendlichen durch Umlagefinanzierung zugunsten von v.a. überbetrieblicher Ausbildung verbessern. Zum Antifaschismus gab es Ausstellung, Abend mit Liedern und Texten (IGM Flensburg), Gespräch mit alten Antifaschisten, Filme und Beiträge wie "Die Rolle der Reichsbahn im Faschismus". Dabei wurde auch die Einbeziehung der DB in die Kriegsführungspläne der NATO durch praktische Beispiele untersucht. – (buk)

Nazi-Schläger schützen rfs-Veranstaltung

Köln. Am 3.6. fand in der Aula der Uni Köln eine Veranstaltung des faschistischen rfs (Ring freiheitlicher Studenten) zum Thema "Die Wiedergekehr des Schönen in den Künsten" statt. Es referierte ein Prof. Eichler aus München. Der Versuch von ca. 30 linken Studenten, die Veranstaltung (wie schon in den Vorjahren) zu verhindern, scheiterte am massiven Saalschutzaufgebot aus uniformierten Skinheads und runenträgender Viking-Jugend. Diese Niederlage war die erste, die die Neofaschisten den linken Gruppen, die den AStA stellen, beibringen konnten. In einem Hetzflugblatt feierten die Faschisten ihren Er-

folg und beschuldigten die Linken der Gewalttätigkeit. Das Studentenparlament stellte am 4.6. dazu fest: "Das SP distanziert sich vom rfs und seiner ... faschistischen Ideologie ... Es liegt in unserem politischen Interesse, daß Faschismus und Neonazismus an der Hochschule keinen Nährboden finden." – (klö)

ÄKBV lehnt erneut Katastrophenenschutzgesetze ab

München. Auf der ordentlichen Mitgliederversammlung des Ärztlichen Kreis- und Bezirksverbandes wurden die Beschlüsse gegen den Vorstand, der diese ablehnt und hintertreibt, erneut bestätigt. Keine Fortbildung in Katastrophenmedizin, weil Kriegsmedizin, Aufklärung der Münchner Bevölkerung über die Unsinnigkeit von Bunkerbau und Einflußnahme auf die Bundesärztekammer, das Katastrophenenschutzgesetz in Bonn zu verhindern. Die reaktionären Kräfte hatten in Anzeigen erfolglos zur Mitgliederversammlung geworben, dagegen haben die "Ärzte gegen Atomenergie" 300 Mitglieder mobilisiert. Da der Vorstand die Beschlüsse nicht ausführte, wurde Klage vor dem Verwaltungsgericht erhoben. Bei der Gerichtsverhandlung gab der Vertreter der Regierung von Oberbayern, der Aufsichtsbehörde über die Ärztekammer, klar zu verstehen, daß die Beschlüsse sowieso aufgehoben würden. So können Vorstand der Ärztekammer und Regierung sich die Bälle zuspielen; das Verwaltungsgericht hat auch aus formalen Gründen die Klage zurückgewiesen. – Bei allen Debatten wurde deutlich, daß die Ärztekammer ähnlich wie die Studentenschaft kein politisches Mandat habe und praktisch auf reine Standespolitik festgelegt werden soll. Darüberhinaus seien Beschlüsse ordentlicher Gerichte und Anordnungen gewählter Regierungen unbedingt zu befolgen. – (jüt)

DGB-Frauenkonferenz Bayern

"Neue Technologien – Gefahr oder Chance für Frauen?"

München. Unter diesem Motto fand in Ingolstadt am 1./2. Juni die 13. DGB-Landesfrauenkonferenz Bayern statt. Im mündlichen Geschäftsbericht wurde zur Lage der berufstätigen Frau festgehalten: "55% der erwerbstätigen Frauen konzentrieren sich auf nur sechs Berufe. Diese Frauen sind Bürofachkräfte, Verkäuferinnen, landwirtschaftliche Hilfskräfte, Raumpflegerinnen, Stenotypistinnen und Lehrerinnen. Es gibt aber 400 Berufe. 40% aller erwerbstätigen Frauen haben keinerlei Berufsausbildung, die Hälfte der Frauen verdient monatlich unter 1200 DM netto, ein Drittel der Frauen verdient monatlich unter 600 DM, 15% der erwerbstätigen Frauen arbeiten unterhalb der Sozialversicherungsgrenze, das sind 1,6 Millionen – aber nur 10000 Männer sind

setzt und allgemein zu Aktionen im Herbst gegen den Sozialabbau aufrufen, lagen nur zur Teilzeit- und Bildschirmarbeit klare Forderungen vor. Aber auch diese waren nicht unumstritten: Aus Furcht vor Arbeitsplatzverlust und möglichem Einstellungsstopf für Frauen argumentierten einige Delegierte, man dürfe den Arbeitsschutz für Frauen nicht zu hoch ansetzen – es wäre zum Beispiel schädlich, wenn man schwangeren Frauen wegen möglicher Schädigung des Kindes Bildschirmarbeit verbieten würde.

Da es fraglich ist, ob die Gewerkschaften die Einführung von Teleheimarbeit verhindern, beziehungsweise deren Verbot durchsetzen können, stellte sich die Konferenz die Aufgabe, detaillierte Forderungen zu entwickeln, die ein Mindestmaß an



in ungeschützten Arbeitsverhältnissen beschäftigt (also bis 400 DM Monatsverdienst), und 98% der Teilzeitbeschäftigte sind Frauen."

Wie nun den Angriffen der Bundesregierung auf Arbeitsrecht und Arbeitsschutzgesetze begegnen, wie den Folgen der Rationalisierung durch die neuen Informations-, Kommunikations- und Robotertechniken von Seiten der Kapitalisten? Von beidem sind insbesondere Frauen betroffen: vom Beschäftigungsförderungsgesetz, das unter anderem die miesesten Formen der Teilzeitarbeit legalisiert, bis hin zur Teleheimarbeit, die Frauen von jeglichem Arbeitsschutzrecht "befreit". Gegenüber der Breite des Angriffs von Regierung und Kapitalisten herrschte auf der Konferenz eher Ratlosigkeit vor. Außer zwei Anträgen, die zum Aufbau einer Front gegen das Beschäftigungsförderungsgesetz-

Arbeits- und Tarifschutz garantieren sollen.

Insgesamt lagen der Landesfrauenkonferenz 52 Anträge u.a. zu folgenden Fragen vor:

Zum Mutterschafts-, Mutterurlaubs- und Erziehungsgeld fordern die Delegierten die Rücknahme der Streichungen und ein Verbot der Anrechnung auf das geplante Erziehungsgeld. Kindererziehungszeiten sind in der Rentenversicherung anzuerkennen.

Bessere Ausbildungsmöglichkeiten für Frauen im gewerblich-technischen Bereich und Übernahme nach abgeschlossener Ausbildung; besondere Beratung und Förderung von Frauen zur Wiedereingliederung durch die Arbeitsämter.

Einrichtung einer Informationsstelle zu Neuen Technologien beim DGB auf Landesebene, um die Kennt-

nisse hierüber wie über mögliche Ge- genmaßnahmen zu verbreitern.

In bezug auf Bildung und Ausbildung wird gefordert: Bildungsurlaubsgesetz für Bayern; Ganztagschulen; gegen die diskriminierende Darstellung von Frauen und Mädchen in Kinder- und Schulbüchern.

Gegen die berufliche Benachteiligung von Frauen wird für den öffentlichen Dienst unter anderem "eine schrittweise Anpassung an eine dem Bevölkerungsanteil entsprechende Repräsentanz beider Geschlechter insgesamt und in den einzelnen Personengruppen" gefordert.

Gegen Frauenwehrdienst, Dienstverpflichtung und Militarisierung der Gesellschaft.

Als Schritt nach vorne gegen die Isolierung der Gewerkschaftsbewegung ist zu werten, daß erstmals von einer Konferenz zu den Aktionen im Herbst, zum 8. März sowie zu anderen Frauenfragen Bündnisse mit anderen, allerdings "demokratischen" Organisationen gefordert werden. Auch in der Frage des § 218 konnte erstmals die Forderung nach ersatzloser Streichung durchgesetzt werden, mit dem Zusatz in Punkt 2 "Ein Schutzgesetz (ähnlich dem Mutterschutzgesetz, d. V.), das in Not geratenen Frauen die Möglichkeit gibt, einen Schwangerschaftsabbruch innerhalb von zwölf Wochen unter menschenwürdigen Bedingungen vornehmen zu lassen".
– (lip)

EDV

Personalinformations- system eingeführt

Heidelberg. Die Landesregierung Baden-Württemberg will die gesamte öffentliche Verwaltung auf elektronische Datenverarbeitung (EDV) umstellen. Darüber hinaus wird jede Universität mit einem Zentralcomputer ausgerüstet, auch die Landeskliniken rüsten derzeit vollständig auf EDV um.

Das Ministerium für Wissenschaft und Kunst versuchte den Einsatz des Programmsystems "Personal- und Stellenverwaltungssystem am Arbeitsplatz" (PSA) und scheiterte an der Ablehnung durch den Hauptpersonalrat. Die Entscheidung liegt jetzt bei der Einigungsstelle. Auch der Versuch, mit der umfassenderen Ausrüstung gleich Teletex-Heimarbeitsplätze zu installieren, mißlang bei einem Regierungspräsidium, weil der Personalrat dies ablehnte.

Die Benutzung eines automatisierten Personalverwaltungsverfahrens in allen öffentlichen Verwaltungen führte Ende April zu einer großen Anfrage der SPD im Landtag. Die SPD-Fraktion unterstützte dabei blindlings die vorgeschoßene Haltung der CDU und

der Landesregierung, daß der Einsatz von EDV zu mehr Bürgernähe führen würde. Sie bezog im weiteren Gewerkschaftspositionen gegen den gläsernen Beamten, gegen Rationalisierung durch den "Kollegen Computer", für mehr Humanität am Arbeitsplatz und gegen Personalinformationssysteme. Die Entgegnung der CDU: Das automatisierte Personalverwaltungsverfahren stelle kein Informationssystem dar, es würden keine Daten gespeichert, die eine laufende Leistungs-, Verhaltens- und sonstige Kontrolle ermöglichen, und die gesamte Datenspeicherung erfolge nur so lange, wie dies zur Aufgabenerfüllung notwendig sei.

Allein die Grünen enthüllten bei der Debatte, was die Landesregierung unter Personalverwaltungsverfahren versteht, und lieferten gute Argumente gegen das Verfahren als verstecktes Personalinformationssystem. Sie deckten auf, daß beim Wissenschaftsministerium an den Universitäten über 200 Daten/Person erfaßt werden, im Bereich der Lehrerbewerbung seien es ähnlich hohe Zahlen, und auch im Bereich der Normallehrer seien es weit über 100. Als weitere Begründung ihrer Ablehnung führten die Grünen an, daß mit dem System der Einstieg in die Leistungskontrolle sicher sei und die komplette Übertragung der Personalakten auf EDV möglich würde. Die Fortsetzung der Rationalisierung wäre damit eröffnet. — (irs)

Annastift

8-Stunden-Tag – aber kein Personalausgleich

Hannover. Zum 1.10. dieses Jahres erhalten weitere 13 Erzieher und Erzieherinnen in den Schulinternaten des Annastifts, einer Einrichtung für Körperbehinderte, die dem Diakonischen Werk der ev. Kirche angeschlossen ist, Änderungskündigungen ihrer Arbeitsverträge. Beseitigt werden soll die derzeit in den Arbeitsverträgen festgeschriebene Verpflichtung zur "täglichen Mehrarbeit" (zwischen 1 bis 2 Stunden täglich). Diese Mehrarbeit muß bisher ohne besondere Vergütung erbracht werden, um — summiert mit dem tariflichen Urlaubsanspruch — alle Schulferien "frei" zu haben. Der Anspruch auf "frei" in den Schulferien entfällt somit auch.

Damit werden dann ca. 2/3 der in den Schulinternaten Beschäftigten (von ca. 50) Arbeitsverträge haben, die einen 8-Stunden-Tag beinhalten. Die Forderung, wie auch ihre jetzige Durchsetzung, ist aber unter den Beschäftigten umstritten, im Frei aller Schulferien unter Beibehaltung der täglichen Mehrarbeit sehen sie Vorteile. Hinzu kommt, die Änderung der Arbeitsverträge wurde jetzt auf dem

Hintergrund der sich abzeichnenden vermehrten ganzjährigen Unterbringung von behinderten Schülern durchgesetzt. Die Abteilungsleitung verspricht sich von den Änderungskündigungen, daß ohne vollen Personalausgleich bei weiterer Intensivierung das ganze Jahr über (zusätzlich 13 Wochen bisherrige Ferienzeit) "abgedeckt werden".

Dagegen hatten die Beschäftigten bereits Anfang Mai Forderungen erhoben und sie gegenüber Abteilungsleitung und Mitarbeitervertretung vorgetragen. Diese sind u.a.: — Festschreiben eines 8-Stunden-Tages in den Arbeitsverträgen; — Erhöhung der Gruppenplanstellen um zwei auf sechs Beschäftigte; — Beschränkung der Anzahl von ganzjährig zu versorgenden Kindern und Jugendlichen auf fünf pro Gruppe bei einer Gesamtbeladung von zehn; — mehr Personal für die therapeutische und hauswirtschaftliche Versorgung. In Gesprächen mit der Abteilungsleitung konnte der geforderte Personalausgleich nicht voll durchgesetzt werden. So wird auf einem Internat die Planstelle eines Gruppenleiters "vorerst nicht besetzt".

Vorschläge, die darauf zielen, die weiteren Intensivierungen durch Aktionen zu verhindern (Dienst nach Stellenplanbeschreibung, feste Früh- und Spätdienstwochen, keine Mehrarbeit und interner Ausgleich etc.) finden bisher keine Mehrheit. Als gewichtiger Grund wird angeführt, daß solche Aktionen in erster Linie die Kinder und Jugendlichen treffen. Ohne daß diese Position geräumt wird und man nach der Erkenntnis verfährt, daß es den Kindern nur "gut" gehen kann, wenn es den Erziehern gut geht, werden weitere Intensivierungen nicht verhindert werden können. Diese sind bereits angekündigt. Die Schulleitung der Sonderschule fordert den Einsatz der auf den Schulinternaten beschäftigten Erzieher vormittags in der Schule, "da die Kinder ja hier sind" und eine Verlängerung der Arbeitszeit am Abend, die bisher bis 21 Uhr geht. — (gec)

Öffentlicher Dienst

Arbeitsbedingungen in Mensen des Studentenwerks Berlin

Westberlin. Von den ca. 680 Beschäftigten im Studentenwerk arbeiten fast die Hälfte in den Mensen und Cafeterien. 80% der Beschäftigten in den Speisebetrieben sind als Arbeiter eingestellt, der Anteil der Teilzeitbeschäftigte in den Mensen beträgt 38%, nur 20% der Stellen sind mit Männern besetzt. Das Lohnniveau im Studentenwerk Berlin ist eines der niedrigsten im gesamten öffentlichen Dienst in Westberlin. 45,5% aller dort

Beschäftigten haben ein Monatseinkommen zwischen 2000 und 2300 DM brutto, und insgesamt 70% verdienen unter 2500 DM brutto. Die Arbeit in den Speisebetrieben ist anstrengend und hektisch, ähnlich der Akkordarbeit. Ausdruck dessen ist die hohe Krankheitsquote, die während des Semesters manchmal bei 25–30% liegt. Die ÖTV-Betriebsgruppe hatte festgestellt, daß steigenden Essenzahlen mit eineinhalbwochentlicher Zeitverschiebung die Krankmeldungen folgen. In der Mensa II an der Freien Universität betragen die Essenzahlen im Semester 7000–10000 täglich. Er-



Die Arbeit in den Abwaschküchen ist mit LG II BMTG niedrig bezahlt, anstrengend und schmutzig.

krankungen der Armgelenke und Rückenleiden durch einseitige Tätigkeit z.B. in der Essensausgabe und in der Abwaschküche, Erkältungen durch Temperaturschwankungen in und außerhalb der Küchenräume sind an der Tagesordnung. Es herrscht ein dauernder Personalmangel. Der Rechnungshof hatte Anfang 1984 angeregt, die Arbeitszeit in den Speisebetrieben flexibler zu gestalten durch einen weiteren Ausbau der Teilzeitarbeit und durch Anwendung von Zeitarbeitsverträgen. Seit einem guten Jahr stellt die Geschäftsführung mit befristeten Arbeitsverträgen ein, die auf 10% ausgedehnt werden sollen. In einer Umfrage der ÖTV-Betriebsgruppe Ende letzten Jahres in der Mensa II haben 78% der Befragten angegeben, daß ihrer Meinung nach das Personal nie ausreicht und daß Beschäftigte mit Zeitverträgen zwar besser sind als gar nichts, dies aber den ständigen Personalmangel nicht behebt. Nach dieser Umfrage und einer Personalversammlung wurden dort sechs Beschäftigte mit Zeitarbeitsverträgen in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen und weitere mit Zeitarbeitsverträgen eingestellt. Die Forderung der Beschäftigten nach einem zweiten Rücklaufband für das schmutzige Geschirr wird mit der jetzt gerade stattfindenden Installation erfüllt. — (gug)

Banken

Kundengespräche am besten bis in die Nacht

Hamburg. Für den Kunden leicht erkennbar und durchaus spürbar ist in den letzten Jahren auf vielfältige Art in westdeutschen Banken und Sparkassen rationalisiert worden. Kassenterminals sind schon fast überall die Regel, Geldausgabeautomaten und Kontoadzugsdrucker haben in den letzten Monaten in den größeren Filialen Einzug gehalten. Die Korrespondenz wird schon häufig computerunterstützt geschrieben. Am weitesten hat es die Verbraucherbank gebracht. Die Arbeit in den Schalterhallen wird vom Kunden selbst erledigt: An Selbstbedienungsgeräts kann er Kontostände abfragen, Geld überweisen, den aktuellen Stand seines Wertpapierdepots abrufen, kann er Daueraufträge ein-

zen ist nach Angaben der Dresdner Bank aber größer als 50 Millionen DM jährlich: Es konnte bereits bis jetzt Arbeit für 600 Angestellte eingespart werden.

Bis Ende der 80er Jahre soll schließlich jeder zweite der zur Zeit 26600 Beschäftigten am Bildschirm arbeiten. Bereits 1978 äußerte der damalige Vorstandssprecher der Dresdner Bank Friedrichs: "Die Terminalisierung als die vor uns liegende Schlüsseltechnik im Kreditwesen wird in letzter Konsequenz, wenn Unternehmen und Private eines Tages über Bildschirmverbindung der Bundespost voll in die Rationalisierung des Zahlungsverkehrs einbezogen sein werden, eine weitgehende Abkehr von bisherigen

Beratung eignen.

Neue Arbeitsabläufe und Arbeitsinhalte bedingen zwangsläufig eine neue Arbeitsorganisation. Zur Ausarbeitung neuer Konzepte bedienen sich die Banken der Unternehmensberater wie McKinsey oder Rosenkranz (wie z.B. die Vereins- und Westbank in Hamburg) oder machen es wie die Deutsche Bank und stricken Eigenes: Mit FELU – Filialorientierte Leistungstests – entdeckte die Organisation der Deutschen Bank, daß in der Hamburger Filiale 20% der Arbeitskapazitäten eingespart werden können. Die Gemeinkostenwertanalyse von McKinsey in der Vereins- und Westbank ergab, daß von 1200 Beschäftigten in der Hamburger Zentrale 200 überflüssig sind. Betriebsbedingte Entlassungen gab es noch nicht. Doch eine Untersuchung der DAG ergab, daß z.B. in der Hamburger Sparkasse von 1974 bis 1984 die Anzahl der Beschäftigten um 670 auf 4653 gesunken sei. Die Dresdner Bank habe im gleichen Zeitraum um 13% (= 300) die Anzahl der Arbeitsplätze abgebaut.

Diese Situation übt Druck aus auf die einzelnen Arbeiter und Angestellten, weil sie befürchten, nicht mehr genügend flexibel für die neuen Anforderungen zu sein. So gehen die Banken jetzt zum Generalangriff auf die Arbeitszeit der 56000 Beschäftigten im Kreditwesen über. Insbesondere unter Hinweis auf Kundenselbstbedienung und Konkurrenz werden längere Öffnungszeiten forciert. Nicht umsonst machen die technologisch gut ausgerüsteten Banken ihre Reklame mit dem Service rund um die Uhr. Aber Kundenselbstbedienung zu jeder Zeit erfordert zumindest Aufsicht im Rechenzentrum – also Schichtarbeit 24 Stunden täglich an sieben Tagen in der Woche. Öffnungszeiten bis in den späten Abend führen zu unregelmäßigen (wie etwa ein Modell langer Dienstag und langer Donnerstag) oder versetzten Arbeitszeiten. Noch ist nach Tarifvertrag Arbeit am Samstag nicht zulässig. Aber insbesondere auf dem Land werden an diesem Tag immer häufiger die Bankentüren geöffnet. Fehlende Rüstzeiten vor und nach der Schalteröffnung geben Spielraum für unbezahlte "freiwillige" Überstunden. Mehr Teilzeitkräfte sollen eingestellt werden. Also alles in allem ein rundes Programm zur Flexibilisierung der Arbeitszeit, das auch bereits umgesetzt wird.

In dieser Lage sind Gespräche zum Thema Arbeitszeit zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden des Bankgewerbes vereinbart. HBV hält die Einführung der 35-Stunden-Woche dagegen und bietet Flexibilisierung an – zumindest dort, wo in "Teilbereichen sich überschneidende Interessen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer" vorliegen (Papier des HBV-Hauptvorstandes vom 14.1.1985) – (mod)

**Quelle
informiert!**

**Stellen Sie sich vor,
es gäbe eine Bank,
die Ihnen rund um die Uhr
zur Verfügung steht,
an 365 Tagen im Jahr –
die Sie auch zu Hause
am Fernsehgerät
per Bildschirmtext
nutzen können –
die außergewöhnlich günstige
Konditionen bietet –
was würden Sie tun?**

Mit der Möglichkeit des Service von morgens bis abends fangen die Banken nicht nur Kunden, sondern setzen auch ihre Angestellten unter Druck.

richten, ändern und löschen. Mit Hilfe von Bildschirmtext kann er sich den Weg zur Bank sparen und alles in seinem Wohnzimmer erledigen. Andere Banken testen auch seit Jahren mit Bildschirmtext.

Die Dresdner Bank hat sich im letzten Jahr diese Art Vereinfachung des Geschäftsablaufs – das "electronic banking" – einiges kosten lassen: 45 Millionen Mark hat sie für Umbauten, Installation, Umstellung und Ausbildung investiert. Darüberhinaus fallen jährlich für Miete und Wartung der Siemens-Geräte rund 50 Millionen Mark an. Jede der über tausend Geschäftsstellen verfügt nun über einen sogenannten Endstellentrechner, der die insgesamt mehr als 4800 Terminals steuert und überwacht. Der Nut-

Gewohnheiten erfordern und mit sich bringen" (Hrsg. Juncker/Muthesius, Rationalisierung im Kreditwesen, Ffm 1979).

In der Tat entfallen mit der Kundenselbstbedienung typische Tätigkeiten eines Bankangestellten: z.B. Kassierer und Kontoführer. Die Sachbearbeitung wird reduziert und erhält andere Inhalte. Die Anzahl der Kolleginnen in den Schreibtürmen verringert sich. Ausgeweitet werden "Beratertätigkeiten": Dem Kunden wird besser auf die Pelle gerückt und alles Mögliche von Krediten bis hin zu Versicherungen verkauft. Das Ganze heißt dann kundenorientierte Arbeitsweise. Auf der Strecke werden die Kolleginnen und Kollegen bleiben, die sich nach Auffassung der Bank nicht zur

Schleswig-Holstein-Tag

**Kein Dummchen am Herd,
sondern ein "Klugchen"**

Kiel. Der Schleswig-Holstein-Tag vom 8. - 9.6.1985 stand unter dem Motto "Frauen in Schleswig-Holstein - gestern - heute - morgen". Ministerpräsident Barschel: "Der diesjährige Schleswig-Holstein-Tag muß deutlich machen: Ohne Frauen ist kein Staat zu machen." Von ähnlich tiefshürfender Qualität ist auch das Programm: Trachtenkapellen, Landfrauen-Tanzkreise, Spezialitäten aus Schleswig-Holstein und den "ehemaligen deutschen Ostgebieten", Kunsthandwerk, Erbsensuppe, selbstgebackene Waffeln. Die Kategorie "Arbeit" ist v.a. mit "Frauentypischem" vertreten: Sozialarbeit heute, Sozialberufe - Frauenberufe, Frauen im Dienst der Gemeinschaft, Au-Pair-Girl-Vermittlung, MTA, Hebammen.

Unter dem Stichwort "Frauen gestern" wird vor allem die adelige Frau lobend hervorgehoben. Julia v. Reventlow wird als erste Frau auf dem alljährlichen Wandteller verewigt. Ihr Verdienst - ganz im Sinne der CDU: Sie machte Gut Emkendorf zum kulturellen Mittelpunkt Schleswig-Holsteins. Außerdem sorgte sie für ihre leibeigenen Bauern. Noch erwähnenswert findet die Landesregierung: Frauen waren es, die 1844 den Schleswig-Holsteinern die blau-weiß-rote Fahne bescheren. Die "Frau gestern" in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus wird nur als vorhanden festgestellt. Die "Frau von heute" ist die "Bürgermeisterin ohne Amtsvorsteher" - davon gibt es eine in Schleswig-Holstein, und die Vorsitzende des Landesfrauenrats - natürlich auch nur eine. Über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Masse der Frauen findet sich im offiziellen Programm nichts, weder gestern, noch heute oder morgen. Wohltuend, daß die Gewerkschaftsfrauen mit Infoständen und Theaterstücken Aspekte zur Lage der berufstätigen Frauen aufzeigen.

Tatsächlich sind Parallelen zur Lage der Frauen z.B. vor rund 45 Jahren und heute unübersehbar. Wenn auch die Statistiken von 1939 und 1984 nicht direkt vergleichbar sind, so zeigen sich doch Tendenzen. 1939 waren fast 37% der nichtselbstständigen Erwerbstätigen weiblich. Über 65% von ihnen arbeiteten in den Bereichen Volks- und Gesundheitspflege, Haushirtschaft, Gastwirtschaftsberufe, Land- und Forstwirtschaft, in letzteren zu 76% als mithelfende Familienangehörige. 1984 waren 42% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Frauen, nicht eingerechnet die große Zahl derjenigen, die für einen Hungerlohn unterhalb der Versicherungsfreigrenze arbeiten. Immerhin



fast 60% arbeiten in den Bereichen Handel und Dienstleistungen.

Die "Frau von morgen", wie die CDU sie gern hätte, ist die Mittelstandsfrau, an der sich die proletarische Frau orientieren soll: wenn schon berufstätig, dann in sozialpflegerischem und dienendem Beruf, gern ehrenamtlich tätig und kulturbeflissen, auf jeden Fall aber zuständig für die Pflege von Tradition, Haushalt, Kindern und Ehemann. Nur dumm soll sie nicht sein. Eine Zeitungswerbung im Programm bringt es auf den Punkt: neben dem Porträt einer Frau der Text: "Ich möchte für meinen Mann und die Kinder Gesprächspartner sein und bleiben, deshalb lese ich ... die WELT". - (pem)

Zivilschutz Resolution gegen Bunkerbau

Dortmund. In einer Sitzung des Rates der Stadt Dortmund am 9. Mai 1985 nahm der Stadtrat gegen die Stimmen der CDU und bei Stimmenthaltung der Grünen eine Resolution der SPD an, der den Bau von Schutzzäumen und Bunkern ablehnt. Damit wird der Bau einer 4000 Meter langen Stollenanlage abgelehnt. Die SPD schließt damit an einer Resolution vom 17.12.1983 an, in der sie sagt: "Die Menschheit ist an einem Punkt angelangt, wo sie über die materiellen Mittel verfügt, sich selbst auszurotten ... Mit tiefer Sorge stellen wir fest: Wir haben uns in einen verhängnisvollen Irrweg gegeben."

Angesichts der Tatsache, daß es keinen Schutz gäbe, legte die SPD am 9. Mai 1985 folgende Resolution vor:

1. Der Bau von öffentlichen Schutzzäumen und Bunkern sowie die Wiederherrichtung vorhandener Anlagen aus dem Zweiten Weltkrieg werden abgelehnt.
2. Wir appellieren an die Fraktionen des Deutschen Bundestages, die im Entwurf vorliegende Fas-

sung des Zivilschutzgesetzes abzulehnen und insbesondere dafür zu sorgen, daß Schutzaufpflicht und Zivilschutzdienstpflicht nicht aufgenommen werden. Die "Westfälische Rundschau" zitierte die SPD folgendermaßen: Weil die Politik der NATO auf Friedenssicherung angelegt ist, ist Bunkerbau Geldverschwendungen.

Die Stadträte der Grünen, die ihrerseits selbst einen Antrag zum Bunkerbau einbrachten, kritisierten den Antrag der SPD als "zu halbherzig", da die SPD ihre Absage nicht dadurch präzisierte, daß sie es ablehne, die Grundstückseigentümer-Zustimmung zu geben, und die Übernahme der Fol gekosten zurückweisse.

Interessant wird die Kritik der Grünen in Bezug auf den Entwurf des Zivilschutzgesetzes: "Zudem beschränkt sich die Kritik der SPD heute - neben den Kosten des Bunkerbaus - zentral darauf, den Ausbau des friedensmäßigen Katastrophenschutzes als Scheinalternative zum kriegsmäßigen Zivilschutz aufzubauen. Dies läßt sich jedoch nur als Verwirrspiel deuten, ist doch das in § 1 des Entwurfs des Zivilschutzgesetzes definierte 'einheitliche Schutz- und Hilfeleistungssystem' für Kriegs- und Vorkriegszeiten hinsichtlich der Trägerorganisationen, der materiellen Ausstattung und Übungen bis hin zu den Alarmplänen faktisch längst realisiert. Die Grenzen zwischen 'Friedens-Katastrophenschutz' und 'Kriegs-Zivilschutz' sind unter diesen Bedingungen nicht mehr auszumachen."

Allerdings läßt sich diese Kritik an den kriegsvorbereitenden Maßnahmen des Entwurfs des Zivilschutzgesetzes in dem Antrag der Grünen zum Bunkerbau nicht wiederfinden: "..., um nicht der Illusion Vorschub zu leisten, in einem Atomkrieg sei Überleben möglich. Die einzige Chance zu Überleben ist Vorbeugen durch politisches Handeln, durch militärische Abrüstung in Ost und West." - (axg)



Polizei gegen Bunkerbemalaktion in Dortmund-Hörde

Freies Radio Dreyeckland

Von Anfang an in Opposition zur Medienpolitik und zu den Kabelplänen der Regierung

Freiburg. Im Rahmen einer Aktionswoche mit einem breiten Angebot an politischen und kulturellen Veranstaltungen sendete der illegale Sender Radio Dreyeckland am 20.4. zum ersten Mal aus Freiburg; die Sendungen des seit 1977 bestehenden freien Radios kamen bis dahin aus Colmar. Am 25.4. stürmten Polizeitruppen (400 Mann) das Gebäude, in dem der illegale Sender vermutet wurde, 80 dort anwesende Personen wurden erkenntnisdienstlich behandelt, das Gebäude von oben bis unten durchsucht— ohne Erfolg. Daraufhin demonstrierten am 26.4. zwischen 2000 und 3000 Leute gegen die Polizeiaktion, gegen die Medienpolitik der Landesregierung und für die Erteilung einer Sendenzulizenz für das Radio. Auf der Demonstration trugen etliche Leute Radios mit sich: Radio Dreyeckland berichtete live von der Demonstration. Einige Tage später, nachdem das Radio aus verschiedenen anderen Räumen in Freiburg erfolgreich gesendet hatte, durchsuchte die Polizei erneut einen Radiobetrieb, beschlagnahmte einen Sender, der "von der Regenbogenfraktion des Europaparlaments bestellt und für eine Befreiungsbewegung in Neukaledonien bestimmt" ist.

Die Staatsanwaltschaft betreibt die Kriminalisierung des Umfelds: Ein Verstoß gegen das Fernmeldeanlagengesetz liege schon dann vor, wenn jemand einen Beitrag für das Radio produziere. 16 Gruppen erklärten auf einer Versammlung nach der Polizeiaktion ihre Bereitschaft, Räume für die Sendungen zur Verfügung zu stellen.

Die Entstehung von Radio Dreyeckland

Im Juni 1977 sendete Radio Verte Fessenheim (1981 Radio Dreyeckland, im folgenden RDL) zum ersten Mal aus Fessenheim. Eine Strommastbesetzung sollte den Bau des KKW Fessenheim behindern. Im Januar 1979 bildete sich eine eigene Redaktion mit Sendungen einmal in der Woche auf einer UKW-Frequenz. Im November kündigte Späth die Bildung einer "Expertenkommission Neue Medien" an und sprach sich für die Nutzung der neuen Kommunikationstechnologien aus. Bis 1981 machte RDL "kontinuierliche Sendungen, die abwechselnd von den Vogesen oder aus dem Schwarzwald auf vorproduzierten Kassetten von mobilen Stationen ausgestrahlt" wurden. Die Umbenennung in Radio Dreyeckland erfolgte, "da die Sendungen weit über die Anti-AKW-Bewegung hinausgehen, das Leben im gesamten Dreyeckland 'bearbeiten'". Ab 1981 erfolgten die Sendungen regelmäßig

aus dem Elsaß, da seit Mitterands Regierungsantritt die Verfolgung der illegalen Sender eingestellt wurde.

Ab April 1982 fanden in Freiburg öffentliche Redaktionssitzungen statt; die Hörer konnten sich über Telefon direkt in die Sendung einschalten. Der Livebetrieb ermöglichte die Nutzung des Radios als "Aktionsradio mit Koordinierungsfunktion" z.B. über die Blockade des NATO-Flugplatzes in Lahti, den Späth-Besuch in Wyhl, die Blockade des Freiburger Rüstungsbetriebs Litef usw. Über die Gründung

eine Lizenz erteilt werde, antwortete die Landesregierung: "Ich habe da schon so viele Bewerbungen vorliegen, da wollen wir erst mal schauen."

Im Winter 1984 riefen rd. 60 Gruppen aus Freiburg und Umgebung zum Boykott des "Stadtradios" auf, forderten eine Zulassung von RDL, das beschloß, 1985 mit oder ohne Lizenz aus Freiburg zu senden.

Im Februar 1985 wurde eine Kartellklage des DGB gegen das "Stadtradio" zurückgewiesen, da durch das öffentlich-rechtliche Dach des SWF nie-



Demonstration von 2000-3000 am 26.4. gegen die Polizeiaktionen gegen RDL und die Medienpolitik der Landesregierung

eines Freundeskreises im Herbst 1982 finanzierten die Mitglieder das Radio.

Späth startete im März 1983 die Lokalfunkversuche in Freiburg, Ulm und Mannheim in Kooperation mit Zeitungsverlegern, dem ZDF und der Badischen Zeitung. Im Juli legte er die zweite Fassung eines Landesmedien gesetzes vor; aus den Lokalfunk "versuchen" wurde immer mehr die Absicht deutlich, vollendete Tatsachen zu schaffen. Der Freiburger Gemeinderat stimmte gleichzeitig einer Verkabelung durch die Post zu.

Ab Januar 1984 sendete RDL dreimal die Woche. Mit dem Sendestart des "Stadtradios" (Jahresetat ca. 1,5 Mio. DM) am 1.10.1984 sendete RDL täglich zwei bis drei Stunden und stellte einen Lizenzantrag an die Landesregierung als Übergangsregelung, bis zur grundsätzlichen Zulassung Freier Radios/Gesellschaftsrundfunks durch entsprechende gesetzliche Regelungen. Die Landesregierung lehnte ab: Das öffentlich-rechtliche Dach fehle. Auf die Frage, ob nach Verabschiedung des Landesmediengesetzes

mand in seinen Wettbewerbsmöglichkeiten beeinträchtigt werde. Der DGB hob danach seinen Boykottbeschluß gegen das "Stadtradio" und gegen RDL wieder auf.

Im April 1985 drohte die Landesregierung mit strafrechtlicher Verfolgung im Fall des Sendestarts von RDL aus Freiburg.

Welche Interessen stören RDL?

RDL hat sich von Anfang an gegen die Medienpolitik der CDU, gegen privaten Rundfunk, gegen die Absicht, die "Akzeptanz" der Kabelpläne zu erhöhen, gerichtet; also gegen die kostenlose Zurverfügungstellung von hochtechnisierter Infrastruktur im Interesse der Kapitalisten im Rahmen der Umwälzung und Rationalisierung der Produktion. In der Begründung des Lizenzantrags wird dies deutlich:

"Die Sendungen von RDL unterstützen die emanzipatorischen Bestrebungen auf politischem, sozialem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Der Sender hat eine offene und demo-

kratische Sende- und Redaktsstruktur ... Im RDL gibt es keine Werbung, es ist ein freies Radio, welches sich aus den Beiträgen seiner Hörerinnen und Hörer finanziert, und versteht sich nicht als Konkurrenz zu den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten." Durch eine relativ einfache Technik soll jeder in die Lage versetzt werden, einen Beitrag zu produzieren: "Die festangestellten Mitarbeiter kümmern sich lediglich um die Koordination, Programmanrengung und Technik ... Spontane Beiträge sind durch Telefonanrufe direkt in die Sendung, unverfälscht und ungekürzt möglich." Die wöchentlichen Redaktionssitzungen sind öffentlich; jeder, der mehrmals daran teilnimmt, kann in der Redaktionsgruppe mitarbeiten; der Freundeskreis organisiert regelmäßig Hörerversammlungen, auf denen über Programm, Verwaltung u.a. diskutiert und bestimmt wird; die vom Freundeskreis gebildete Programmkommission legt lediglich fest, "in welchem Verhältnis eine Sendungsart am Gesamtprogramm beteiligt sein kann ... Eine Zensur findet

nicht statt".

"Rundfunk als Mittel oder Medium der Kommunikation ... soll der Verständigung der Menschen untereinander dienen ... Der Eintritt kommerziell oder parteipolitisch geprägter Sender in den Rundfunk bedeutet eine Gefährdung der Meinungsfreiheit."

Wie ein Beitrag von Hörern z.B. zu stande kommt, sei an folgendem Beispiel dargestellt:

Eine Gruppe von Freiburger Pflegern wollte einen Beitrag über die Zustände in einem Altenheim machen. Es bedurfte dreier Anläufe. Die ersten Versuche waren nicht sendefähig, der inhaltliche, für den Hörer verständliche Aufbau fehlte. Sechs Pfleger und zwei Redaktionsmitglieder setzten sich zusammen. Es kam heraus, daß die Pfleger schon versucht hatten, mit dem Vorstand der Arbeiterwohlfahrt, der örtlichen Presse, der SPD über die Mißstände im Altenheim zu reden – vergeblich, es blieb nur noch RDL. Der Beitrag wurde trotzdem weitgehend von den Pflegern selbst gemacht; die Redakteure beschränkten sich darauf, auf den inhaltlichen Auf-

bau zwecks Verständlichkeit für die Hörer zu achten. Auf den Beitrag hinauf riefen 15 Hörer an, z.T. mit ähnlichen Erfahrungen, und auch Mitglieder der Grauen Panther, die zusagten, sich sofort mit der AWO und SPD in Verbindung zu setzen. Kontaktadressen wurden über das Radio ausgetauscht.

Ein anderes Beispiel: Anlässlich eines Besuchs von Späth am Kaiserstuhl wurde der Veranstaltungsort von der Polizei abgesperrt; nur ausgewählte Besucher wurden eingelassen. RDL berichtete live von den Polizeibehinderungen gegen die Bauern, die mit ihren Traktoren vor dem Versammlungsort aufgefahren waren. Ein unerkannter Radiomitarbeiter gab aus der Halle über Telefon an RDL weiter, was andere nicht hören sollten: was Späth in der Halle spricht. Die Sendung dauerte vier Stunden.

All dies stört die Medienpolitik der Landesregierung.

Quellenhinweis: RDL, Von der freien Radio-Utopie zur freien Radiopraxis, 1985 (darin u.a.: Grieger/Cyrus, Sender ohne Verfolgung, Abdruck aus: Medium 7/83) – (ulb)

Freies Radio contra Meinungsunternehmen

Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1981 (in: Neue Juristische Wochenschrift 1981, 1774 ff.):
"Freie Meinungsbildung vollzieht sich in einem Prozeß der Kommunikation. Sie setzt auf der einen Seite die Freiheit voraus, Meinungen zu äußern und zu verbreiten, auf der anderen Seite die Freiheit, geäußerte Meinungen zur Kenntnis zu nehmen, sich zu informieren. Indem Art. 51 GG Meinungäußerungs-, Meinungsverbreitungs- und Informationsfreiheit als Menschenrechte gewährleistet, sucht er zugleich diesen Prozeß verfassungsrechtlich zu schützen. Er begründet insoweit subjektive Rechte (!); im Zusammenhang damit normiert er die Meinungsfreiheit als objektives Prinzip der Gesamtrechtsordnung, wobei subjektiv- und objektivrechtliche Elemente einander bedingen und stützen ... Darüber hinaus hat der Gesetzgeber für den Inhalt des Gesamtprogramms Leitgrundsätze verbindlich zu machen, die ein Mindestmaß von inhaltlicher Ausgewogenheit, Sachlichkeit und gegenseitiger Achtung gewährleisten."

Gesetzentwurf für ein Landesmediengesetz Baden-Württemberg vom Juli 1983:

"Alle Sendungen sind an die verfassungsmäßige Ordnung gebunden. Sie haben die Würde des Menschen sowie die Überzeugungen anderer zu achten. Sie dürfen sich nicht gegen die Völkerverständigung und die Her-

stellung der Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit richten."

Preuß zur Presse-, Rundfunk- und Meinungsfreiheit (in: Die Internalisierung des Subjekts, 1979, S. 193 ff.):
"Die grundrechtlich gewährleistete Pressefreiheit ist kein subjektives Recht, kein 'Eigenhaben' der Presse durch eine abstrakte Persönlichkeit, sondern Gewährleistung von Strukturen, innerhalb deren eine freie Zirkulation von Informationen, Meinungen, Ideen etc. erfolgen kann. Interventionen in diesem Bereich verletzen diese grundrechtliche Norm und können als Freiheitsverletzungen von denjenigen geltend gemacht werden, die in ihrer Tätigkeit konkret davon betroffen sind. Die Pressefreiheit wird aber dadurch nicht zu 'ihrem' Recht, denn sie

'gehört' niemandem ... Da die Pressefreiheit kein subjektives Recht ist, gibt sie auch keinen Rechtsanspruch gegen den Gesetzgeber, freiheitliche Strukturen zu schaffen. Die Etablierung freiheitlicher Strukturen ist ausschließlich Funktion des politischen Prozesses ...

(In der Interpretation) als subjektives Recht legitimiert die Meinungsfreiheit die freie Entfaltung der Persönlichkeit zum Meinungsunternehmer, der die durch sein Kapital organisierten Agenten des arbeitsteiligen Prozesses der Meinungsbildung und -verbreitung internalisiert und zur Funktion seiner Persönlichkeit machen kann ... (Dem gegenüber gewährleistet) Meinungsfreiheit die Möglichkeit der geistigen Beeinflussung der gesellschaftlichen Lebensprozesse, der Kritik etablierter Herrschaft vor allem ..., weil gerade die bürgerliche Gesellschaft durch eine Vielzahl ökonomischer, sozialer, kultureller und politischer Besitzstände gekennzeichnet ist, denen demokratische Legitimation ... überhaupt fehlt ... Hinzu kommt, daß das Mediunternehmen als institutionelle Verwirklichung des Grundrechts der Presse- und Meinungsfreiheit jene ... Mechanismen der Diskriminierung 'unfreiheitlicher Meinungen' produziert, welche unter den Abwägungsgesichtspunkten der Ausgewogenheit, Neutralität und Parität des Meinungsspektrums ausgegrenzt werden."

Quellenhinweis: Gesetzentwurf der GRÜNEN Ba-Wü zur Erprobung von lokalem freiem Hörfunk (auszugsweise in ND Kommunales 18/85)



Bosch-Betriebsrat verbucht Erfolg

Waiblingen. Nach Auffassung des Stuttgarter Arbeitsgerichtes ist regelmäßige Arbeit an Samstagen nach dem Text des Manteltarifvertrages für die Metallindustrie Baden-Württembergs rechtlich nicht zulässig. Das Gericht liest aus dem Vertrag heraus, daß die Regelarbeitszeit auch im Mehrschichtbetrieb auf "Montag bis Freitag anzuwenden ist". Damit hat das Gericht der Klage des Betriebsrates vom Kunststoffwerk Waiblingen gegen den Spruch der Einigungsstelle, der Samstagsarbeit im Dreischichtbetrieb vorsah, zugestimmt. — (ros)

Abkopplung der Ausbildungstarife
Hannover. Fast 100 Auszubildende in der Krankenpflege sowie Personalräte protestierten auf einer am 6. Juni zusammengerufenen Veranstaltung gegen die vom Dienstherren geplante Absenkung der Ausbildungsvergütungen auf die im öffentlichen Dienst übliche Höhe und die Verkopplung dieser Frage mit den laufenden Manteltarifverhandlungen. Für den Bereich der Krankenpflege war es der ÖTV 1985 erstmals gelungen, die Schülerarbeitsleis-

Düsseldorf. Die Gewerkschaft ÖTV hatte auf dem evangelischen Kirchentag mehrere Stände errichtet und warb für die gewerkschaftliche Organisierung der kirchlich Beschäftigten. Die ÖTV kritisiert, daß die evangelischen Landeskirchen bisher, außer in einem Fall, ablehnen, mit der Gewerkschaft Tarifverträge abzuschließen, und daß die Vertretungsrechte der Beschäftigten, "weit hinter den Bestimmungen des Personalvertretungs- und des Betriebsverfassungsrechtes zurückbleiben". — (gba)

tung auch tariflich festzuschreiben. 75 % des Entgelts einer in der Grundpflege beschäftigten Pflegekraft (Kr.III) galten als Bemessungsgrundlage. 1977 wurde diese Bewertung auf 66 2/3 % heruntergesetzt — vom Dienstherren dafür angebotene zusätzliche Ausbildungsplätze wurden jedoch nie eingerichtet. Mit dem neuen Krankenpflegegesetz soll nun zum 1.9.1985 eine völlige Abkehr von der Bemessungsgrundlage erfolgen — diesmal gleich ohne Ausbildungsplatzangebote. Für die ab September neu beginnenden Krankenpflegeschüler bedeutet dies eine Absenkung der Ausbildungsvergütung um 35 %. — (frw)



USA: Die US-Regierung hat erneut den Gesetzesvorschlag ins Parlament eingebbracht, die Mindestlöhne für Jugendliche unter den gesetzlichen Mindestlohn von 3,35 \$ herabzudrücken. Die Kapitalisten sollen demnach die Arbeitskraft von Jugendlichen zwischen 16 und 19 Jahren in den Sommermonaten für 2,50 \$ die Stunde vernutzen können. Der Gewerkschaftsbund AFL-CIO kritisierte diesen Vorschlag als Angriff auf alle Löhne und forderte, daß der Mindestlohn, zuletzt 1981 angehoben und weniger als 40 % des Durchschnittslohnes ausmachend, auf mindestens 4 \$ erhöht wird. Bild: Washington, Protestdemonstration von Gewerkschaftsjugendlichen und Studenten — (gba)



Nulltarif für Arbeitslose abgelehnt
Hannover. In der Stadtratssitzung am 23.5.85 wurde der Antrag der DKP, für die Arbeitslosen einen Nulltarif einzuführen, von allen Parteien außer der GABL-DKP-Gruppe abgelehnt. Das "Bündnis erwerbsloser Bürger", eine Koordination verschiedener Arbeitslosengruppen, setzt sich schon länger für diese Forderung ein. Am 5.5. hatte der Unterbezirksparteitag der SPD sich für einen Nulltarif für Arbeitslose ausgesprochen, die Stadträte dachten offenbar anders. Die DKP forderte einen Ausweis, der Arbeitslose zur kostenlosen Benutzung von kommunalen Einrichtungen wie Bussen, Straßenbahnen und Bädern und zum Besuch von Veranstaltungen berechtigt. — (rec)

Mehr teilzeitbeschäftigte Männer

Westberlin. Mit Steigerungsraten von 4,8 Prozent, 5,1 Prozent und 4,8 Prozent liegt in Westberlin die Zunahme der Beschäftigten in Teilzeitarbeit in den ersten drei Quartalen im Jahr 1984 gegenüber dem Vorjahr so hoch wie noch nie in den letzten sieben Jahren. Insgesamt weist die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am 30. September 1984 in Westberlin 88 238 Teilzeitbeschäftigte aus, das sind 12,3 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. 79014 sind Frauen, 9224 sind Männer. Überraschend ist die Entwicklung der Zuwachsraten für Männer in Teilzeitbeschäfti-

tigung: Die Anzahl der Frauen in Teilzeitbeschäftigung nahm im dritten Quartal 1984 um 4,2 % zu, die Zahl der Männer in Teilzeitbeschäftigung um 10 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahrs. — (haj)

Polygram steigert Flexibilität

Hannover. Im letzten Jahr ist die Belegschaft der Schallplattenfabrik um 482 auf 2100 angewachsen. Von den 482 Beschäftigten haben ca. 200 Zeitverträge, ca. 240 Wochenendschichten und ca. 40 Festverträge. Die Wochenendschichten laufen seit April mit Teilen der Stammbelegschaft zur Einarbeitung. Gearbeitet wird zweimal 12 Stunden rund um die Uhr plus 4 Stunden in der Woche. Die Geschäftsleitung hat angekündigt, 1986 die generelle 6-Tage-Woche einzuführen. Der Betriebsrat will sich dagegen einsetzen und wartet ein arbeitswissenschaftliches Gutachten ab. — (tri)

Bekleidungsbranche: Warnstreiks

Köln. Die Gewerkschaft Textil und Bekleidung hat in den letzten Tagen Warnstreiks in der Bekleidungsindustrie durchgeführt, z.B. in Bielefeld streikten in 14 Betrieben insgesamt 3000 Arbeiter und Angestellte. Die Gewerkschaft fordert für die 190000 Beschäftigten dieser Industrie eine Lohn erhöhung von 6 %. Die Kapitalisten haben bisher eine Erhöhung von 3,2 % angeboten und zugleich die Streichung der Überstundenzuschläge verlangt. — (gba)

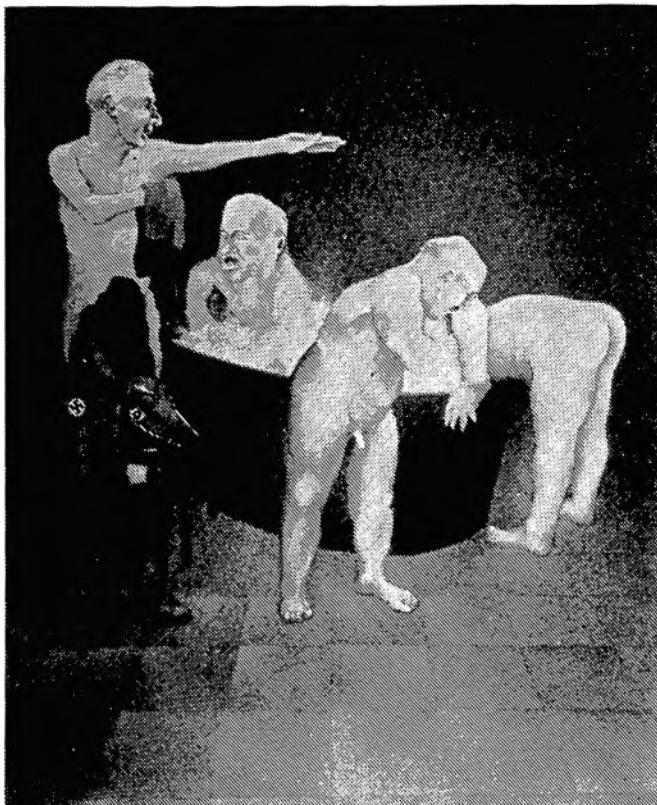
Ausstellung zum 8. Mai 1945**"Wir haben doch die Fabriken wieder aufgebaut"**

Göttingen. Oberbürgermeister Rinck und andere würdigten am 8. Mai das gemeinsame Aufbauwerk und beklagten gleichzeitig den Verlust ehemals deutscher Ostgebiete. Eine Ausstellung im Göttinger Gewerkschaftshaus, die seit dem 6. Mai gezeigt wird, stellt das "gemeinsame Aufbauwerk" als hemmungslose Ausbeutung der Arbeiter dar durch dieselben Kapitalisten, die kurz zuvor noch Zwangsarbeiter für die faschistische Kriegsproduktion ausgebeutet hatten. Die Ausstellung umfaßt Zeichnungen, Skizzen und Karikaturen von Peter Sinapius, die auf Grundlage von Gesprächen mit Mitgliedern des Rentnerarbeitskreises der IG Metall entstanden sind.

So berichtet der Rentner G.D., 81, Feinmechaniker (Kohlezeichnung unten) über den Aufbau der Firma "Physikalische Werkstätten" (Phywe):

"Zuerst mußten die Arbeiter ein paar Wochen Schutt wegräumen. Die Kriegsproduktion wurde auf die Produktion von Haus- und Küchengeräten, wie z.B. Waffeleisen, umgestellt. Etwa 1948 war die Firma kurz vor der Pleite und die Banken hatten die Hand draufgelegt. Der Lohn wurde für Verheiratete auf 15 DM, für Junggesellen auf 10 DM gekürzt, soweit ich mich erinnere. Die Differenz zu meinem ursprünglichen Stundenlohn von 76 Pfennig wurde aufgeschrieben und summierte sich am Ende zu etwa 3000 DM. Von den 15 DM, also 60 DM im Monat, bezahlten wir 40 DM Miete. Um über die Runden zu kommen, haben wir Zimmer vermietet."

So konnte sich die Phywe innerhalb weniger Jahre von den wirtschaftlichen Einbußen, bedingt durch Kriegsschäden und Enteignungen von Betriebsteilen in der sowjetischen Zone schnell wieder erholen. Allein der Exportanteil der Produktion konnte von Null auf 50% im Jahr 1952 ge-



steigt werden.

G.D. folgert:

"1945 haben wir die Macht praktisch verschenkt. Adenauer hat immer gesagt: 'Ich habe Deutschland aufgebaut.' Ich habe tausendmal gesagt, jedem der es hören wollte: Wer hat die Wirtschaft aufgebaut? Adenauer? Der Arbeiter hat die Fabriken aufgebaut! Das hat der Adenauer nicht gemacht. Der konnte ohne uns gar nichts machen."

Wie die wirtschaftliche Restauration durch die politische ergänzt wurde, zeigt die Karikatur rechts oben. Dargestellt ist die Entnazifizierung Göttinger Oberbürgermeister. Unter ihnen befinden sich:

Bruno Jung (z.v.l.), bis 1938 Oberbürgermeister, danach Dezerent des städtischen Fürsorgewesens Hannover, nach 1945 als Kriegsverbrecher gesucht, seit 1961 Ehrenbürger der Stadt Göttingen.

Albert Gnade (3.v.l.), von 1938 bis 1945 Oberbürgermeister, Träger des Totenkopfringes der SS und SS-Standartenführer, seit 1921 NSDAP-Mitglied. 1949 wird er vom Entnazifizierungsausschuß als Mitläufer eingestuft: Gnade ist "ein schlichter, einfacher und gediegener Mensch, eine laudere, unbestechliche Persönlichkeit ... Er ist hilfsbereit und menschenfreundlich". Ab 1952 ist Gnade wieder Mitglied des Stadtrates für die faschistische "Deutsche Reichspartei".

Gerd Rinck (links), Oberbürgermeister sei 1982, der im Entnazifizierungsverfahren als Mitläufer eingestuft wurde und mit 300 DM gebüßt hat. Er war Schüler des berüchtigten Militärstrafrechters Prof. Erich Schwinge, der die blutigen Urteile der faschistischen Kriegsgerichte gerechtfertigt hatte. Über seine Vergangenheit zwischen 1940 bis 1945 schweigt sich der Oberbürgermeister erfolgreich aus. In Göttingen kursiert dazu inzwischen der Spruch:

"Ich komm' aus dem Osten und suche 'nen Posten.

Meine Papiere sind verbrannt. Adolf Hitler hab' ich nicht gekannt."

Außerdem beschäftigt sich die Ausstellung mit der Lage der Zwangsarbeiter nach und vor 1945, die in der Göttinger Geschichtsschreibung eigentlich nur als "kriminelle Elemente" nach 1945, sog. "displaced persons", vorkommen, sowie mit der faschistischen Tradition der Göttinger Universität, an der führende Faschisten auf ihren Lehrstühlen hocken blieben, als ob der Faschismus 1945 nicht kapitulierte. — (pes)



Unternehmen

(IV) Monopole als ökonomische Grundlage für Weltmachtbestrebungen – Vergleich von USA, EG und BRD

Monopole in verschiedenen Branchen – Vergleich USA/EG/BRD

Branche/Land Beschäftigten- größenklasse	Anzahl der Un- ternehmen	Be- schäf- tigte	Ø je Unter- nehmen	An- teil in % ¹	Mono- pol.- grad ²
Alle Industrien					
USA unter	289	5 632 200	19 489	18,31	
über 50 000	68	7 387 650	108 642	24,01	56,74
EG unter	158	3 269 690	20 694	10,63	
über 50 000	59	7 428 570	125 908	24,14	69,44
BRD unter	43	871 394	20 265	2,83	
über 50 000	15	1 999 810	133 321	6,50	69,65
Grundstoffindustrie (Bergbau, Stahl- und NE-Erzeugung)					
USA unter	41	707 061	17 245	16,25	
über 50 000	1	52 800	52 800	1,21	6,95
EG unter	29	610 159	21 040	14,02	
über 50 000	10	1 452 820	145 282	33,38	70,42
BRD unter	10	183 916	18 392	4,32	
über 50 000	4	388 320	97 080	8,92	67,86
Nahrungsmittelindustrie					
USA unter	37	634 274	17 143	16,79	
über 50 000	12	963 953	80 329	25,52	60,31
EG unter	26	568 159	21 852	15,04	
über 50 000	9	1 015 800	112 867	26,90	64,13
BRD unter	1	9 419	9 419	0,25	
über 50 000	0	0	0	0,00	0,00
Chemieindustrie					
USA unter	52	1 001 930	19 268	25,06	
über 50 000	10	825 166	82 517	20,64	45,16
EG unter	16	361 245	22 578	9,04	
über 50 000	10	1 039 150	103 915	25,99	74,20
BRD unter	7	130 291	18 613	3,26	
über 50 000	3	468 737	156 246	11,72	78,25
Mineralölindustrie					
USA unter	28	500 554	17 877	20,01	
über 50 000	6	641 239	106 873	25,63	56,16
EG unter	24	147 189	6 133	5,88	
über 50 000	4	499 199	124 800	19,96	77,23
BRD unter	4	34 397	8 599	1,38	
über 50 000	0	0	0	0,00	0,00
Metallverarbeitende Industrie					
USA unter	56	1 166 560	20 832	25,99	
über 50 000	13	1 243 330	95 641	27,70	51,59
EG unter	26	699 804	26 916	15,59	
über 50 000	6	503 611	83 935	11,22	41,85
BRD unter	7	171 632	24 519	3,82	
über 50 000	2	167 465	83 733	3,73	49,39
Elektroindustrie					
USA unter	26	585 904	22 535	10,23	
über 50 000	19	2 236 430	117 707	39,06	79,24
EG unter	18	438 537	24 363	7,66	
über 50 000	7	1 260 840	180 121	22,02	74,19
BRD unter	5	118 146	23 629	2,06	
über 50 000	2	389 600	194 800	6,80	76,73
Fahrzeugindustrie					
USA unter	7	151 784	21 683	3,87	
über 50 000	4	1 240 930	310 232	31,61	89,10
EG unter	7	167 364	23 909	4,26	
über 50 000	11	1 526 350	138 759	38,88	90,12
BRD unter	5	128 245	25 649	3,27	
über 50 000	4	585 691	146 423	14,92	82,04

¹⁾ Anteil an allen Beschäftigten der jeweiligen Branche²⁾ "Monopolisierungsgrad" = Verhältnis Beschäftigte in Unternehmen über 50 000 zu Beschäftigten in Unternehmen unter 50 000 in Prozent

Eine Betrachtung des relativen Gewichts der Monopole, also von Unternehmen, die nach unseren bisherigen Untersuchungen sich deutlich in Kapitalgröße und Beschäftigtenzahl von der übrigen großen Industrie unterscheiden, aus den verschiedenen imperialistischen Ländern ergibt:

Eine Vorherrschaft von nur wenigen imperialistischen Staaten läßt sich feststellen. Obwohl die von uns benutzten Daten über die umsatzgrößten Industrieunternehmen Angaben von Unternehmen aus insgesamt 41 Ländern enthalten, werden 80-100% aller erfaßten Beschäftigten von Kapitalisten aus nur sieben Ländern des sogenannten Weltwirtschaftsgipfels (USA, Großbritannien, BRD, Japan, Frankreich, Italien und Kanada) ausgebaut.

Bis zu 50% der Arbeiter und Angestellten der jeweiligen Beschäftigtengrößenklasse in den Unternehmen bis zu etwa 50000 Beschäftigten sind bei US-Unternehmen beschäftigt. Bei den Monopolbetrieben mit etwa 100000 bis 250000 Beschäftigten sinkt der Anteil von US-Konzernen auf unter ein Drittel und steigt dagegen verhältnismäßig der Anteil von Beschäftigten in Konzernen aus EG-Ländern auf über 50%. Erst bei den allergrößten Unternehmen mit über 250000 Beschäftigten sind wieder US-Monopole vorherrschend.

Auffällig ist weiter, daß die durchschnittliche Unternehmensgröße bei den umsatzstärksten Unternehmen in der EG – ebenso in Großbritannien und der BRD – mit fast 50000 Beschäftigten deutlich höher ist als mit rund 36000 in den USA oder gar nur knapp 20000 Beschäftigten je Unternehmen in Japan.

Weiteren Aufschluß über die Größenverhältnisse der Monopole in den USA zu denen in der EG und in der BRD liefert die Tabelle mit einem Vergleich für verschiedene Branchen.

– Im Durchschnitt aller Branchen ist die Gesamtzahl der Ausgebeuteten in EG-Unternehmen mit über 50000 Beschäftigten sogar etwas größer als in Unternehmen mit Sitz in den USA. Was die Größe der von solchen Konzernen angewandten Arbeiterarmeen betrifft, besteht in der Grundstoffindustrie, der Chemieindustrie und dem Fahrzeugbau ein deutlicher Vorsprung der Imperialisten aus der EG gegenüber den US-Monopolen, während dagegen in der Elektroindustrie und der metallverarbeitenden Industrie US-Firmen führend sind.

– BRD-Monopole sind ebenfalls in der Grundstoffindustrie, der Chemieindustrie und im Fahrzeugbau über-

durchschnittlich vertreten. Dagegen fehlen in der BRD Betriebe mit über 50000 Beschäftigten in den typischen "Kolonialbranchen" Nahrungsmittel und Mineralölindustrie ganz.

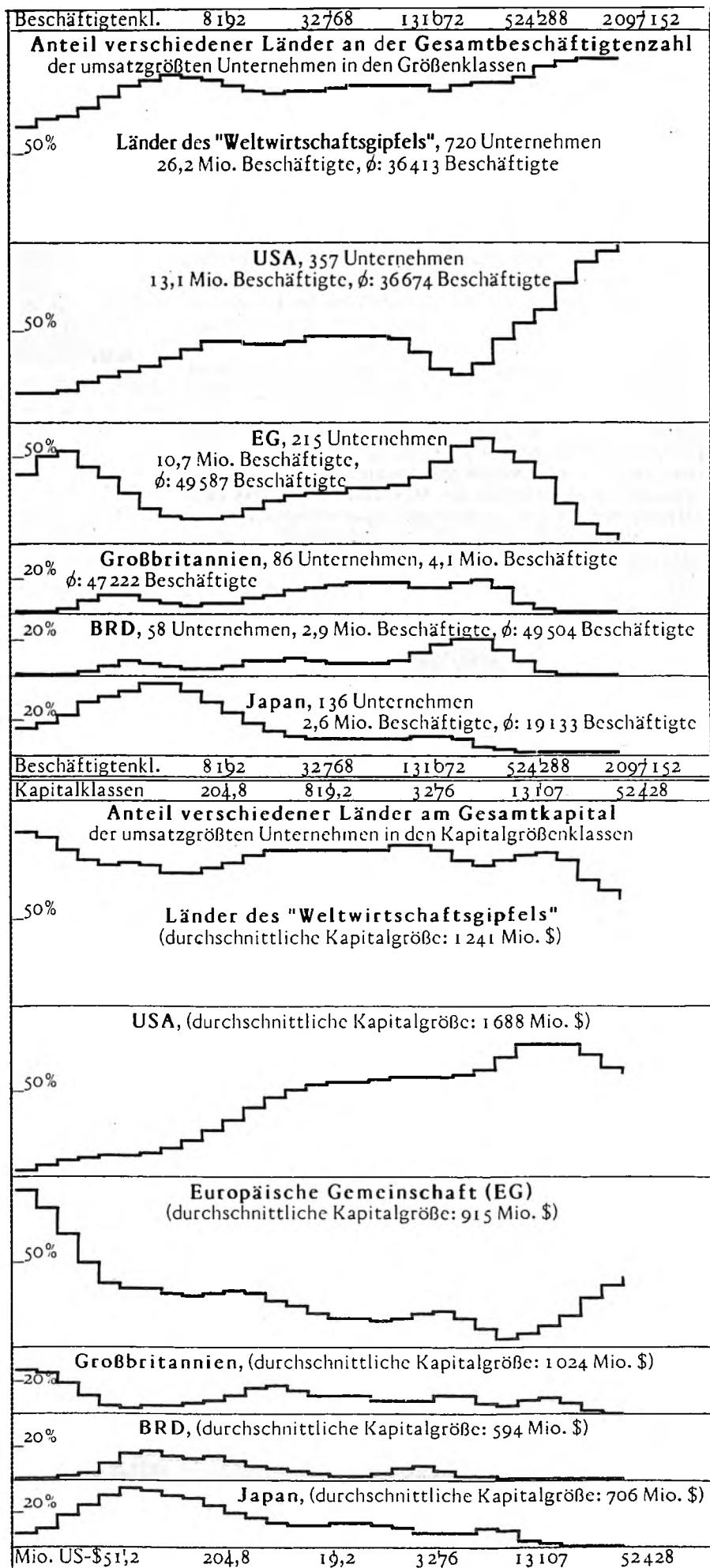
Der von uns berechnete "Monopolisierungsgrad", d.h. das Verhältnis der Unternehmen mit über 50000 Beschäftigten zu den kleineren, kann zwar wegen mangelnder Daten (es fehlen alle Unternehmen, die nicht zu den umsatzgrößten gehören) nicht das tatsächliche Gewicht der Monopole im Verhältnis zur übrigen Industrie wiedergeben, Anhaltspunkte sind aber doch erkennbar. Danach ist in der EG in den Monopolbetrieben ein deutlich höherer Prozentsatz der gesamten Beschäftigungsmasse zu finden als vergleichsweise in den USA. Auch in der BRD ist der "Monopolisierungsgrad" – soweit in den einzelnen Branchen überhaupt solche Betriebe über 50000 Beschäftigte existieren – meist höher als in den USA.

Dabei scheint die Branche – soweit die konkrete Produktion überhaupt Gegenstände hervorbringt, die einen genügend großen (Welt)markt haben – nicht entscheidend dafür, ob es zur Herausbildung von Monopolen kommt und in welchem Umfang sie vorherrschend sind. Vielmehr spielen hier die konkreten geschichtlichen Umstände des jeweiligen imperialistischen Landes – Kolonialgeschichte, Kriegsgewinne oder -verluste usw. – viel eher eine entscheidende Rolle. So ist z.B. die Existenz von zehn Unternehmen im Bergbau und der Stahlindustrie mit mehr als 50000 Beschäftigten in der EG – während in den USA nur ein Betrieb dieser Branchen (Bethlehem Steel) diese Schranke knapp überschreitet – wesentlich eine Folge gezielter politischer Förderung: Allein sieben der Unternehmen (ital. IRI, brit. NCB, Ruhrkohle, British Steel, franz. Sacilor, franz. Usinor und Salzgitter) sind ganz oder mehrheitlich im Staatsbesitz, nur drei (Thyssen, brit. Rio Tinto und Krupp) nichtstaatlich.

*

Zu einer umfassenden Beurteilung des Kräfteverhältnisses der Monopole in den verschiedenen Branchen und Länder untereinander müßten zu den vorliegenden Daten über den Umfang der Beschäftigungsarmeen, die unter dem Kommando der jeweiligen imperialistischen Konzerne stehen, eigentlich noch Daten über die Verfügungsgewalt an den sachlichen Hilfsmitteln der Produktion dazukommen. Feststellen läßt sich aber schon: In der BRD und erst recht in der EG insgesamt bestehen Monopolunternehmen in solchem Umfang und mit solchem Gewicht, daß man von der Existenz einer ökonomischen Grundlage für Weltmachtbestrebungen sprechen muß.

Quellenhinweis: Fortune, 30.4. und 20.8. 1984 – (alk, maf)



Karl Röhrig

"Mein Ziel ... mit meiner Arbeit über unsere Zeit auszusagen"

Aus den nach dem Ersten Weltkrieg geschriebenen Tagebüchern wird deutlich, wie die Ablehnung reaktionärer Politik und die Anbindung von Hoffnung und Angst an den Zustand der Arbeiterbewegung Grundlagen für Karl Röhrigs Entwicklung als Bildhauer darstellen. Mit gelegentlicher Auftragsarbeit und Arbeitslosenunterstützung hält er sich über Wasser. "Ich fertige Tischlampenfüße. Auch sonst arbeite ich viel, ohne meinem Formideal näher zu kommen. Das ewige Hasten müssen nach dem Notwendigsten ist der Tod aller Ideale." (1928) Seine Versuche zu emigrieren scheitern an der materiellen Not. So ist der bewußte Antifaschist nach 1933 gezwungen, sich Kompromisse in der Annahme von Auftragsarbeiten abzuringen. "Bodenlos arm", aber unbeirrt setzt Karl Röhrig nach der Befreiung seine künstlerische Arbeit fort. Doch das Erstarken der kulturpolitischen Position der Abstrakten verhindert eine Öffentlichkeit für seine Plastiken fast vollständig. Geboren 1886, starb er 1972 in München, der Stadt, in der er seit 1911 arbeitete.



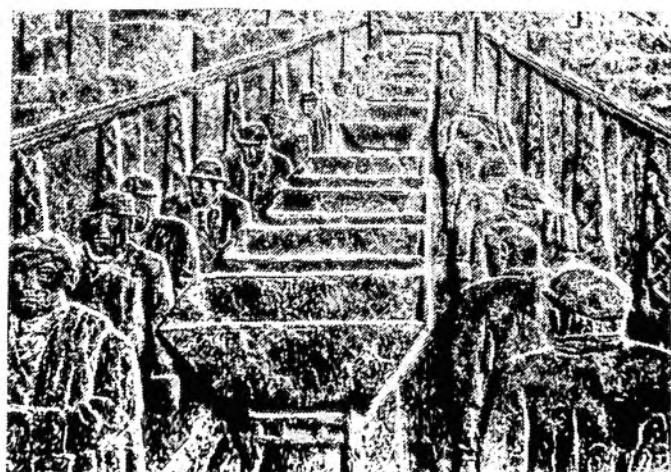
Schwangere Frau, 1930/31, Bronze, 107 cm



Sonntagsspaziergang, 1932,
Holz/Aluminium, 34 x 32 x 48 cm



Der Mann von der Winterhilfe, 1933,
Holz/Aluminium, 36,5 cm



Schichtwechsel, um 1950, Steinrelief, 45 x 60 cm



Holzsammlerin, um 1940, Holz, 87 cm



Schneeräumer, um 1952, Kupferrelief, 45x71 cm
 Quellenhinweis: Karl Röhrig und die Anfänge der proletarisch-realistischen Plastik in Deutschland, München 1972; Karl Röhrig 1886-1972. Ein Leben zwischen Kunstgewerbe und Zeitkritik, München 1982 – (noh, ahd)

Revanchismus

Die Germanisierung Schlesiens im frühen und hohen Mittelalter

Zwischen dem Ende des 12. und des 14. Jahrhunderts dringen vorwiegend deutsche, aber auch flämische Bauern, Handwerker, kapitalkräftige Bürger und Patrizier, hoher Klerus und niederer Adel nach Schlesien. Diese früheste Form der Germanisierung wird zur Begründung von Gebiets- und Besitzansprüchen Deutscher in Schlesien herangezogen:

"Im Gegensatz zur Vertreibung der Deutschen aus der angestammten alten Heimat im Osten nach dem 2. Weltkrieg war die Ansiedlung ihrer Vorfahren vor siebenhundert und mehr Jahren ein friedliches, aufbauendes und strikt rechtliche Formen sich vollziehendes Geschehen ... Aus den Siedelurkunden geht übereinstimmend hervor, daß die einheimische slawische Bevölkerung kaum irgendwo durch die herbeigerufenen deutschen Siedler verdrängt, enteignet oder willkürlich geschädigt wurde ... Gewissermaßen als Ausgleich dafür, daß die fremden Siedler unter schwierigen Bedingungen ödes, bisher so gut wie ertragloses Land urbar machen und in Kultur nahmen, wurde ihnen eine bevorzugte, besonders günstige Rechtsstellung gewährt, die des deutschen Rechtes ..." (8)

Tatsächlich ist die Frühgeschichte der Invasion Deutscher nach Schlesien vielmehr ein Teil des Versuchs, den sich bildenden polnischen Feudalstaat in einer Zangenbewegung einzufüllen, wobei Schlesien von besonderer militärischer strategischer Bedeutung war.

Schlesischer Wohlstand lockt deutsche Gier

Schlesien ist von jeher umstrittene Region im Bildungsprozeß der Feudalstaaten. Zunächst böhmisch, wird es polnisches Herzogtum (1050). Die Zugehörigkeit Schlesiens zu dem sich bildenden Feudalstaat Polen wird durch Invasionen und Invasionsthreaten deutscher Kaiser ständig bedroht. Die polnischen Könige müssen mehrfach den deutschen Kaiser als Lehnsherrn anerkennen, können sich aber durch Verteidigungskriege der Heerfolge entziehen. Immerhin gelingt es Friedrich I. (Barbarossa) im 12. Jh., durch Krieg die Zentralisierungsbemühungen des polnischen Königs Boleslaw Kedzierawy zu verhindern und zur Ablösung Schlesiens aus dem polnischen Staatsverband beizutragen. Seit Mitte des 14. Jh. werden die durch das Erbfolgerecht zunehmend zersplitterten schlesischen Fürstentümer schrittweise dem böhmischen Königreich einverlebt.

Die Entwicklung der Produktivkräfte in Schlesien ist hauptsächlich Ursache und nicht Folge der deutschen Kolonisation. Schlesien ist der entwickeltste Teil Polens. Die polnische Historikerin E. Maleczynska spricht von einer "schlesischen Konjunktur", die immer mehr Fremde anzieht (2).

Warenhandel und Städtebildung entwickeln sich auf der Grundlage des örtlichen Bergbaus vor der Kolonisation. Ebenso die Landwirtschaft. Die Voraussetzungen für die Einführung der Dreifelderwirtschaft sind bereits gegeben. Früh- und Wintersaat gab es seit dem 10. Jh., der Pflug war bekannt und seit dem 12. Jh. wuchs die Zahl der Wassermühlen. (10)

Die Städtegründung erfolgte vor der Kolonisation: Schon im 10. Jh. nennt der "Bayrische Geograph" im Gebiet Schlesiens 122 Ortschaften (civitates). Die meisten polnischen und auch schlesischen Städte, denen im 13. Jh. das Stadtrecht verliehen wurde, existierten bereits im 12. Jh. als Märkte mit entsprechenden Privilegien: z.B. Gerichts-

immunität, An- und Verkaufsrecht, Recht, ein Gewerbe auszuüben. In Polen hatten von 41 Ortschaften, bei denen sich die Erteilung von Marktfreiheiten nachweisen läßt, 22 diese vor der Lokation zu "deutschem Recht", nur zwei nach der Lokation zu "deutschem Recht". (4) Die Lokation zu "deutschem Recht" stellt etwa mit der Satzung von städtischen Verfassungen einen ersten Abschluß der Emancipation der Bourgeoisie von den Feudalgewalten dar und nutzt vor allem der deutschen Bourgeoisie.

In Schlesien befanden sich die reichsten Bodenschätze Polens. Der Bergbau ist so alt wie die slawische Besiedlung. Urkundlich wird der Bergbau erst seit dem 12. Jh. erwähnt. Gold, Silber, Eisen und später Kohle wurden gefördert.

Mit der feudalen Zersplitterung wurden den mittelbaren Feudalherren wie den Klöstern oder den Städten die Rechte am Bergbau zugesprochen. Im 13. und der ersten Hälfte des 14. Jh. ging ein großer Teil der Gruben in das Eigentum der schlesischen Städte und Bürger über, die hier ihr Kapital anlegten und große Gewinne zogen. (2)

Deutsches Recht: Freiheit der Enteignung

Westdeutsche "Historiker" bestreiten in der Regel, daß die Kolonisation Landraub gewesen sei. Andere Historiker lassen die Enteignung der slawischen Bevölkerung durchblicken: "Selbstverständlich sind die Eingeborenen von einem so umfassenden Vorgang in der vielfältigsten Weise ergriffen worden... In den neuen Städten ist ihre Rolle allerdings nicht über die Nebendienste einer dienenden Schicht herausgekommen... Bei der Umlegung der polnischen Dörfer zu deutschem Recht blieben sie häufig sitzen, und wo dabei eine Erweiterung der bisherigen Fluren stattfand, konnten sie am Neubruch teilnehmen." (1) Tatsächlich bedeutet die Lokation zu deutschem Recht auf dem Lande weniger die Neuansiedlung als vielmehr die Zusammenlegung bestehender Äcker und Dörfer und eine feste Einteilung in Hufen. Das Heinrichauer Gründungsbuch aus dem 13. Jh. ist voll von Beispielen der Enteignung bebauten Landes mit Betrug, List, Ausnutzung von Notlagen und Vertreibung der anliegenden Hörigen. Die Hörigen wurden häufig Gärtnner, d.h. Landarbeiter mit 1 1/2 Morgen Landbesitz, die zu festgelegten Arbeitsleistungen verpflichtet waren (Mähen und Dreschen). Der Historiker G.F. Knapp zieht als Schlußfolgerung: "Ich denke mir die Dreschgärtner entstanden bei der Besiedlung mit Deutschen. Damals siedelte man hauptsächlich größere deutsche Bauern an... Die Handdienste ließ man sich wohl von den verdrängten slawischen Ureinwohnern leisten..."

Aus ihnen, und später aus den überschüssigen deutschen Bauern denke ich mir die Dreschgärtner entstanden." (5)

Das "deutsche Recht" nützt der Enfaltung der Warenwirtschaft auf dem Lande, erleichtert die Veräußerung des Bodens, führt zur Rationalisierung und Vergetreibung der Landwirtschaft und zu einer Fixierung der vorher vorwiegend in Naturalien, nun z.T. in Geld, zu leistenden Abgaben an die Grundherrn. Es ist eine Art Erbpacht. Das "deutsche Recht" erleichtert die Enteignung der polnischen Hörigen. Diese hatten ursprünglich das Recht, von ihren Vorfahren verkauften Boden zurückzufordern und konnten nur durch den obersten Feudalherren, den Herzog, enteignet werden.

Die Klöster des Zisterzienserordens: Stützpunkte für die Germanisierung

Unter die Herrschaft des schlesischen Herzogs Henryk I., Brodaty (1201 – 1238) fällt die Stiftung einer Vielzahl von Zisterzienserklöstern, z.B. Trzebnica (1203), Lubiasz (1216) und Henricow (1227), deren Würdenträger und Mönche Deutsche waren. Mit der Gründung der Klöster in Schlesien schaffte sich der deutsche Klerus Stützpunkte entlang der polnischen Handelswege und Zugriff auf Gold- und andere Bergwerke. Der Klerus, der in der Lage war, größere Kapitalmassen aufzubringen, siedelte deutsche Bauern an und hatte erhebliche Bedeutung für den gesamten Kolonisationsprozeß. "Es war dies eine völlig eindeutige, organisierte wirtschaftliche Invasion der geistlichen deutschen Feudalherren in Schlesien... Die schlesischen Zisterziensergüter in der ersten Hälfte des 13. Jh. waren zweifellos auf den Verkauf ihrer Ernten eingestellt... Sie besaßen nämlich leibeigene Bauern und wurden entweder auf einem bereits bestehenden und eingerichteten fürstlichen Vorwerk angesetzt, wie das in Trebnitz der Fall war, oder sie machten wie in Heinrichau den Rest der früheren freieren Bevölkerung von sich abhängig bzw. verdrängten sie." (2) Im Fall des Klosters Henricow ist dies quellenmäßig genau belegt. Durch die Zusammenlegung kleinerer Ortschaften und Äcker wurde die Grundlage für Getreideanbau im großen Stil und für die Auspressung erheblichen bäuerlichen Mehrprodukts geschaffen. "Unter Berücksichtigung der Bodengüte der Heinrichauer Grangien darf man bei vorsichtiger Schätzung ihren Gewinn auf das Fünffache der Aussaat schätzen." (4) Auch ein Freund dieses Ordens kommt nicht umhin zuzugestehen, "daß die zisterziensischen Grundherrschaften Schlesiens großenteils auf dem Wege stillschweigender Okkupation entstanden, die die Klöster systematisch betrieben haben." (4) Die Klöster waren in diesem christlichen Werke so erfolgreich, daß sie bis



Aus: Legende über das Leben der Hlg. Hedwig (Handschrift des 14. Jh.)



Slawische frühmittelalterliche Burg (Rekonstruktion)

1810 2200 qkm fruchtbarsten Boden, ca. 1/20 der gesamten Fläche Schlesiens, zusammengerafft hatten.

Die deutsche Oberschicht setzt sich in den Städten fest und plündert das Land aus.

Die Lokation (Besetzung) dürfte ein einträgliches Spekulationsgeschäft gewesen sein. Sie verschafft dem städtischen Patriziat und Bürgertum Zugang zum Adelsprädikat. Die Siedlungsunternehmer (Lokatoren) erhielten Land als eigene ökonomische Grundlage, die niedere Gerichtsbarkeit über die Siedler wie auch einen Teil der Einnahmen daraus. In der Mitte des 14. Jahrhunderts befindet sich die Hälfte des adligen Güterbesitzes im Fürstentum Wrocław in den Händen der Breslauer Bürger und Patrizier. (9) Der Grundbesitz des Patriziats wechselt ständig: So zeigt z.B. Johann, der Enkel des Wrocławer Ratsherrn Engelger, "das typische Gepräge eines mittelalterlichen Spekulanten". Er schuldet dem Mulich von Reideburg 50 Mk., auch den Brüdern von Schellendorf verpfändet er sein Dorf Wäldechen ... Um seine Schulden abzuzahlen, macht (er) Spekulationsgeschäfte. Er kauft für 32 Mk. 2 Hufen in Wäldechen, zahlt aber nicht, sondern verspricht, 12 1/2% Zins zu geben; im gleichen Jahr gelingt es ihm aber noch, eine der gekauften Hufen in Wäldechen für 29 Mk. zu verkaufen. 13 Mk. hat er durch Spekulation gewonnen. Ähnliche Geschäfte macht er mit Schwoika und Groß Peiskerau ..., die der Herzog Boleslaw als heimgefallene Lehen eingezogen hatte ..." Erwartungen auf steigende Ausbeutung der Bauern lassen die Grundstückspreise steigen: Ein Gut Pöpelwitz bringt 112 Mk. im Jahre 1263, 300 für 1331 und 550 für 1431. Eine Hälfte von Albrechtsdorf bringt 250 Mk. Im Jahre 1336, siebzehn Jahre später, bereits 358 Mk. Eine Hälfte von Weigwitz wird 1347 für 220 Mk. und 1441 für 375 Mk. veräußert. (12) Die Bauern sind das Fußvolk, die kapitalkräftigen Bürger und Patrizier sind die Nutznießer der "Siedlung nach deutschem Recht". "Mit Siedlungsaufgaben beschäftigen sich die Bürger in der größten wie solche in der kleinsten Stadt." (6)

In der westdeutschen Geschichtsschreibung wird behauptet, daß die frühmittelalterliche Kolonisation den besonders deutschen Charakter Schlesiens begründete. Tatsächlich nimmt ein großer Teil der deutschen ländlichen Bevölkerung bald wieder die polnische Sprache an. Lange noch nach der Einverleibung Schlesiens ins böhmische Königreich gilt Schlesien im Urteil der Zeitgenossen als polnisch. Es behauptet sich aber vor allem in den Städten eine deutsche Oberschicht, die ökonomisch und politisch erheblichen Einfluß behält, die sich z.B. während der Hussitenkriege gegen die besitzlose einheimische Bevölkerung verbündet und über die Jahrhunderte hinweg einen Stoßfeil für reichsdeutsche Expansionsgelüste bildet. (1) H. Aubin: Die Wirtschaft im Mittelalter, in: Geschichte Schlesiens, Bd. I, (Hg.) H. Aubin, Stuttgart 1961; (2) Beiträge zur Geschichte Schlesiens, Hg: E. Maleczynski, Ber-

lin (West) 1958; (3) P. Bretschneider: Das Heinrichauer Gründungsbuch, Wrocław 1927; (4) H. Grüger: Heinrichau – Ein schlesisches Zisterzienserklöster 1277 – 1977, Köln, Wien 1980; (5) G.F. Knapp: Grundherrschaft und Rittergut, Leipzig 1897; (6) R. Koebner: Deutsches Recht und deutsche Kolonisation in den Piastenländern, in: Vierteljahrsschrift für Wirtschafts- und Sozialgeschichte (VSWG), 25, 1932; (7) K. Maleczynski: Die ältesten Märkte in Polen, Wrocław 1930; (8) J.J. Menzel: Der Ansiedlungsvorgang nach dem Zeugnis der Lokationsurkunden, in: Leistung und Schicksal, (Hg.) E. Schulz, Köln, Graz 1967; (9) O. Schwarzer: Stadt und Fürstentum Breslau in ihrer politischen Umwelt im Mittelalter, in: Zeitschrift des Vereins für die Geschichte Schlesiens, 65, 1931; (10) St. Trawkowski: Zur Erforschung der Deutschen Kolonisation auf Polnischem Boden im 13. Jahrhundert in: Acta Poloniae Historica, 7, 1962; (11) G. Pfeiffer: Das Breslauer Patriziat im Mittelalter, Wrocław 1929 – (wop)

Politische Gefangene

Exzessive Ausdehnung von Verteidigerausschlüssen

In den letzten Wochen hat die Bundesanwaltschaft Anklagen erhoben gegen Volker Staub und Barbara Ernst vor dem Bayerischen Obersten Landesgericht in München, gegen Ingrid Jakobsmeier, Christa Eckes und Manuela Happe vor dem OLG Stuttgart und gegen Stefan Frei und Helmut Pohl vor dem OLG Düsseldorf. Allen wird Mitgliedschaft in der RAF vorgeworfen, Manuela Happe versuchter Mord bei ihrer Festnahme, Ingrid Jakobsmeier und Helmut Pohl Beteiligung an Banküberfällen in Bochum und Würzburg. Mit Beginn dieser Verfahren muß im Herbst gerechnet werden.

An den Anklagen wird deutlich, wie die Bundesanwaltschaft mit dem § 129 a StGB abräumen will.

Anklage: RAF-Mitglied ist, wer "Wir" sagt

In früheren Jahren war auch nach Auffassung der Bundesanwaltschaft nur der Mitglied in der RAF, der bewaffnet in der Illegalität lebte. Heute wird dies bewußt weiter gesehen: Die Mitglieder der RAF lebten nur noch "überwiegend" in der Illegalität. Zur Betätigung als Mitglied zählt mittlerweile die "Kontaktaufnahme mit Inhaftierten sowie in der Legalität lebenden Mitgliedern und Unterstützern". Bei der Anklage gegen Christa Eckes heißt es u.a., daß sie "für die RAF im agitatorischen Bereich tätig gewesen" sei. Begründung: Teilnahme an der Aktion der Angehörigen beim "Spiegel" zur Unterstützung des Hungerstreiks 1981. "Fortbestand der Mitgliedschaft" nach Inhaftierung wird bei den Gefangenen "belegt" mit der Teilnahme am Hungerstreik und mit dem Wörtchen "uns" oder "wir" in Briefen nach draußen. Das genügt.

Gleichzeitig ist eine weitere massive Verschärfung des Verteidigerausschlusses nach § 146 StPO (sog. Verbot der Mehrfachverteidigung festzustellen). Am 19.4. hat der 2. Strafsenat des OLG Stuttgart zwei Frankfurter Verteidiger/innen ausgeschlossen (siehe Kasten). Der Strafverteidigertag hat in West-Berlin aus Anlaß dieses Beschlusses erneut die Abschaffung des § 146 gefordert: "... Dieser Beschuß hat folgende Konsequenz: Der Verteidiger eines der Mitgliedschaft oder Unterstützung einer Vereinigung im Sinne der § 129, 129a StGB Beschuldigten kann nie mehr einen anderen der Mitgliedschaft oder Unterstützung derselben Organisation Beschuldigten verteidigen, es sei denn der frühere Mandant sagt sich öffentlich von der Vereini-

gung los."

Als ob es darum ginge, die Richter von der benachbarten Konkurrenz in Stuttgart zu überflügeln, hat der erste Strafsenat des OLG München am 23.4.85 die Beschwerde einer Rechtsanwältin gegen ihre Zurückweisung als Verteidigerin von Helga Roos, die rechtskräftig verurteilt in Aichach gefangen ist, verworfen, weil die Anwältin auch die jetzt angeklagte, in Aichach in U-Haft sitzende, Christa Eckes vertritt.

Exzessive Verteidigerausschlüsse ...

Bisher wurde der § 146 angewandt, um "die Verteidigung mehrerer Beschuldigter durch einen gemeinsamen Verteidiger" für unzulässig zu erklären (so der Wortlaut des § 146), wobei der von den zuständigen Richtern bis zur Perfektion geübte Kunstgriff darin bestand, auch bei zeitlich und örtlich völlig getrennten Tatvorgängen noch eine Tat von mehreren Beschuldigten konstruieren zu können. Immerhin bedurfte es aber noch mehrerer Beschuldigter, also nicht rechtskräftig Verurteilter. Ein Verteidigerausschluß wie im Fall von Helga Roos und Christa Eckes kam also bisher nicht in Frage. Doch auch diese Klippe ist keine für die deutsche Justiz. Das OLG München: "Der Wortlaut des § 146 StPO steht dem gewonnenen Ergebnis nicht entgegen, zumal ihm, wie die ungewöhnlich umfangreiche Literatur und Rechtsprechung zeigt, im Rahmen der Auslegung nur begrenzte Bedeutung beigemessen werden kann und es überdies lediglich um die Beurteilung der Möglichkeit analoger Anwendung geht". Damit wird dann eine "analoge Anwendung des § 146 auf den gesamten Bereich des gerichtlichen Verfahrens in Strafvollzugssachen für zulässig erachtet". Was soll damit erreicht werden?

Die rechtskräftig verurteilten Gefangenen aus der RAF haben Verteidiger/innen als Beistand im Strafvollzug, die bisher gleichzeitig Beschuldigte in Gerichtsverfahren verteidigen konnten. Damit soll jetzt Schluß sein. Entweder die wegen Mitgliedschaft oder Unterstützung der RAF Beschuldigten können nicht mehr von den ihnen bekannten Verteidigern ihrer Wahl vertreten werden, oder den in Isolationshaft sitzenden, rechtskräftig verurteilten politischen Gefangenen soll der letzte Rest von rechtlichem Schutz, den die Anwälte ihnen im Strafvollzug noch bieten können, genommen werden.

... Flankenschutz für Isolationshaft

Besonders perfid ist, wie das OLG München den Verteidigerausschluß begründet: verteidigt der Rechtsanwalt beide, sowohl die seit langem rechtskräftig Verurteilte, wie die jetzt Angeklagte, so müsse er damit rechnen, "keine zur ordnungsgemäßen Interessenwahrnehmung erforderlichen Informationen seines Mandanten zu bekommen, weil dieser in Kenntnis der gemeinsamen Verteidigung befürchten muß, sich Repressalien von Seiten anderer Mitglieder der terroristischen Vereinigung auszusetzen, wenn er sich von gemeinsamen 'Kampfaktionen' – wie dem erst kürzlich beendeten Hungerstreik, an dem die beiden Gefangenen Roos und Eckes teilgenommen haben – ausschließen oder darüber hinaus von seiner Mitgliedschaft lossagen und etwa deshalb seine Verlegung in eine andere Anstalt betreiben will. Das gilt sowohl für die im Strafvollzug befindliche Gefangene Roos als auch für die im Untersuchungshaftvollzug befindliche Gefangene Eckes. Für die Beurteilung im Erkenntnisverfahren (gemeint ist die Gerichtsverhandlung, d.Verf.), wie für die Beurteilung im Strafvollzug ist ein etwaiger Gesinnungswandel ebenso von Bedeutung, wie im Falle gemeinsamer 'Kampfaktionen' aus dem Vollzug heraus die Frage, in welcher Art und Weise und in welchem Umfang sich die Mitglieder daran beteiligt haben."

Beschluß des 2. Strafsenats des OLG Stuttgart vom 19.4.1985

... Den Angeschuldigten W. und L. wird vorgeworfen, gemeinschaftlich am 3.1. 1985 zwei Fensterscheiben der Volksbank-Filiale in Pforzheim eingeworfen und am 6.1. 1985 versucht zu haben, das Kaufhaus H. in Pforzheim in Brand zu setzen. Die Anklage geht im Hinblick insbesondere auf den Inhalt von Bekennerschreiben davon aus, daß die Angeschuldigten mit beiden Anschlägen die terroristische Vereinigung "Rote Armee Fraktion" in ihrem Kampf gegen den Staat unterstützen wollen. Die Angeschuldigten haben nach dem vorliegenden Ermittlungsergebnis ab Oktober 1984 als Besucher mehrfach an den Hauptverhandlungen gegen die mutmaßlichen "RAF"-Mitglieder Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt vor dem Oberlandesgericht Stuttgart sowie an der Hauptverhandlung gegen das mutmaßliche "RAF"-Mitglied Gisela Dutzi vor dem Oberlandesgericht Frankfurt teilgenommen.

Wegen der Verteidigung von Gisela Dutzi ist die Verteidigung des Angeschuldigten W. durch Rechtsanwältin V. und die Verteidigung des Angeschuldigten L. durch Rechtsanwalt B. unzulässig (§ 146 StPO). Tatidentität liegt vor. Die "Rote Armee Fraktion" besteht – trotz Inhaftierung etlicher ihrer Mitglieder – weiter. Gisela Dutzi ist dringend verdächtig, dieser terroristischen Vereinigung auch weiterhin anzugehören. Hieran ändert ihre bereits am 1.3. 1983 erfolgte Inhaftierung nichts ... Gisela Dutzi gehört zu denjenigen, mutmaßlich der "RAF" angehörenden Personen, die sich auch nach der Inhaftierung weiterhin zur RAF ausdrücklich bekennen und demonstrativ in für ihre Anhänger bestimmten Erklärungen für diese Vereinigung werben und eintreten und zur Fortsetzung und Steigerung des Kampfs gegen Staat und Gesellschaft aufrufen ...

Den Angeschuldigten W. und L. wird demzufolge zur Last gelegt, dieselbe terroristische Vereinigung unterstützt zu haben, der – auch zu dieser Zeit – als Mitglied anzugehören Gisela Dutzi zum Vorwurf gemacht wird. In einem solchen Fall handelt es sich, trotz getrennter Verfahren, um dieselbe Tat, weshalb gemeinschaftliche Verteidigung unzulässig ist. Ein Grenzfall, der es zuließe, von der Zurückweisung der Verteidiger Rechtsanwältin V. und Rechtsanwalt B. abzusehen (vgl. BGHSt 27, 149 ff), ist nicht gegeben, ... zumal sich die Angeschuldigten W. und L. nach dem hier vorliegenden Ermittlungsergebnis vor Januar 1985 – dem Zeitraum, in dem sie die ihnen vorgeworfenen Taten begangen haben sollen – gerade auch für Gisela Dutzi und deren Ideen besonders interessierten und aus diesem Grund an deren Hauptverhandlung vor dem OLG Frankfurt teilgenommen haben. (Zit. nach Resolution des 9. Strafverteidigertags, Westberlin, 28.4.85)

Die Richter Trautmann, Kley und Brendendiek vom 1. Strafsenat des OLG München, die diesen Beschuß unterschrieben haben, legen hier die Absichten offen auf den Tisch: Die Hoffnung auf "etwaigen Geinnungswandel" als Zweck der praktizierten Isolationshaft darf nicht durch den Beistand eines Verteidigers getrübt werden, der dieses Behandlungsziel nicht teilen könnte. Der § 146 ganz offen als Instrument, um das Zerbrechen politischer Gefangener besser bewerkstelligen zu können.

Die Grünen im Bundestag haben in Zusammenhang mit einem Gesetzentwurf zur Streichung der "Anti-Terror-Gesetze" auch die Streichung des Verbots der Mehrfachverteidigung verlangt. Nach der ersten Lesung des Entwurfs am 7.2.85 liegt er jetzt in den Ausschüssen. Etwas öffentlicher Wirbel auch der Grünen zur öffentlichen Unterstützung dieser Forderung könnte sicher dazu beitragen, daß in der Auseinandersetzung über den Gesetzentwurf wenigstens der immer extensiver werdenden Spruchpraxis der Obergerichte Schranken gezogen werden. Der Beschuß aus München ist bislang noch Einzelfall. Setzt sich seine Linie z.B. durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das alleine über ein Rechtsmittel gegen diesen Beschuß entscheiden könnte, bundesweit durch, wäre sicher die Hälfte der politischen Gefangen mit einem Federstrich ohne Anwalt.

(Quellen: Beschlüsse des 9. Strafverteidigertags, Beschl. OLG München v. 23.4.85, Arbeiterkampf 254, BT-Drucks. 10/2396 – hem, kuh)

Südafrika/Azania – National Forum

"Die objektiven Bedingungen sind da für eine wirklich linksgerichtete Bewegung" – Interview

Wir dokumentieren im folgenden Auszüge aus einem Interview, das Redakteure des "Informationsdienst Südliches Afrika" im August 1984 mit einem führenden Mitglied des National Forum, mit Neville Alexander, durchführten und uns zur Verfügung stellten. (1) Neville Alexander ist Mitglied der Cape Action League, neben der AZAPO (2) die bedeutendste Mitgliedsorganisation des National Forum (NF). Das National Forum entstand im Sommer 1983, kurz darauf gründete sich ebenfalls die United Democratic Front (UDF).

Sie sind einer der Mitbegründer des National Forum Committee. Was führte zur Gründung des National Forum und wie sieht die Zusammenarbeit mit der UDF aus?

Es ist wichtig zu betonen, daß der NF-Gedanke viel älter ist als die Idee der UDF. Einige Freunde behaupten sogar, daß der UDF-Gedanke eigentlich ein Versuch war, verschiedene Black Consciousness-Leute (3) zu stoppen, damit sie keine Dachorganisation ins Leben rufen.

Es fing im November 1982 an, als ich zu Saths Cooper und zwei anderen AZAPO-Mitgliedern – unter ihnen Lybon Mabasa – nach Kapstadt kam. Wir hatten dort schon im August 1982 das sogenannte "Disorderly Bill Action Committee" (DBAC) (4) gegründet. Das war die erste Organisation überhaupt in Südafrika, die sich gegen die neue Verfassung, gegen den "New Deal", richtete und die aus sämtlichen progressiven Organisationen im Western Cape entstand. Aufgrund der in Kapstadt gemachten Erfahrungen hielten wir es für eine gute Idee, wenn die AZAPO, die ja die einzige legale politische nationale Organisation von Schwarzen in Südafrika ist, eine nationale Konferenz zusammenrufen würde, um die neue Verfassung zu diskutieren, damit wir eine nationale Strategie ausarbeiten könnten. Die AZAPO fand die Vorstellung gut, hat sich dann aber auf ihrer Generalversammlung im Dezember 1982 für eine andere Strategie und Taktik entschieden. Sie meinten, daß, wenn sie als AZAPO, die ja als Black-Consciousness-Organisation bekannt war, eine solche Konferenz zusammenrufen würden, viele Organisationen und Personen nicht kommen würden, weil sie andere politische Vorstellungen hatten, vor allen Dingen die der Kongreßbewegung näherstehenden und sich auf die Freiheitscharta berufenden Leute. (5) Wenn wir eine maximale Einheit wollten, wäre es ihrer Meinung nach besser, einen Ausschuß zu gründen, der viele Leute anziehen würde. Auf diese Weise ist dann das National Forum Committee ins Leben gerufen worden, dessen Mitglieder die drei Geistlichen Allan Boesak, Desmond Tutu und Manas Buthelezi, aus Kapstadt ich, Frank van der Horst, Präsident von SACOS (6), und Collin Clark, der Organisati-

onssekretär von SACOS, und einige AZAPO-Führer aus Johannesburg sind. Auch andere, Kongreß-orientierte führende Leute sind eingeladen worden, an diesem Komitee teilzunehmen, u.a. Jassat, Remagobin, Motlana. (7) Und sie haben alle zugesagt, Mitglieder dieses Komitees zu werden, weil es eine sehr gute Idee wäre. Der ganze Gedanke einer Einheitsfront lag in der Luft...

Ist das "Manifest des azanischen Volkes", das im Juni 1983 vom NF verabschiedet wurde, eine Antwort auf diese Fragen, eine Antwort auch auf die Freiheitscharta, um die viele der in der UDF teilnehmenden Organisationen sich gruppieren? Was ist das Ziel des Manifestes?

Zunächst zur Freiheitscharta: Die UDF hat ausdrücklich die Freiheitscharta abgelehnt, nicht akzeptiert, weil viele Organisationen in der UDF sich nicht dazu bereitfinden konnten, sogar die Freiheitscharta anzunehmen. Die UDF-Deklaration ist, obwohl sie im Geiste der Freiheitscharta formuliert worden ist, eben nicht die Freiheitscharta. Sie ist eine viel verschwommenere, viel vagere, nutzlose Sache als diese. Sie ist einfach so breit und großartig konzipiert worden, daß sogar die PFP (Progressive Federal Party, weiße Oppositionspartei, d.

Red.), obwohl sie sich im Parlament befindet, sie gutheißen kann.

Das Manifest des azanischen Volkes ist grundsätzlich eine Zusammenfassung der Resolutionen des National Forum ... Es hat im Grunde mit der Freiheitscharta gar nichts zu tun und wurde auch nicht als Gegendokument konzipiert. Die Arbeits- und Kommissionsgruppen des NF sind einfach zu diesen Einsichten gekommen. Es gab z.B. eine Kommission, die sich mit der Landfrage befaßt hat. Die sind zu der Ansicht gekommen, daß das Land, der Boden, nicht für Zwecke der Ausbeutung benutzt werden darf. Da gibt es überhaupt keinen Hinweis auf die Freiheitscharta oder irgendein anderes Programm ... Man hat gesagt, wieso ein neues Programm? Unsere Antwort war: das ist kein neues Programm, das ist ein Programm, das aus der jetzigen Wirklichkeit, aus der Wirklichkeit, mit der wir uns bei dieser Konferenz befaßt haben, hervorgegangen ist. Wenn das dazu führt, daß andere Organisationen oder Gruppen ihre Programm überprüfen, gut ..., aber das ist bestimmt nicht die Absicht gewesen, sich mit der Freiheitscharta oder anderen Programmen auseinanderzusetzen.

Die Inhalte des Manifestes sind ja unabhängig davon, ob es nun als Antwort auf die Freiheitscharta gesehen wird oder nicht, weitergehend als die der Charta; es wird z.B. ein "sozialistisches Azania" angestrebt. Ist die Black Consciousness-Bewegung nach links gerückt und fühlt sich ein Teil dieser Bewegung durch das NF vielleicht gar nicht mehr angesprochen?



In einer großen Streikbewegung 1973 beginnen sich die unabhängigen schwarzen Gewerkschaften zu formieren. Bild: Streikende Arbeiter in Durban 1973.

So wie ich die Black Consciousness-Bewegung (BC) verstehe, war sie nie eine doktrinäre Bewegung, sie war immer offen, immer Veränderungen ausgesetzt. Ich habe seit 1974 enge Beziehungen zu der BCM (Black Consciousness Movement) gehabt und kenne sie sehr gut. Ich glaube sagen zu können, daß sie sich als Bewegung sehr geändert hat... die Schwerpunkte haben sich unbedingt nach links verlagert. Ein gutes Beispiel wäre die Bezeichnung, die AZAPO für sich in Anspruch nimmt. Vor zwei Jahren, als ich auf ihrem Kongreß in Pietermaritzburg gesprochen habe, hat sie sich noch als "die Befreiungsbewegung des Volkes" bezeichnet, auf dem letzten Kongreß und beim NF aber als "Vorhutpartei der schwarzen Arbeiterklasse". Das ist schon ein ziemlich großer Schritt... Ich persönlich glaube, ... daß die Haupttendenz in der BCM nach-links sich bewegt und bewegen muß, weil die Entwicklungen auf wirtschaftlicher, politischer und sozialer Ebene in Südafrika alle dazu zwingen, sich in diese Richtung zu bewegen. Das ist übrigens einer der Gründe, warum ich es so erstaunlich finde, daß man auf Seiten der Linken innerhalb der UDF bereit ist, sich mit liberalen Elementen zu verbinden, denn die objektiven Bedingungen sind da für eine wirklich linksgerichtete Bewegung. Es kann sein, daß sich die BCM spalten wird; es gibt natürlich Leute, die diese sozialistische Rhetorik ablehnen. Man hofft es nicht, aber es kann wohl geschehen. Ich würde aber behaupten, daß die Linksgerichteten in AZAPO, in der BC-Bewegung der Realität viel näher sind als andere.

Wie stark sind die arbeiterorientierten und Gewerkschaftskräfte in AZAPO und NF tatsächlich angesichts der noch vorherrschenden Rhetorik? Dem NF wird ja vorgeworfen, daß sich da nur wenige Intellektuelle getroffen hätten, insoffern könnte gar kein Vergleich mit der UDF gezogen werden.

Nein, das stimmt nicht. Die großen Organisationen im NF haben alle eine Basis in der Arbeiterklasse in Südafrika. Die große Mehrheit der Bürgerrechtsorganisationen sind "Richtungsorganisationen", also Arbeiterorganisationen, keine Organisationen vom schwarzen Mittelstand. Es sind Gewerkschaften da, vor allen Dingen von den Minengewerkschaften, auch CUSA (8), der Mitglied des NF ist, und auch die zu SACOS gehörenden Sportverbände, die zum NF gehören, bestehen zum größten Teil aus Menschen aus der Arbeiterklasse. Das zunächst zur Mitgliedschaft.

Zweitens muß man verstehen, daß die AZAPO wie die Cape Action League oder die Gewerkschaften selbstverständlich massenorientierte Organisationen sind, die daran glauben, daß nur durch Massenaktion, durch Pro-

Azanisches Manifest des National Forums

Unser Kampf für nationale Befreiung richtet sich gegen das geschichtlich herausgebildete System von Rassismus und Kapitalismus, das das Volk von Azania zum Nutzen einer kleinen Minderheit der Bevölkerung, das sind die Kapitalisten und ihre Verbündeten, die weißen Arbeiter und die reaktionären Teile der Mittelschichten, in Fesseln hält. Der Kampf gegen Apartheid ist deshalb nicht mehr als der Ausgangspunkt für unsere Befreiungsanstrengungen.

Die schwarze Arbeiterklasse, inspiriert durch revolutionäres Bewußtsein, ist die treibende Kraft unseres Kampfes für nationale Selbstbestimmung in einem einheitlichen Azania. Sie allein kann das System, wie es heute besteht, beenden, weil sie allein überhaupt nichts zu verlieren hat. Sie hat eine Welt zu gewinnen in einem demokratischen, anti-rassistischen und sozialistischen Azania, wo die Interessen der Arbeiter ausschlaggebend sein sollen mittels Kontrolle der Arbeiter über die Mittel der Produktion, der Distribution und des Austausches. In der sozialistischen Republik Azania soll das Land und alles, was dazu gehört, ganz dem azanischen Volk gehören und von ihm kontrolliert werden. Die Nutzung des Landes und all seiner Hervorbrüngungen soll darauf gerichtet sein, alle Ausbeutung zu beenden.

Es ist die historische Aufgabe der schwarzen Arbeiterklasse und ihrer Organisationen, das unterdrückte Volk zu mobilisieren, um dem System der Unterdrückung und der Ausbeutung durch die weiße herrschende Klasse ein Ende zu bereiten.

Unsere Prinzipien

Erfolgreiche Führung des nationalen Befreiungskampfes hängt ab von der festen Grundlage von Prinzipien, durch die wir sichern werden, daß der Befreiungskampf nicht gegen unser Volk gerichtet wird durch verräterische und opportunistische "Führer" und durch liberale Einwirkungen. Die wichtigsten dieser Prinzipien sind:

- Anti-Rassismus, Anti-Imperialismus und Anti-Sexismus.
- Anti-Kollaboration mit der herrschenden Klasse und aller ihrer Verbündeten und ihrer politischen Instrumente.
- Unabhängige Organisierung der Arbeiterklasse, frei von bourgeois Einflüssen.

Unsere Rechte

In Übereinstimmung mit diesen Prinzipien sollen die folgenden Rechte in Azania durchgesetzt werden:

- Das Recht auf Arbeit.
- Staatliche Sicherstellung von unentgeltlicher und allgemeiner Schulpflicht für alle. Das Erziehungswesen soll darauf ausgerichtet sein, das azanische Volk von aller Unterdrückung, Ausbeutung und Unwissenheit zu befreien.
- Staatliche Bereitstellung angemessener und annehmbarer Wohnungen.
- Staatliche Bereitstellung unentgeltlicher Gesundheits-, Rechts-, Erholungs- und anderer öffentlicher Dienste, die tatsächlich den Bedürfnissen des Volkes entsprechen.

Unsere Verpflichtungen

Um diese Rechte des azanischen Volkes zu verwirklichen, verpflichten wir uns, unermüdlich zu kämpfen für:

- Die Beseitigung aller Gesetze, Institutionen und Verhaltensweisen, die unser Volk diskriminieren auf der Grundlage der Hautfarbe, des Geschlechts, der Religion, der Sprache oder der Klasse.
- Die Wiedereingliederung der Bantustans, der Kipphalden für Menschen, in einem einheitlichen Azania.
- Die Bildung von Gewerkschaften, die das revolutionäre Bewußtsein der Arbeiter erhöhen werden.
- Die Entwicklung von einer nationalen Kultur, inspiriert durch sozialistische Werte.

(Eigene Übersetzung. Zugrunde lag die im April 1984 geänderte Fassung. Diese Fassung wurde vom dritten Treffen des Nationalen Forums im Juli 1984 mit kleinen Änderungen verabschiedet. Da die letztgültige Fassung uns nicht vorliegt, konnten diese Änderungen nicht berücksichtigt werden.)

testdemonstrationen und tatsächliche Organisierung der arbeitenden Massen politische Arbeit in Südafrika geleistet werden kann. Es stimmt überhaupt nicht, daß nur einige Intellektuelle in Südafrika sich zusammengefunden haben. Sämtliche Versammlungen des NF sind von den arbeitenden Massen unterstützt worden...

Wie sieht die zukünftige Perspektive des NF aus? Ist daran gedacht, aus der losen Form des Forums eine organisatorische Perspektive heraus zu entwickeln mit ähnlichen oder anderen Ziel als die UDF? Wie sieht die Zusammenarbeit mit der UDF aus, etwa auf Aktionsebene? Zunächst zur Struktur: Ich nehme

schon an, daß die Tendenz vorhanden ist, aus dem NF eine Bewegung hervorgehen zu lassen... Es gibt starke Impulse in diese Richtung. Ich persönlich meine aber, daß es verfrüht wäre, das jetzt zu tun, weil es sehr große ideologische und strategische Unterschiede innerhalb des NF gibt. Wir werden noch lange miteinander zusammenarbeiten müssen, gemeinsame Aktionen unternehmen, bevor wir genügend Vertrauen haben, eine Organisation zu gründen.

Zur Zusammenarbeit mit der UDF: Wir sind immer dazu bereit, mit UDF-Organisationen auf lokaler Ebene zusammenzuarbeiten. Wir werden mit der UDF keine Allianz schmieden, weil wir eben ihre Zusammensetzung ablehnen, solange es in ihr liberale Organisationen, weiße oder schwarze, gibt. Vor allem in Johannesburg haben die AZAPO-Führer sich ständig mit der UDF-Führung unterhalten. Alle wissen, daß die Tatsache, daß liberale Organisationen in der UDF sind, der Streitpunkt ist. Wenn also Organisationen wie NUSAS, Black Sash, Western Cape Traders Association (9) und andere ähnliche Organisationen ausgeschlossen werden als Organisationen... Wir sprechen jetzt nicht von individuellen Mitgliedern, deren Integrität und Engagement in der Bewegung wir nicht anzweifeln. Was uns betrifft, können diese Leute ruhig mitmachen... wir sind nicht dazu bereit, mit Organisationen, deren Grenzen durch ihre Klasseninteressen gesetzt werden, zusammenzuarbeiten, weil sie nie die Interessen der Arbeiterklasse in Südafrika vertreten können.

Wie sehen Sie die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaftsbewegung und Oppositionsbewegung nach den jüngsten Einheitsgesprächen innerhalb der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung Südafrikas? Wir stehen ja kurz vor einer neuen Föderation, auf der anderen Seite werden drei Gewerkschaften in der neuen Dachorganisation nicht dabei sein, die gleichzeitig Mitglieder der UDF sind.

Das ist eine wichtige Frage. Ich glaube, daß die großen Gewerkschaften ganz richtig gehandelt haben, indem sie sich von diesen beiden Allianzen (UDF und NF) ferngehalten haben. Nicht weil sie etwa unpolitische Organisationen seien, denn sie sind es nicht, sie können es nicht sein. Sonst weil sie sich noch nicht im klaren darüber sind, ob diese Organisationen tatsächlich die Interessen der Arbeiterklasse vertreten... Ich kann aber auch verstehen, wenn die Gewerkschaften, indem sie bestimmte Persönlichkeiten, bestimmte Richtungen, bestimmte Organisationen dort bemerken, sagen: "Wir wollen mal sehen. Zunächst hat für uns Priorität, daß wir unsere Gewerkschaften konsolidieren, daß wir eine große wirtschaftliche Basis für eine Arbeiterbe-



Tabakarbeiterinnen – die Männer müssen ihre Arbeitskraft als Wanderarbeiter verkaufen.

wegung gründen." In der Praxis haben die Gewerkschaften auf lokaler und sogar nationaler Ebene mit NF- und UDF-Organisationen zusammengearbeitet, wo es sich eindeutig um Arbeiterinteressen handelte... Ich nehme an, daß die Gewerkschaften irgendwann mit diesen Organisationen zusammenarbeiten müssen, aber es wird wahrscheinlich eine ganz andere Form annehmen als das, was wir jetzt sehen. Es kann sein, daß das NF oder die UDF als solche in den nächsten fünf oder sechs Jahren gar nicht mehr bestehen werden, daß aus diesen drei großen Dachorganisationen in der südafrikanischen Gesellschaft einmal eine konvergierende Bewegung hervorgehen wird. Wenn der Liberalismus aus der Bewegung entfernt wird, glaube ich, daß die Basis für eine Zusammenarbeit von NF- und UDF-Organisationen und den Gewerkschaften gegeben ist.

Welche Rolle wird dabei in Zukunft der ANC, der sich als "Befreiungsbewegung" definiert und versteht, spielen, besonders nach den Folgen den Nkomati-Abkommens zwischen Mosambik und Südafrika?

Wir hoffen natürlich, daß der ANC eine sehr wichtige Rolle spielen wird als versöhnender und vereinheitlichender Faktor. Wir wissen, daß viele Leute in der UDF vor allen Dingen meinen, daß das NF sich gegen den ANC gestellt hätte, was natürlich nicht stimmt...

Die Regierung versucht, die ländlichen und Wanderarbeiter von den städtischen Arbeitern zu trennen. Wie kann die Befreiungsbewegung dieser Spaltungsabsicht insgesamt begegnen, berücksichtigt man, daß sich die politischen Organisationen und vor allem die Gewerkschaften (zunächst) auf die städtischen Gebiete konzentrieren?

Hauptsächlich durch Organisierung, würde ich sagen. Dort spielen Organisationen wie die Bergarbeiterverbände schon eine große Rolle, da diese

hauptsächlich Wanderarbeiter organisieren. Auch Gewerkschaften wie die General Workers Union oder die SAAWU (10) befassen sich hauptsächlich mit Wanderarbeitern. Es stimmt aber, daß das ein Bereich ist, wo die Befreiungsbewegung sehr hart wird arbeiten müssen, denn das ist tatsächlich ein vernachlässigter Bereich. Ich kann aber sagen, daß sehr viele Personen und Gruppen sich dessen bewußt sind und darüber sehr viel Klarheit gewonnen haben. Vor allen Dingen in letzter Zeit, wo deutlich geworden ist, daß die staatliche Umsiedlungs-Kampagne im formalen Sinne erfolgreich verläuft. Deshalb werden wir uns sehr auf die ländlichen Gebiete konzentrieren müssen.

Anmerkungen der Redaktion: (1) Auszüge des Interviews sind bereits in "Informationsdienst Südliches Afrika" Nr. 2/85 veröffentlicht. (2) Kap Aktionsbund; Organisation des azanischen Volkes (Azapo). (3) Schwarze Bewußtseins-Bewegung. (4) Aufruhr-Gesetz-Aktionskomitee. (5) Charta des ANC von 1955. Der ANC initiierte auf dieser Grundlage die Kongreßbewegung gemeinsam mit indischen und farbigen Parteien. Ziel war ein Verfassungskongreß. (6) Verband schwarzer Sportorganisationen (South African council of sports). (7) Jassat ist Präsident des Transvaal Indian Congress, Rangobin Mitglied des Natal Indian Congress, Motlana Vorsitzender des Soweto-Komitees der Zehn. (8) Verband der südafrikanischen Gewerkschaften (Council of Union of South Africa). (9) National Unions of South African Students, von Weißen geführter Studentenverband; Black Sash ist eine Bürgerrechtsorganisation von weißen Frauen; West-Kap-Händler-Organisation. (10) Allgemeine Arbeitergewerkschaft (GWU); Südafrikanische vereinigte Arbeitergewerkschaft (SAAWU) – (uld, gba)



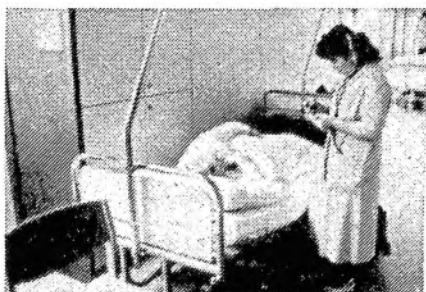
Ausländergesetz

Zimmermann hat in demagogischer Weise an den Rassismus in der Union appelliert, als er Kohl vorwarf, die Verzögerung der Verabschiedung seines Ausländergesetzes sei ein wesentlicher Grund für das schlechte Bild der Regierungskoalition in der Öffentlichkeit. Opposition aus verschiedenen Kreisen hat sich gegen die abseh-

bare neue Welle von Ausländerfeindlichkeit aus Regierungskreisen gewandt. Ist ein gemeinsames Vorgehen von Grünen, SPD, Gewerkschaften und christlichen Gruppierungen zur Verhinderung des Gesetzesvorhaben möglich? Welche Möglichkeiten bestehen insbesondere auf kommunaler Ebene, der Praxis der Ausländerbehörden gewisse Schranken aufzuerlegen?

Massaker in Beirut – "Neuordnung" des Libanon

Mit dem Abzug der israelischen Armee beginnen erneut Massaker in den palästinensischen Flüchtlingslagern in Beirut, diesmal verübt von Amal-Milizen, ehemaligen Waffenbrüdern der PLO. Es geht um die Vertreibung der PLO vom libanesischen Boden, um die territoriale Aufteilung des Libanon und die Zersplitterung der libanesischen Gesellschaft in politisch-religiöse Gruppen. Ist dies die Verwirklichung allein syrischer Großmachtpläne? Welche Rolle spielen andere arabische Staaten, welche Israel und die USA? Wie verhalten sich die verschiedenen palästinensischen Fraktionen? Auf wen können die Palästinenser sich noch stützen?



Krankenhausrationalisierung

Für das Augsburger Zentralklinikum, das größte kommunale Krankenhaus der BRD, hat der Bayerische Kommunale Prüfungsverband gefordert, 400 Vollzeitstellen zu streichen. Ein Angriffspunkt ist die Fünf-Tage-Woche beim Pflegepersonal. Die Augsburger ÖTV hat ein ausführliches Gegengutachten erstellt. Krankenschwestern



berichteten u.a., daß die Kommission die Zeiten, die Schwestern mit der Pflege von Patienten zubrachten, mit der Stoppuhr gemessen hat. War schon der Organisationsplan dieses vor zwei Jahren fertiggestellten Hauses darauf abgestellt, möglichst viel Lohnkosten einzusparen, so soll jetzt noch einen Schritt weiter gegangen werden. Der Heilungsaufwand wird noch strenger rationiert.

BRD bereit, den Diktator Stroessner zu empfangen

Der Besuch Stroessners in der BRD ist verschoben, die Proteste hatten Wirkung. Der Besuch ist nicht abgesagt. Der bayerische Ministerpräsident Strauß hatte Außenminister Genscher den Empfang des Diktators Stroessner aus Paraguay angedient. Die BRD will ihren Einfluß in Lateinamerika verstärken. Nach den Protesten sollte statt Genscher Lothar Späth Stroessner empfangen. Er ist Förderer des Institutes für deutsch-paraguayische Beziehungen zur Wirtschafts- und Kulturförderung. Welche Rolle spielt es bei der Vermittlung von Geschäften zwischen der BRD und Paraguay? Wie beteiligen sich deutsche Faschisten in Paraguay an der Unterdrückung der politischen Opposition?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,50 DM bis 1,20 DM

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabo 38,- DM, Jahresabo 76,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrichtenheft zu 0,50 DM: Halbjahresabo 44,50 DM, Jahresabo 89,- DM. Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabo 6,50 DM, Jahresabo 13,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrichtenheft zu 0,80 DM: Halbjahresabo 48,50 DM, Jahresabo 97,- DM. Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabo 10,50 DM, Jahresabo 21,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrichtenheft zu 1,20 DM: Halbjahresabo 53,50 DM, Jahresabo 107,- DM. Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabo 16,- DM, Jahresabo 32,- DM.

Einzelabo Nachrichtenheft zu 0,50 DM: Halbjahresabo 12,- DM, Jahresabo 24,- DM; zu 0,80 DM: 16,- DM bzw. 32,- DM; zu 1,20 DM: 21,- DM bzw. 42,- DM

Bestellungen sind zu richten an:
GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57